D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 40
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

8. Oktober 1982
Preis 1,80 DM



Reaktionen auf die neue Lage

cof. Nach dem Regierungswechsel hängt einiges davon ab, ob es zu einer Kräfteverschiebung in der SPD kommt. Die Anstöße hierzu kommen von außen, und die Partei hat zu reagieren. Kurz vor dem erfolgreichen schwarz-liberalen Putsch in Bonn nutzte der SPD-Vorsitzende Brandt die viel beachtete Gelegenheit zu einigen Ausführungen über Standort und Entwicklungsrichtung seiner Partei in einer Lage, wo nach den Wahlen in Hessen „von einer Mehrheit rechts von der SPD keine Rede sein kann" und auch die Rechtskoalition in Bonn „bis zum Beweis des Gegenteils keine Mehrheit im Volk" hat. Brandt betonte, an der ersten Stelle „stand und steht die Vertretung der Arbeitnehmerschaft", woraus sich „die erneute (!) Pflicht zum Schulterschluß mit denen" ergebe, die jene in Betrieb und Gewerkschaft vertreten. Im übrigen gebe es für die SPD aber kein Abschotten.

Brandt nannte als Kriterien für Begegnungen mit den „Kräften aus neuen gegnungen mit den „Kräften aus neuen sozialen Bewegungen": Erstens die Absage an Gewalt (wobei er „fairerweise" auf den gewaltfreien Verlauf der beiden Friedensdemonstrationen verwies), zweitens den Respekt vor der Verfassung und ihren Einrichtungen, drittens die Bereitschaft, die Regeln der parlamentarischen Demokratie einzuhalten, und viertens „die Einsicht, daß unser Staat durch Verträge ... in die EG eingebunden ist ... und zu seinem Schutz Mitglied der Atlantischen Allianz ist und es bleiben muß, bis eine Ordnung des Friedens für Europa die Auflösung der Militärbündnisse erlaubt oder sogar gebietet".

„Auf diesem Boden kann und muß man als Sozialdemokrat über alles reden." Auch wenn es Brandt um die „demokratische Integration" geht, um den Extremismus zu wehren, gegen den – späte Erkenntnis? – „keine Erlasse helfen", hat sich der Vorsitzende doch sicher mit Bedacht ein Stück weit aus dem Fenster gelehnt, was den Kanalarbeitern sichtlich nicht gefällt.

Wie stellen sich nun die Grünen dieser Situation? In Hessen, wo das Verhältnis zu anderen Parteien nach dem Wahlerfolg (neben Hamburg) am brennendsten ist, war dies unter anderem Thema einer Landeshauptausschußsitzung am Wochenende (der LHA ist das höchste Beschlußorgan zwischen den Landesversammlungen, Stimmrecht hat je ein Mitglied aus den 26 Kreisverbänden).

Sollen die Grünen an die großen Parteien mit einem konkreten Gesprächsangebot und einem Terminvorschlag herantreten? Zu welchen Themen und in welcher Absicht sollen Gespräche geführt werden? Was verfolgt die SPD-Linke gegenüber den Grünen? Das waren die Ausgangsfragen, wobei die veränderten politischen Rahmenbedingungen nach dem Bonner Wechsel allerdings außen vor blieben.

Viel Beifall erhielt einer der künftigen Abgeordneten für seine Kritik, daß auf die Frage, was die Grünen wollten, immer stereotyp auf's Programm verwiesen würde, fertig – wo es doch eine reale Utopie enthalte, die nicht in den nächsten vier Jahren zu verwirklichen sei. Was vordringlich sei und in welcher Reihenfolge, das müsse jetzt herausgefiltert werden; und was die oft wiederholte Gesprächsbereitschaft betrifft, genüge der Hinweis darauf allein nicht. Eine Verhandlungsdelegation solle auf der Landesversammlung Ende Oktober gewählt werden, damit Anfang November CDU und SPD zu Gesprächen eingeladen werden könnten, u.a. zu folgenden Themen: Energieversorgung, Verkehrspolitik, zukunftssichere Arbeitsplätze, soziale Politik für die Schwachen, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, sofortige Umweltschutzmaßnahmen und mehr Bürgerbeteiligung. Für einen allgemeinen Einstieg und ebenfalls ein grünes Gesprächsangebot sprachen sich andere Mitglieder der Landtagsgruppe aus. Klar müsse man sich allerdings darüber sein, daß es der SPD darum gehe, grüne Themen aufzugreifen und daran zu zeigen, daß die Grünen nicht konkretionsfähig sind.

Auf die Gefahren, selber auf sozialdemokratischen Pfaden zu landen oder Opfer der Umarmungstaktik des linken Flügels der SPD zu werden, verwiesen auch der Spitzenkandidat Dirk wiesen auch der Spitzenkandidat Dirk Treber und Grüne aus dem Frankfurter Römer. Nur Manfred Zieran von den Römer-Grünen wurde etwas konkreter. In einer Situation, wo es in der SPD um die Frage ihres Verhältnisses zu den Grünen gäre und der Druck aus den Ortsverbänden wachse, sei es wichtig, die eigene Perspektive klar zu machen und gerade nicht Mindestforderungen aufzustellen wie die GAL in Hamburg.

Bei den Haushaltsberatungen müßten eigene Alternativen auf den Tisch – aber solches dürfe nicht als Programm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit angekündigt werden, weil es so was im Kapitalismus nicht gebe. Daß im Zusammenhang mit dem Bau von Biblis C 60000 Arbeitsplätze geschaffen würden – wie Dregger im Wahlkampf immer wieder vortrug – das müsse konkret widerlegt werden. Ausgangspunkt der Alternativen müßten die gesellschaftlichen Bedürfnisse sein. In welchem Umfang nach den eigenen Vorstellungen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, solle mit Zahlen ausgewiesen werden, ohne damit Illusionen zu verbreiten.

Eher als Tribüne der Selbstdarstellung wollten andere Vertreter Gespräche nutzen: Im Kern stehe die Bewußtseinsarbeit, indem man die anderen Parteien vorführen und die eigene Position öffentlich darstellen könne. Zu diesem Zweck wurde ein Flugblatt mit den vorzutragenden Positionen vorgeschlagen.

Nur geringes Echo löste der Hinweis auf die Verbindung zu den Gewerkschaften aus – berichtet wurde, daß der GEW-Landesvorstand ein Gespräch gewünscht habe. Als Appell sollte schließlich ein mit wenigen Stimmen bei vielen Enthaltungen verabschiedeter Antrag verstanden werden, wonach auch auf Kreisebene engerer Kontakt mit Parteien und anderen relevanten Organisationen, darunter den DGB-Kreisvorständen, gesucht werden soll. Auch von den gewerkschaftlichen Demonstrationen Ende Oktober („Widerstand jetzt gegen sozialen Abbau") hatten die wenigsten der 80 bis 100 versammelten Grünen bislang gehört. Ende Oktober wird die Landesversammlung die Lage weiter beraten.

(Zu den Gesprächen in Hamburg siehe S. 5)



Der Parlamentsputsch ist vollzogen. Birne Kohl ist Kanzler: keine Feier ohne Geier, es kann losgehen mit der „moralischen Wende". In den Medien beginnt die Ausrichtung, auf daß die „neue Mehrheit" doch noch ihre Wähler finde.

Kontinuität des Widerstandes

Demonstration gegen den Brüter in Kalkar / Zweiter Aktionstag nach Gorleben

jöf/kvz. Rund 30000 – vielleicht auch 20000, vielleicht auch 40000 – haben letzten Samstag in Kalkar demonstriert. Es waren damit weniger als erwartet, was sich bereits in den Wochen vor der Demonstration abzeichnete. So beteiligten sich z.B. aus Köln letztlich knapp 500 Leute entgegen den euphorischen Vorausschätzungen der Grünen (2000) und der eher schon realistischen Schätzung der BI und autonomen Friedensgruppe (600 – 700). So 30000 sind es aber schließlich gewesen, die vom Marktplatz in Kalkar zur Wiese des Bauern Maas zogen, um ihre Forderung nach Baustopp und Abriß des Schnellen Brüters wie ihre Ablehnung gegenüber der Kernenergiepolitik insgesamt zu bekräftigen.

Gegenüber dem Terror bei der Demonstration von 1977 war das Verhalten der Polizei diesmal mehr defensiv. Dennoch war für eine Reihe von Schikanen gesorgt: Über ein Dutzend Leute wurde teils schon am Freitagabend, teils während des Samstagvormittags festgenommen, viele der in Bussen anreisenden Teilnehmer wurden durchsucht, angeblich auf „waffenähnliche Gegenstände", während hauptsächlich Getränkeflaschen das Mißtrauen der Ordnungshüter erregten und beschlagnahmt wurden.

Im Gegensatz zu anderen Demonstrationen, z.B. der Friedensbewegung, drückte diese Demonstration eine fast selbstverständliche Geschlossenheit aus, die auf dem gefestigten Konsens der Ablehnung des Brüters und der Kernenergie beruht – aber eigentlich auch schon nicht mehr. So brachten die Reden bis auf die des Vertreters aus Malville (Frankreich) und der Bürgerinitiative Hamm gegen den HTR bei der Schlußkundgebung auch so gut wie nichts Neues. Aber darum ging es offenbar auch gar nicht. Vielmehr drückte wohl der Bauer Maas selbst das Wesen der Demonstration und wohl auch die hauptsächliche Motivation der Teilnehmer zu dieser Demonstration aus: Er bezeichnete die Aktion als die Manifestation der Kontinuität des Widerstands. Damit aber lag über der ganzen Angelegenheit ein Hauch Pflichtübung, ja schon Routine – was die Berechtigung der Demonstration keineswegs schmälern soll. Zwar gut organisiert, aber etwas farblos, charakterisiert sie einer in der taz. Ausdruck der „routinierten" Geschlossenheit war auch das fast völlige Fehlen von Flugblättern oder Auftreten verschiedener linker politischer Organisationen, wie man es sonst kennt. BBU, Grüne und natürlich die BIs traten in Erscheinung – über Transparente, Embleme und Info-Stände.

Die aktuelle Brisanz durch die Empfehlung der Enquête-Kommission für den Weiterbau und die Inbetriebnahme des Brüters und die damit vorbestimmte Entscheidung des Bundestages spielte offensichtlich weniger eine Rolle – in den Reden wie in der Motivation zum Demonstrieren. Vielleicht, weil diese Demonstration auf den Entscheidungsprozeß kaum direkten Einfluß ausübt. Darin und in der „Routine" der Manifestation der „Kontinuität" liegen vielleicht ein Gutteil der Gründe verborgen, daß die Demonstration nicht größer geworden ist. Immerhin waren es deutlich weniger als die 50000 im Jahre 1977.

Ähnliche Entwicklungen haben sich ja auch schon bei anderer Gelegenheit gezeigt. Die Anti-AKW-Bewegung steckt in einer Krise. Man hat bisher die Erfahrung gemacht, daß zwar durch die Demonstrationen und Aktionen seit der Bauplatzbesetzung im südbadischen Wyhl das gesamte Atomprogramm ins Stocken geraten ist und manches Projekt auch noch blockiert bleibt. Aber nun, da eine ganze Reihe von Großprojekten ihrer Vollendung und Inbetriebnahme entgegengehen, wo es also ernst wird, gibt es keine ausreichende Strategie, die vom überwiegenden Teil der Bewegung getragen und eine Erweiterung der Basis erlauben würde. Dazu kommt, so der Eindruck vieler Leute, daß mit der Auswechselung der Bonner Regierung die Bedingungen zur Verhinderung des Energieprogramms auch nicht besser werden, sondern im Gegenteil jetzt die eigentlichen Vorkämpfer der Wahnsinnsprojekte an der Regierung sind.

Noch ein Wort zum vor allem in der Presse strapazierten Thema „Gewalt": Sichtbar war die fast ausschließliche Zahl der Demonstranten von sich aus zu militanten Aktionen gegen den Bauplatz weder bereit noch darauf vorbereitet – was schon an der Kleidung ersichtlich war –, wenn auch eine strikte Ablehnung der Polizei und die Einstellung, sich möglichst wenig „gefallen zu lassen", verbreitet war. Die Entscheidung des Sprecherrats, auf die Wiese des Bauern Maas zu gehen, war also nur folgerichtig – nicht nur wegen der brutal wirkenden Bürgerkriegsstreitmacht. Manche meinen im Nachhinein, unter diesen Bedingungen hätte man vielleicht gleich besser vor der RWE-Verwaltung in Essen demonstriert. Die Lösung sahen die wenigsten in verstärkter Militanz. Sichtlich Spaß machte es den in Scharen mitgezogenen Punks, das hinter dem Zaun verbarrikadierte Polizeiaufgebot mal mit ein paar Dreckklumpen, Farbeiern und Knallkörpern einzudecken – die Sympathie so gut wie aller Umstehenden war ihnen sicher. Aber entgegen den Behauptungen der teils kreischenden bürgerlichen Presse, eine ernsthafte Bedrohung der Polizeimacht war damit zu keinem Zeitpunkt möglich.

Mitteilung

Der „heiße Herbst", die Gewerkschaften und die neue Bundesregierung. Anläßlich der DGB-Demonstrationen wollen wir ein kvz-extra erstellen und als Flugblatt zum Verteilen anbieten. Es soll mit der KVZ 42, d.h. am 21./22.10.1982 ausgeliefert werden. Bestellungen ab sofort, spätestens jedoch am 19.10.1982, an den

BUCHVERTRIEB HAGER
Postfach 111162 · 6000 Frankfurt 11
Tel. 0611/730234

nia. Westberlin. Zwischen 8000 und 10000 demonstrierten am 22.9. in Westberlin für eine politische Gesamtlösung in der Häuserfrage. Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration die Alternative Liste, die ASten von TU und FU, die Jungdemokraten und der KBW; angeschlossen hatten sich einige Tage vorher noch die Jungsozialisten, die Berliner Mietergemeinschaft, die ESG TU, die SEW, der AStA der TFH, Netzwerk, der Ermittlungsausschuß und eine Reihe von gewerkschaftlichen Paten.

Ursprünglich war geplant gewesen, eine Aktionswoche zu machen als Beginn einer erneuten politischen Offensive zur Lösung der Häuserfrage. Doch, und das ist genau der Ausdruck der Defensive, aus der man damit herauskommen wollte, dafür fand sich nicht genug Unterstützung. Nicht zuletzt auch innerhalb der AL, von der die Initiative für die Aktionstage ausging. Auch gegenüber der geplanten Demonstration gab es starke Bedenken. Groß war die Befürchtung, daß es eine unfriedliche Demonstration werden könnte wie am 11.6., und die AL dann wieder die politischen Folgen zu tragen hätte. Und daß nur wenige an dieser Demonstration teilnehmen würden, die eher als Einladung zu neuen Räumungen wirken könne, als das Gegenteil. Erst eine halbe Woche vor der Demonstration setzte sich die Auffassung durch, daß gerade die AL die entscheidende Rolle dafür zu spielen hat, daß es eine politische Demonstration wird, und auch groß genug, um Gewicht zu haben. Tatsächlich schlossen sich auch eine Reihe von Gruppen an, nachdem der Delegiertenrat der AL beschlossen hatte, die Demonstration zu machen. Und es gelang auch durchzusetzen, daß es *während* der – trotz der geringen Mobilisierung relativ großen – Demonstration zu keinen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.

Die Frage, welches politische Gewicht diese Demonstration hat, muß aber meines Erachtens unbeantwortet bleiben. Nach wie vor ist offen, ob es zu einer politischen Lösung der Häuserfrage kommen wird. Wie wir schon vor einigen Wochen in dieser Zeitung festgestellt haben, liegt die Entscheidung beim Senat.

Als der Senat vor einem Jahr die acht Häuser räumen ließ, wollte er damit nicht nur gegen die Instandbesetzer, sondern insgesamt gegen die demokratische Bewegung in der Stadt entscheidend vorankommen. Er hat sein Ziel damals nicht erreicht. Aber die große Empörung angesichts des Todes von Klaus Rattay war keine Grundlage, um eine positive Wende in der Wohnungspolitik durchzusetzen, denn sie hat ja inhaltlich nichts dazu beitragen können.

So sind zwar heute immer noch über 120 Häuser besetzt, und das ist gut.

22. September – ein Jahr nach der Räumung von 8 besetzten Häusern

Die Möglichkeiten für eine Gesamtlösung sind vorhanden, aber kann der Westberliner Senat dazu gezwungen werden?

Aber sie sind immer noch genauso von Räumung bedroht wie vor einem Jahr. Nach wie vor gilt die „Berliner Linie". Und für einen großen Teil der Häuser sind in diesem Jahr die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, um zu modernisieren oder abzureißen. So bedarf es für die nächste Räumung in vielen Fällen eigentlich nur noch des Räumungsbegehrens des Eigentümers. Und die Versuche von seiten des Justizsenators, „Kriminalität" als weiteres Räumungskriterium einzuführen und den Grad der Kriminalität nach der Zahl der – meist unbegründeten oder ergebnislosen – Durchsuchungen zu bestimmen, hat die Situation erst einmal weiter verschärft, obwohl gleichzeitig zwischen Besetzern und Besitzern Verhandlungen geführt wurden.

Am 12.9. haben sich im Gesamtbesetzerrat Vertreter aller Häuser – unabhängig davon, ob sie selber zu Verhandlungen bereit sind oder nicht, darauf geeinigt, öffentlich eine Gesamtlösung zu fordern, was dann auch die Stoßrichtung der Demonstration wurde. Auf einer Veranstaltung am 21.9. wurde diese Forderung dann konkretisiert.

Tatsächlich gibt es mittlerweile nur noch drei Häuser überhaupt, deren Eigentümer nicht zu Gesprächen mit den Besetzern bereit sind. Alle anderen sind bereit, sich auf eine Verhandlungslösung einzulassen; in den meisten Fällen sind sogar schon konkrete Vertragsentwürfe entwickelt worden.

Über die Verhandlungen um die 29 Neue Heimat-Häuser haben wir berichtet: dort ist der Stand der Dinge inzwischen so, daß nur noch eine wesentliche Kontroverse besteht, nämlich die Frage, wer die entstandenen Zinskosten übernehmen soll. Die Charlottenburger NH-Häuser haben inzwischen mit Unterstützung der evangelischen Kirche ihren endgültigen Träger, die „Kiezgenossenschaft" gegründet. Ihre Satzung gleicht der des S.H.I.K., über die wir schon berichtet haben. Der DGB-Landesvorstand hat sich erneut öffentlich zu den Verhandlungen geäußert, und erklärt, daß er für den Abschluß des jetzt ausgehandelten Vertrages eintritt. Die Zinskosten sollten zu je einem Drittel von der NH, den Besetzern und dem Senat getragen werden. Die NH-Geschäftsleitung hat sich zustimmend zu diesem Vorschlag geäußert; den Anteil der Besetzer wäre Netzwerk bereit zu übernehmen. So bedarf der Vertragsabschluß nur noch der Zustimmung des Senats, das letzte Drittel zu übernehmen, wie der Zusicherung, die die NH bindenden Sanierungsverträge aufzuheben oder auszusetzen.

Die Netzbau hat inzwischen die formalen Voraussetzungen, um vom Senat als Sanierungsträger anerkannt zu werden, und hat mit den Besetzern von 20 Häusern, vorwiegend in Schöneberg, Lösungsmöglichkeiten entwickelt.

Der Sonderausschuß der BVV Kreuzberg hat einstimmig – d.h. einschließlich der CDU – erklärt, daß ihm eine politische Lösung für alle 63 Kreuzberger Häuser möglich erscheint. Für 10 Häuser hat dabei die S.H.I.K. die Voraussetzungen für Erbbauverträge geschaffen. Das Sozialpädagogische Institut der Arbeiterwohlfahrt kann Trägerschaften für 5 Häuser übernehmen. Die GSW hat zugestimmt, daß ihre in Kreuzberg-Süd befindlichen Häuser von den Besetzern nach ihren jeweiligen Vorstellungen instandgesetzt und genutzt werden können. Für andere Häuser sind Vertragsentwürfe in Zusammenarbeit mit der IBA entwickelt worden.

Für die Weddinger besetzten Häuser hat der dortige Baustadtrat erklärt, für alle seien langfristige Verträge möglich.

Aber in so ziemlich allen Fällen stellt sich ein grundsätzliches Problem: Die Eigentümer fordern die Erstattung der ihnen entstandenen Planungs- und Bauvorbereitungskosten; zum Teil auch weitergehendere Abfindungen, wenn sie die Häuser mit hohem Eigenkapitalanteil erworben haben. In Kreuzberg fordern sie teilweise auch Ersatzgrundstücke aus dem landeseigenen Besitz.

Die Entscheidung über diesen Punkt hat aber der Senat zu fällen. In der Abgeordnetenhaussitzung am vergangenen Donnerstag waren die besetzten Häuser erneut Thema. Und erneut ist dabei deutlich geworden, daß der Senat bislang zu nicht mehr als ein paar Allgemeinplätzen von „friedlicher Lösung" imstande ist. Die CDU betonte, daß die Verhandlungen mit den Hausbesetzern jetzt zügig geführt und in einer vertretbaren Zeit abgeschlossen werden müßten. Aber die Miet- und Nutzungsverträge für die besetzten Häuser dürften nicht auf Kosten der Allgemeinheit abgeschlossen werden. Und auch die SPD vertrat, daß die Besetzer bereit sein müßten, neben den Rechten auch die Pflichten und die Kosten von Bewohnern vergleichbarer Häuser zu übernehmen.

Angesichts des immensen Aufwands an Zeit und Geld, den die Instandbesetzer inzwischen in die meisten Häuser gesteckt haben, sind beide Erklärungen eine Unverschämtheit. Ganz zu schweigen davon, daß die Kosten für die Allgemeinheit um ein Vielfaches höher wären, wenn nach den ursprünglich von Eigentümern und Senat geplanten Vorstellungen saniert würde.

Daß diese Abgeordneten sich immer noch derart unberührt von der Realität äußern können, ist aber ein Indiz dafür, wie groß die Isolierung der Hausbesetzer immer noch ist, wie wenig sie im Bewußtsein der Bevölkerung verankert sind. Solange sich das nicht ändert, wird es schwer bleiben, den Senat zur Annahme der friedlichen Gesamtlösung zu zwingen und einen neuen 22. September zu verhindern. Die politische Situation hat sich in diesem einen Jahr nur wenig zugunsten der Besetzer verändert.



Demonstration am 2. Oktober in Kalkar, *siehe Seite 1*

Gescheitertes Kommando-unternehmen gegen Albanien

kvz. Mit folgender Meldung trat die albanische Nachrichtenagentur an die Öffentlichkeit: „In der Nacht zum 25. September 1982 landete eine Bande entlaufener albanischer Krimineller, angeführt durch den Banditen Xhevdet Mustafa, an unsere Küste. Um 6.00 Uhr morgens wurden sie entdeckt und innerhalb 5 Stunden wurden sie durch die Sicherheitskräfte des Innenministeriums, Einheiten der Volksarmee und Leuten der Gegend, wo die Kriminellen landeten, total liquidiert. Nach der Liquidation der Bande wurde eine beträchtliche Anzahl von automatischen Gewehren und Pistolen beschlagnahmt, die durch Ferngläser und andere Ausrüstung, Radiosender, US-Dollar, italienische Lira und albanische Leks, notwendige Mittel um das Gesicht zu schwärzen, verschiedene Kleidung usw. vervollständigt wurden." (Tirana, 28. September) Seitdem sind keine Meldungen mehr erfolgt. Einige Tage vor diesem Vorfall hatte der zweite Mann Albaniens, Ramiz Alia, in einer Rede „Aktivitäten eines inneren Feindes" scharf angegriffen. Dies sowie die lange Dauer des Gefechtes wie auch die Tatsache, daß selbst Abenteurer diese Aktion nicht gewagt hätten, wenn sie nicht auf eine bestimmte minimale Basis im Land selber setzen oder hoffen konnten, bestärken die Vermutung, daß es sich nicht nur um eine Kommandoaktion von Exilalbanern handelte, sondern daß offensichtlich auch eine innenpolitische Auseinandersetzung in Gang war oder auch noch ist. Bis Jahresende sind auch allen ausländischen Korrespondenten die Visumzusagen storniert worden. Der albanische Thronfolger *Leka*, Sohn des von 1928 bis 1939 herrschenden Königs *Zogu* erklärte in Paris, er habe vom dem Unternehmen Kenntnis gehabt, es aber als aussichtslos eingeschätzt.

Asylbewerber müssen nicht für Billigstlöhne arbeiten

kvz. Asylberwerbern zu verbieten, sich selbst Arbeit zu suchen, dann, wenn sie auf Sozialhilfe angewiesen sind und diese erhalten, sie zu Arbeit für die Stadt zu zwingen, wie dies auch mit anderen Sozialhilfeempfängern geschieht, und ihnen dafür ein lächerliches Zusatztaschengeld von 1 oder 2 DM die Stunde zu geben – diese Praxis wird von vielen Städten geübt und ist beinahe schon zwangsläufig, nachdem die Arbeitssperre für Asylbewerber eingeführt worden war. Daß dabei Sozialhilfe plus Zusatztaschengeld eine bestimmte angemessene Höhe nicht unterschreiten darf, das hat nun der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof in Mannheim festgelegt. Die Stadt Freiburg hatte einen Asylbewerber, der 272 DM Sozialhilfe pro Monat erhielt, zu 80 Stunden „gemeinnütziger Arbeit" im Monat verpflichtet und 2 DM zusätzlich pro Stunde gezahlt. Der sich so ergebende Stundenlohn von 5,40 DM sei zu niedrig, die Arbeit werde „in unzumutbarer Weise unterbewertet". Auch der Arbeitslohn für einen Asylbedwerber müsse „dem üblichen Entgelt entsprechen, das bedeute, so der VGH, eine Orientierung am Tariflohn eines Gemeindearbeiters. Der Asylbewerber könne halt nur zu entsprechend weniger Stunden verpflichtet werden. Zwar ist damit noch nicht die Unverschämtheit beseitigt, daß einerseits Asylbewerbern verboten wird, Arbeit zu suchen, andererseits sie zur Zwangsarbeit verpflichtet werden. Daß aber auf diese Weise oesonders billige Arbeitskräfte herangezogen werden, wie dies z.B. Berlin im vergangenen Winter in aufsehenerregender Weise getan hat, diese Praxis könnte eingedämmt werden.

Berufsverbote-Verfahren eingestellt

kvz.Hamburg. Nach den Anhörungen gegen 5 DKP-Lehrer, die mit Kandidatur zur Kommunalwahl begründet worden waren (vgl. letzte KVZ), kam die Schulbehörde zu dem Ergebnis, daß „Zweifel an der Verfassungstreue unbegründet" sind. Die Betroffenen seien jetzt voll rehabilitiert.

AL-Westberlin MV „Frieden" – nichts Neues

hot.Westberlin. Am 1.10. fand eine mit knapp 200 Leuten mäßig besuchte MV der AL zum Thema Friedenspolitik statt. Inhaltliche Beschlüsse über die Position der AL in der Friedensbewegung wurden nicht gefaßt bzw. vertagt. Eine Expertenkommission aus Vertretern der widerstreitenden Lager soll ein neues Papier für eine neue MV erarbeiten. Auf der MV wurden von Vertretern der „Krefelder" heftige Angriffe auf die blockübergreifende friedenspolitische Konzeption des AL-Programms gefahren, die von der üblichen 70%-„Russell"-Mehrheit gelassen ertragen wurden, ohne daß von letzteren viel Neues gekommen wäre. Dafür wurde ein Katalog von Aktionsvorschlägen abgesegnet, der Steuerboykotte, Widerstandsaktionen vor den geplanten Stationierungsorten u.ä. vorsieht. Der inhaltliche Streit wird spätestens bis Anfang Dezember wieder aufflammen, wenn es darum gehen wird, wie der Jahrestag des Nato-Nachrüstungsbeschlusses am 12.12. und der polnische Putsch am 13.12. inhaltlich verbunden werden können. Etwas lebhafter wurde es gegen Ende der MV, als es darum ging, ob die AL die Europäische Friedenskonferenz, die für Mai '83 geplant ist, unterstützt oder nicht. Prominente „Krefelder" beschworen angeblich unsaubere Praktiken in der Vorbereitung der Konferenz bei der Finanzierung, Werbung und Einladungspolitik der Konferenzvorbereiter. Auch hinter diesem Streit verbirgt sich der Gegensatz von „Krefeld" und „Russell". Auf der Konferenz soll es um eine neue europäische Friedensordnung gehen, ohne daß von den Betreibern der Konferenz die Sowjetunion dabei als Friedensmacht angesehen wird. Das und die Beteiligung von mittleren SPD-Größen an der Konferenz ist für die „Krefelder" Anlaß, sie als Spaltungs- und Integrationsprojekt der Sozialdemokratie zu kritisieren. Die MV beschloß dann, die Konferenz zu unterstützen, weil sie inhaltlich für interessant angesehen wurde, und in der Vorbereitung sich für Transparenz und eine Erweiterung des Trägerkreises einzusetzen.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Oktober

- **8. Bielefeld.** Kongreß Zukunft der Arbeit, bis 10. Oktober
- **9. Köln.** Aktionskonferenz von Gruppen der Friedensbewegung, bis 10.10.
- **10. Landtagswahlen** in Bayern
- **13. Bamberg.** 21. Deutscher Soziologentag „Krise der Arbeitsgesellschaft", bis 16.10.
- **15. Frankfurt.** 12. ord. Gewerkschaftstag der IGBSE, bis 21.10.
- **16. Mainz.** „Friedensversammlung Rheinland-Pfalz", durchgeführt von Initiatoren des Hambacher Festes
- **17. Mainz.** 14. ord. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, bis 23.10.
- **20. Hamburg.** Veranstaltung zu den Brokdorf-Prozessen, von GEW u.a.
- **21. Kiel.** Veranstaltung zu den Brokdorf-Prozessen
- **23. Dortmund.** Demonstration des DGB-NRW „Arbeit schaffen – Sozialabbau verhindern" Demonstrationen ebenfalls in **Nürnberg** und **Frankfurt**

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Familien- und Fremdbetreuung von Kleinkindern?

Ergebnisse und mögliche Konsequenzen einer DJI-Untersuchung

bed. „Wir brauchen eine geistige Offensive zugunsten der Familie", da „in der Familie die Grundsteine für die Persönlichkeit des Menschen gelegt werden", schrieb die CDU in ihrem Hessen-Wahlprogramm; und weiter: „Die Erziehung der Kinder ist Aufgabe und Pflicht der Eltern. Ein staatliches Erziehungsmonopol, das die Eltern beiseite drängt und behördlichen Eingriffen Vorschub leistet, darf es nicht geben." Im Lambsdorff-Papier wird klipp und klar die Abschaffung des Mutterschaftsgeldes gefordert. Die SPD dagegen war bei der Hessenwahl mit der Forderung nach einem *Eltern*urlaub statt des *Mutterschafts*urlaubs angetreten, die GRÜNEN Hessen fordern ebenfalls einen 18-monatigen Elternurlaub bei vollem Lohnausgleich. Während die einen die „neue Mütterlichkeit" praktizieren, werden im Zeichen der wirtschaftlichen Krise berufstätige Mütter unfreiwillig in ein Hausfrauen- und Mutterdasein zurückgedrängt. Auch in der KVZ wurde in den vergangenen Wochen eine Debatte geführt zu den Bedürfnissen der Frauen, Mütter und Kinder in der Erziehung. Ein wesentlicher Aspekt dieser Diskussion ist die Frage nach dem Wert und den Auswirkungen von Familien- oder Fremdbetreuung des Säuglings/Kleinkindes. Familienbetreuung wird weitgehend ideologisiert, Fremdbetreuung stigmatisiert. In diesem Punkt sind sich, leider, CDU und Teile der Frauenbewegung einig. Aus einer Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts (1) sollen im folgenden einige wesentliche Forschungsergebnisse zu dieser Frage referiert werden, deren Kenntnis sicherlich für die weitere Debatte nützlich ist.

Zu den *lebenswichtigen* sozialen Bebatte nützlich ist.

Zu den *lebenswichtigen* sozialen Bedürfnissen eines Säuglings bzw. Kleinkindes zählen sachliche und soziale Anregungen (Geräusche, menschliche Stimmen, Gerüche etc.). Das Kind braucht menschliche Gesichter, die das erste „soziale Lächeln" hervorrufen. Das Kind braucht, speziell vom dritten Lebensmonat an, die Möglickeit, zu mindestens einer Person eine besonders enge, gefühlsmäßige Beziehung aufzubauen. In den meisten Fällen ist dies die leibliche Mutter, der Ort für regelmäßige soziale Kontakte, überhaupt für die Vermittlung von Wärme und Geborgenheit, „die Familie". Erstärkt. So wurde mit verschiedenen Argumentationen im Ergebnis doch stets eins erreicht: Keine Verbesserung des Angebots an Tagesbetreuungsplätzen, keine Möglichkeit für Mütter, frei zwischen Berufs- und Hausfrauen- bzw. Muttertätigkeit zu entscheiden, Schuldgefühle bei jenen, die dennoch ihre Kinder in Fremdbetreuung geben. Parallel zu dieser Argumentationskette lagen auch bis zur DJI-Untersuchung keinerlei vergleichende Untersuchungen über die Entwicklung von familien- bzw. fremdbetreuten Kindern vor – Beispiel dafür, wie mit pseudowissenschaftlicher Weihe ein gesellschaftliches Vorurteil aufrechterhalten werden kann. Gerade im Blick auf die „Familienoffensive" der CDU muß man sich diese Ergebnisse unbedingt merken.

Die Tagespflege kann positiv für Entwicklung des Kindes sein

1. In der Gruppe der Tagespflegekinder finden sich häufiger Kinder, deren Entwicklung uneingeschränkt positiv ist. Dieses Ergebnis „ist überraschend: Es widerlegt nicht nur die genannten Befürchtungen bezüglich der möglichen Nachteile durch Tagespflege, sondern widerspricht auch der weitverbreiteten Auffassung, die Betreuung eines Kindes durch die eigene Mutter sei unter allen Umständen die günstigste Lösung. Dagegen weisen die Ergebnisse darauf hin, daß auch in dieser so favorisierten Betreuungsform offensichtlich einige Risiken liegen.

2. Die von einer Tagesmutter betreuten Kinder sind weniger ängstlich und gehemmt, zeigen mehr Lebhaftigkeit, so-Kinder sind weniger ängstlich und gehemmt, zeigen mehr Lebhaftigkeit, soziale Kompetenz und Initiative; das Interesse am Spiel ist bei den fremdbetreuten Kindern höher, sie erscheinen kreativer, weniger ablenkbar und weniger unkonzentriert. Die Forscher geben hier als mögliche Erklärung an: Die größere Belastung der berufstätigen Mutter könnte Ursache dafür sein, daß sie ein größeres Maß an Selbständigkeit und sozialer Initiative bei ihren Kindern erwartet; Hausfrauen-Mütter mögen aufgrund vermehrter Zeit auch leichter zu Überfürsorglichkeit neigen.

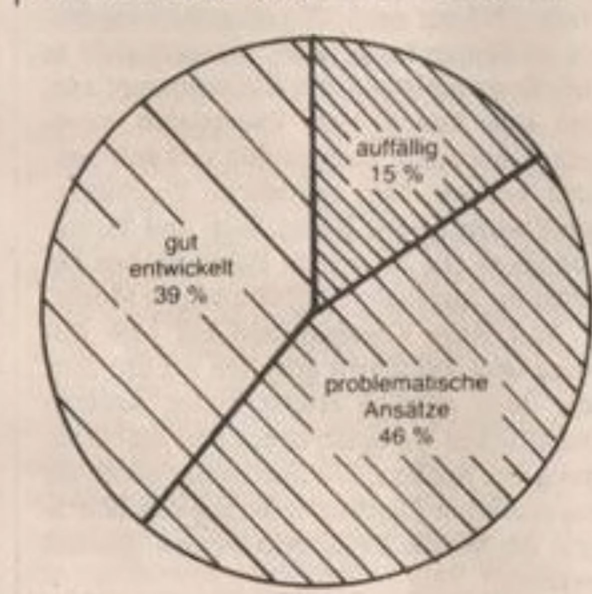
3. Die Mutter-Kind-Beziehung ist bei den fremdbetreuten Kindern nicht generell konflikthafter. Bei den beobachteten Konflikten ist jedoch die Beteiligung von Mutter und Kind unterschiedlich: bei den Familienkindern sind Konflikte, die sich vom Kind aus gegen die Mutter richten, stärker ausgeprägt. Be den fremdbetreuten Kindern sind es die Mütter, die ihre Beziehung zum Kind konfliktreicher erleben (vgl. oben „Schuldgefühle").

4. Der Mythos vom Säugling, der „nur und unbedingt seine Mutter braucht", ist unhaltbar; die Empfehlung, während des „störanfälligen ersten Lebensjahres" keine Fremdbetreuung für das Kind einzugehen, ist falsch. „Wir haben fast die Vermutung, daß die zweite Hälfte des ersten Lebensjahres als sensible Phase für enge Bindungen an weitere Personen zusätzlich zur Mutter angesehen werden kann. Wenn diese Zeit nicht genutzt wird und das Kind immer nur mit seiner Mutter zusammen ist, scheint die Fähigkeit, leicht zu weiteren Personen Vertrauen zu fassen, zunächst verloren zu gehen ... Es ist keineswegs empfehlenswert, daß sich die Mutter über einen längeren Zeitraum (‚Babyjahr') ausschließlich mit ihrem Säugling beschäftigt." (DJI)

5. Das Wohlbefinden des Kindes in der Fremdbetreuung ist weniger eine „objektiv" entstehende Tatsache, sondern Fremdbetreuung ist weniger eine „objektiv" entstehende Tatsache, sondern hängt ganz entscheidend von der Mutter ab. Hat die Mutter Schuldgefühle bezüglich der Fremdbetreuung bzw. ihrer Berufstätigkeit, sieht sie auch eher Probleme und Schwierigkeiten bei dem Kind. Umgekehrt kann die Mutter dem Kind Bereitschaft signalisieren, die Betreuung positiv zu erleben.

Konsequenz dieser Ergebnisse: Jede „geistige Offensive zugunsten der Familie" verstärkt nur das tiefe innere Dilemma der berufstätigen Mütter und erschwert die Situation sowohl der Frauen als auch der Kinder. Was da demagogisch als „kinder- und familienfreundlich" einherkommt, behindert tatsächlich die Entfaltung sowohl der Eltern als auch der Kinder.

auffällig 18 %
gut entwickelt 57 %
problematische Ansätze 25 %



Kinder aus dem Modellprojekt ... aus den Vergleichs-Familien

Einschätzung nach folgenden Merkmalen: Konflikthaftigkeit der Mutter-Kind-Beziehung, Verhaltensprobleme wie Hemmung / Ängstlichkeit, Unruhe / Aggressivität, Selbständigkeit und Kooperationsfähigkeit des Kindes.

scheint schon durch diese – allerdings immer schon gesellschaftlich und familienpolitisch beeinflußte – Erfahrung die Fremdbetreuung als „Notlösung", so wird sie seit mehreren Jahrzehnten von verschiedenen Wissenschaftlern vollends verunglimpft mit dem Hinweis auf „fremdbetreute" Säuglinge, die in Heimen aufgewachsen sind. Aus deren Schädigungen wurde unzulässigerweise auf einen allgemein schädlichen Einfluß jeglicher Fremdbetreuung von Säuglingen verwiesen, aller Mütter, die berufstätig sein wollten oder sein mußten, mit „wissenschaftlich" begründeten Schuldgefühlen zusätzlich belastet und konservative familienpolitische Vorstellungen be-





Die Forderung: „Wärme und Geborgenheit"

Etwa die Hälfte der Kleinkinder erwerbstätiger Mütter wird von Großmüttern betreut. Es wäre ein Trugschluß anzunehmen, dies geschehe allein als Notlösung, weil kein anderer Betreuungsplatz bereitsstünde oder die Betreuung in der eigenen Familie einfach billiger ist. Zahlreiche sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben erwiesen, daß die Eltern in hohem Maße „Wärme und Geborgenheit" in der Fremdbetreuung ihrer Kleinkinder verlangen; pädagogische Qualitäten der Betreuung wie Anregungen vermitteln etc. werden zwar ebenfalls erwartet, sind aber *nicht* ausschlaggebend für die Wahl der Betreuungsform. Familienpolitisch ergibt sich daraus allerdings eine wichtige Konsequenz: Keine Betreuungsform, so auch nicht die öffentliche Krippe, kann sich zum Positiven entwickeln, wenn die Eltern keine Ansprüche an sie stellen – die Vermittlung von Wärme und Geborgenheit in den bestehenden Kinderkrippen scheint den meisten Eltern aber überhaupt nicht möglich. Die staatliche Familienpolitik betreibt ihre Krippenpolitik auch ganz in diesem Sinn, um im Endeffekt jegliche kollektive, gemeinschaftliche Kleinkindbetreuung als „kinderfeindlich" erscheinen zu lassen.

Ich meine: die Alternative (Fremd-) Betreuung in einer Familie *oder* einer Krippe ist aus pädagogischen Gründen falsch gestellt. Aus beiden Formen lassen sich positive Elemente einer Kleinkindförderung begründen: eine Betreuung in einer Familie oder familienähnlichen Situation bietet den Vorteil einer Erziehung im „wirklichen Leben", d.h. sie vermittelt dem Kind Alltagserfahrungen. Kinder in der Institution Krippe erleben eine Umwelt, die „extra für sie gemacht" ist. „Die Einrichtung ist anders als jedes Haus, jede Wohnung, die Bezugsperson erzieht nur" (2). Eine optimale Betreuung für Kleinkinder sollte so familienähnlich wie möglich und so viel Institution wie nötig beinhalten.

Zwar bleibt es weiterhin richtig und notwendig, eine Förderung der bestehenden Kinderkrippen zu fordern, da diese nach allen vorliegenden Untersuchungen zumeist nicht einmal Mindeststandards erfüllen. Anzustreben allerdings sind demgegenüber *von Eltern selbstverwaltete, staatlich finanzierte* (3) Kinderkrippen. „Mit den Kindern leben", ein aus pädagogischen Gründen sinnvolles Ziel der Betreuung, ist tatsächlich in den bestehenden Institutionen auch bei verbesserter Ausstattung nur bedingt möglich. Die Krippenerzieherinnen sind institutionell abhängig, sie sind gegenüber dem staatlichen Krippenträger, nicht gegenüber den Eltern weisungsgebunden. Der Träger, nicht die Betroffenen, bestimmt über die Organsation der Betreuung. Das macht einen ganz wesentlichen Unterschied im Dreiecksverhältnis Kind-Eltern-Bezugsperson. Meiner Meinung liegt in diesem Unterschied auch die Attraktivität der freien, autonomen Elterninitiativen. Die bestehenden Kinderkrippen müßten sowohl pädagogisch, organisatorisch als auch personell sicherlich so weitgehend verändert weden, daß sie ebensogut durch die freien Initiativen selbst und neu gestaltet werden können.

Eltern, erst recht Mütter, müssen die Wahl haben, ob sie ihr Kind allein zuhause aufziehen wollen oder weiterhin berufstätig sein und ihr Kind angemessen fremdbetreuen lassen wollen. (4) Im übrigen habe ich noch keine Mutter eines Säuglings getroffen, die nicht zumindest für Stunden regelmäßige Betreuung ihres Kindes wünschen würde zur eigenen Entlastung. Die Forderung der GRÜNEN Hessen ebenso wie die der SPD nach einem Elternurlaub erscheint mir im Hinblick auf diese Bedürfnislage eher einschränkend, auch wenn sie sicherlich zumindest als Verbesserung der bisherigen Bedingungen zu verstehen ist. – Die „beste Mutter" ist eine zufriedene Mutter – dies bestätigen unter dem Strich alle Untersuchungen. Diese Zufriedenheit herzustellen, ist eine gesellschaftliche Aufgabe. (5)

die „extra für sie gemacht" ist. „Die" ... be. (5)

Welche Lösungen finden die erwerbstätigen Mütter für die Betreuung ihrer Kinder? Folgende Tabelle gibt darüber Aufschluß (Mehrfachnennungen waren möglich):

Betreuungspersonen				Betreuungsort	
Mutter	18%	Mutter	18%		
Großeltern	46%				
andere erwachsene Verwandte	7%	andere Mitglieder der Familie	56%	innerhalb der familiären Umgebung	81%
ältere Geschwister	3%				
Hausangestellte, Kinderpflegerinnen	7%				
Nachbarn, Bekannte	4%				
Tagespflegestellen (1% registriert)	5%	nicht zur Familie gehörige Personen	34%	außerhalb der gewohnten familiären Umgebung	27%
Sonstiges (Kinderheim)	13%				
Dauerpflegestellen	1%				
Krippen	4%				
	108%		108%		108%

15 Gesellschaft für Grundlagenforschung mbH München: Repräsentativerhebung zum Erziehungsgeld. München 1975

(1) Das Modellprojekt Tagesmütter, Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung, Stuttgart 1980. Auf die interessantesten Detailergebnisse der über einen Zeitraum von drei Jahren durchgeführten Untersuchung soll hier nicht eingegangen werden, sondern lediglich die Erkenntnisse zur „Fremdbetreuung" dargestellt werden. Untersucht wurden 420 Pflegekinder von 400 Elternpaaren bzw. alleinstehenden Eltern bei 220 Tagesmüttern. Von den Tagesmüttern hatten 2% kein Kind, 38% ein Kind, 44% zwei Kinder und 16% drei oder vier eigene Kinder. Das jüngste Kind der Tagesmutter war bei 72% unter 6 Jahren alt.

(2) Das DJI gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken: „Es werden sogar gewerkschaftliche Kämpfe darum ausgetragen, daß die Betreuungspersonen nicht mit sogenannten fachfremden Aufgaben (Putzen, Kochen, Einkaufen etc.) belastet werden dürfen."

(3) Nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus pädagogischen Gründen ist es sinnvoll, die „Geldfrage" aus der Beziehung Eltern-Kinder-Betreuungsperson herauszuhalten.

(4) Die überwiegende Mehrheit der in der Untersuchung befragten berufstätigen Mütter sprach sich wohl für ein Erziehungsgeld in Höhe eines vollen Lohnausgleichs aus, 40% von ihnen würden aber auch bei ‚angemessener' Höhe des Erziehungsgeldes nicht auf ihre Berufstätigkeit verzichten wollen!

(5) Jean Liedloffs Buch: Auf der Suche nach dem verlorenen Glück. Gegen die Zerstörung der Glücksfähigkeit in der frühen Kindheit, München 1981, ist ein seit einiger Zeit gern zitiertes, leidenschaftliches Plädoyer für eine glückliche Mutter-Kind-Beziehung. Liedloff entwickelt darin zwar die These von dem „Gefühl für das richtige Leben, das in jedem Menschen bei der Geburt angelegt ist", beschreibt aber berade, wie dieses ‚Kontinuum' historisch, gesellschaftlich und individuell zunehmend unterdrückt wird. ‚Glücksfähigkeit' und ‚Glück' können demnach gerade erst dann erlebt werden, wenn das gesellschaftliche Umfeld die Bedingungen dafür bereitstellt.

Änderung bei KVZ und „Kommunismus und Klassenkampf“

Zum Jahresende wird die Konzentration auf ein Periodikum unumgänglich

kvz. Mäßig aber regelmäßig hat auch in den letzten Monaten der Rückgang der Auflagen von „Kommunismus und Klassenkampf“ sowie der KVZ angehalten. Man mag dafür verschiedene Gründe sehen, Schwächen der Periodika selbst oder politischen Gegenwind. Tatsache ist, daß vor allem der Handverkauf der KVZ durch den KBW drastisch geschrumpft ist – auf jetzt unter 1000 Exemplare –, was mit einer geänderten Arbeitsweise des KBW, aber auch mit einer verminderten Mitgliederzahl zusammenhängt. Und nur auf Abo-Basis reicht die Gewinnung neuer Leser nicht aus, die Verluste auszugleichen. Sicher ist, daß eine Reaktion auf diese Entwicklung nicht länger aufgeschoben werden kann. Politisch, personell wie finanziell kann das bisherige Konzept von politischer Wochenzeitung plus theoretischer Monatszeitschrift nicht fortgeführt werden. Eine Umstellung zum Jahresende im Rahmen dessen, was möglich ist, scheint unumgänglich.

So hat die Bundesleitung des KBW, die ja Herausgeber der genannten Publikationen ist, am letzten Wochenende ausführlich über Sinn und Zweck unseres Publikationswesens unter geänderten Bedingungen beraten. Der abgedruckte Beschluß spiegelt das bisherige Ergebnis dieser Diskussion wider.

Dabei ging es nicht einfach um die Alternative: KVZ *oder* „Kommunismus und Klassenkampf“. Einig war man sich vielmehr darüber, daß eine neue Form gefunden werden müsse, die sich in Inhalt und Schwerpunkt bis hin zum Namen von beiden herkömmlichen Organen unterscheidet. Wir wollen hier einige der Erwägungen nachzeichnen, um unsere Leser mehr als „per Verlagsmitteilung“ zu unterrichten. Damit verbinden wir natürlich die Hoffnung, daß sie in unseren Publikationen nicht bloß einen Informationsträger sehen, sondern auch ein Instrument politischer Kommunikation und Meinungsbildung, das im Vergleich zu bestehenden oder machbaren Alternativen trotz seiner Beschränkungen der Unterstützung wert ist.

Alternativen trotz seiner Beschränkungen der Unterstützung wert ist.

Erinnert werden soll in diesem Zusammenhang auch an die Entscheidung der außerordentlichen Delegiertenkonferenz vom vergangenen Juni, daß sich die Bundesleitung in Zukunft hauptsächlich auf die Entwicklung der kommunistischen Wochenzeitung konzentrieren solle. Dieser Beschluß war mit der Einschätzung verbunden gewesen, daß es in den auf die DK folgenden Monaten vor allem darauf ankomme, neue Arbeitszusammenhänge in den Bezirken aufzubauen. Die tatsächlichen oder vermuteten Bedürfnisse der Leser, ob sie überwiegend theoretische Ansprüche an unsere Publikationen stellen oder eher verhältnismäßig aktuelle Themen fortlaufend zu verfolgen wünschen und Material hierzu als Hilfe im politischen Alltag empfinden, spielten in der Diskussion eine große Rolle.

Für die Ausgestaltung und Weiterentwicklung einer *Wochenzeitung* wurden unter anderem folgende Gesichtspunkte angeführt: Sie kann den Mitgliedern und Lesern einigermaßen breit gefächertes Material und auch Einschätzungen politischer Vorgänge zur Verfügung stellen und ihnen somit die politische Arbeit, sei es in der Gewerkschaft oder im Rahmen verschiedener Initiativen, erleichtern. Obwohl die meisten Leser dabei nicht unbedingt auf das zurückgreifen, was wir da Woche für Woche anbieten, die Zeitung also nicht im „Wochenrhythmus“ nutzen, sei es doch nicht ungünstig, sich auf eine mehr oder weniger fortlaufende Berichterstattung und Kommentierung beziehen zu können. Beispiele dafür seien etwa die Behandlung des Libanon-Krieges, der AEG-Pleite oder der grün-alternativen (Wahl-)Bewegung.

Dem Einwand, in einer politisch-theoretischen Monatsschrift könnten solche Themen ebenso gut und wahrscheinlich gründlicher dargestellt werden, wurden verschiedene Beschränkungen dieser Publikationsform entgegengehalten: der aktuelle Bezug, der entsprechend einem weiter gestreckten Erscheinungsrhythmus mit aufwendigerer Herstellung verloren zu gehen droht, oder die Erwägung, daß sich verschiedene Autoren in den aufeinanderfolgenden Nummern einer Wochenzeitung eher aufeinander beziehen, Standpunkte kritisieren oder ergänzen können.

Mit Blick auf die Tätigkeit der Mitglieder und den gegenwärtigen Charakter der Organisation spreche für eine Wochenzeitung u.a. die Einschätzung, daß gerade aufgrund oft nicht mehr existierender Zellenstrukturen und der vielen verstreuten Einzelmitglieder eine Wochenzeitung vorzuziehen sei, die zur Meinungsbildung auch über Themen beiträgt, die nicht unmittelbar Gegenstand beispielsweise einer Friedensgruppe oder der täglichen Kleinarbeit

genstand beispielsweise einer Friedensgruppe oder der täglichen Kleinarbeit

einer Betriebsrätin sind.

Demgegenüber wurden als Vorzüge einer *Monatszeitschrift* einerseits pragmatische Gründe genannt: Für die Leser, die bislang zwei Publikationen beziehen, sei es letztlich billiger, ebenso für die Organisation, wenn man von nach wie vor niedrigen Auflagen ausgeht. Vorhandene Verbindungen zu Korrespondenten auch außerhalb des KBW ließen sich im Rahmen eines Monatsmagazins leichter ausbauen; Autoren, die bisher nicht oder wenig bei uns veröffentlicht haben, ließen sich vor allem für den theoretischen Teil eher gewinnen. Eine solche Form entspreche zudem der positiven Seite unserer Entwicklung, wo sich eben zunehmend Arbeitszusammenhänge um die Klärung theoretischer Fragen herausbildeten – dies in Form der zentralen Arbeitsgruppen, aber auch an den einzelnen Orten. Aufgezeigt wurde das am Beispiel des Themenkomplexes „alternative Wirtschaftspolitik“. Hier seien gerade Ausarbeitungen gefordert zu Fragen, die sich nicht zuletzt aus hessischen, Hamburger oder Westberliner Verhältnissen in den Parlamenten ergeben. Die Debatte in einer Monatsschrift könne hier zu den geforderten konkreten Programmen und zur Aufklärung der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen am ehesten beitragen und durch entsprechende Dokumente ergänzt werden. So ließe sich auch ein Bezugspunkt für Teile der eben damit beschäftigten Linken herstellen.

Ansätze dieser Art, die sich auch in der KVZ finden, gingen dort leicht verloren (weil nach einer Woche „vergessen“ oder abgeheftet). Eine Bündelung solcher Ausarbeitungen erleichtere demgegenüber die Klärung, ohne andererseits die Alltagspolitik der Genossinnen und Genossen zu behindern. Schließlich lasse sich eine Monatszeitschrift auch besser verkaufen, weil sie halt nicht so schnell veraltet, während selbst eine gute Wochenzeitung nur für kurze Zeit zugänglich ist.

Hintergrund der verschiedenen Argumente war natürlich immer die unterschiedliche Lage in den Bezirken oder örtlichen Zirkeln, wie man diese heutzutage eher nennen kann. Die Bundesleitung war der Ansicht, daß die jüngsten Erfahrungen – neben Arbeitsgruppen findet sich manche Grundeinheit neu zusammen, Mitgliederversammlungen und Foren bilden gewisse Anziehungspunkte, neue Komitees entstehen – die Sicherung eines Periodikums auf jeden Fall wünschenswert erscheinen lassen, wobei der Verzicht auf eine Wochenzeitung von einigen doch als Verlust empfunden würde.

Für welche Form sich Leser und darunter die Mitglieder letztlich entscheiden, beide Möglichkeiten setzen voraus, daß sich die Redaktion, erst recht,

den, beide Möglichkeiten setzen voraus, daß sich die Redaktion, erst recht,

wenn sie verkleinert wird, auf ein möglichst breites Netz von Mitarbeitern und Korrespondenten stützen können muß. Nicht nur, weil die nötige Arbeit sonst nicht zu bewältigen ist, sondern weil auch nur so etwas einigermaßen Interessantes und Vielfältiges entstehen kann und Langeweile vermieden wird. Mit der „Konzentration“ sollten die beteiligten Erfahrungen und Kenntnisse erweitert werden.

Für unsere Abonnenten, die ⅔ der Leser ausmachen, versteht sich, daß bezahlte Abonnements angerechnet, ggf. auch zurückgezahlt werden. Genaue Modalitäten arbeitet unser Vertrieb rechtzeitig aus.

Zur Konzeption der Publikationsmittel des KBW

Die Bundesleitung hat über die Publikationsmittel des KBW diskutiert. Sie ist aufgrund der Auflagenentwicklung von *KVZ* und *Kommunismus und Klassenkampf*, der vorhandenen Kräfte und der finanziellen Situation zu der Auffassung gekommen, daß unsere Publizistik in der jetzigen Form in der gegenwärtigen Situation nicht entwicklungsfähig ist und daß wir uns auf die Herausgabe eines Periodikums konzentrieren müssen. Die Bundesleitung ist zu der Auffassung gekommen, daß, um unsere Kräfte publizistisch konzentrieren zu können, nicht einfach die *KVZ* oder *Kommunismus und Klassenkampf* eingestellt und eines der beiden Periodika im bisherigen Charakter weitergeführt werden kann, sondern daß eine solche Konzentration der Kräfte und der Aufmerksamkeit auf ein Periodikum auch einschneidende Änderungen des Periodikums notwendig macht, das weitergeführt werden soll.

In einer Wochenzeitung müßte der analytisch-konzeptionelle Teil der Zeitung stärker entwickelt und auch redaktionell hervorgehoben werden, so daß er auch getrennt von der ganzen Zeitung aufbewahrt und verfügbar gemacht werden kann, um über einen längeren Zeitraum als die Erscheinungswoche hinaus wirksam zu bleiben, oder es müßte die broschierte Form einer Zeitschrift gewählt werden, um diese längerfristige Wirkung zu ermöglichen.

Eine Monatszeitschrift müßte im Gegensatz zum jetzigen Charakter von *Kommunismus und Klassenkampf* einen Teil umfassen, in dem die wichtigsten aktuellen politischen Entwicklungen behandelt werden und in dem begründet politisch Position bezogen wird. Dieser Teil müßte zum Erscheinungszeitpunkt tatsächlich auf Stand sein. Die Monatszeitschrift müßte deshalb ihr Format wechseln und in DIN A 4-Form geheftet erscheinen, um die Herstellungszeit zu verkürzen. Sie müßte einen dokumentierenden Teil umfassen. Der analytisch-konzeptionelle Teil müßte den Kern der Monatszeitschrift ausmachen, um den sich der tagespolitisch aktuelle Teil und der kommentierend-dokumentierende Teil gruppieren müßten.

Wie immer wir uns entscheiden werden, ob für eine Wochenzeitung oder eine Monatszeitschrift, das in einer dieser Erscheinungsweisen herausgegebene Periodikum müßte auf jeden Fall seinen bisherigen Charakter einschneidend ändern.

In den beiden bisher angeführten Punkten stimmt die Bundesleitung überein, wie auch in der Frage, daß eine Entscheidung noch rechtzeitig in diesem Jahr getroffen werden muß, um im nächsten Jahr in einer neuen Weise zu publizieren.

Die Bundesleitung hat auch die Frage diskutiert, ob eine wöchentliche oder monatliche Erscheinungsweise der gegenwärtigen Situation und der absehbaren Entwicklung angemessener ist. Dabei handelt es sich um keine politische Grundsatzentscheidung, sondern um eine mehr oder weniger plausible Einschätzung, in welcher Form wir unsere Kräfte besser entwickeln können und innerhalb der sich neu gruppierenden und neu vereinheitlichenden Linken besser zur politischen Wirkung bringen können.

Ob wir organisierte und organisierende politische Wirkung entfalten können, hängt so oder so davon ab, inwieweit es uns gelingt, zentrale und örtliche Arbeitszusammenhänge weiterzuentwickeln, die eine kontinuierliche thematisch bestimmte Arbeit der Mitglieder wie anderer Genossen mit entsprechenden politischen Bedürfnissen und eine regelmäßige politische Debatte über dringliche politische Fragen ermöglichen und damit zum Aufbau einer politischen Infrastruktur der Bewegung beitragen, die es auch den Einzelnen erleichtert, politisch zu wirken. Dazu haben wir, ob mit Wochenzeitung oder Monatszeitschrift, beizutragen und werden wir in jeder der beiden Formen beitragen können. Die Frage ist also nur, welche wir besser nutzen können.

Bei der jetzt anstehenden Beschlußfassung sollte gleichzeitig geprüft werden, ob wir für das neue Periodikum auch einen neuen Namen wählen. Die Bundesleitung ist der Ansicht, daß wir in allen genannten Fragen rasch zu einer Entscheidung kommen können, da es sich nicht um zwei politisch gegensätzliche Entwicklungswege handelt, sondern um mehr oder weniger plausible Alternativen der Weiterarbeit in unserer Publizistik.

Die Bundesleitung sollte auf ihrer nächsten Sitzung am 30. Oktober beschließen, ob für den 13./14. November eine außerordentliche Delegiertenkonferenz einberufen werden kann, um diese Entscheidungen zu treffen.

Diese Mitteilung wird in der *KVZ* und *Kommunismus und Klassenkampf* veröffentlicht, da wir diese Entscheidung nicht treffen können, ohne unseren Lesern die Möglichkeit gegeben zu haben, ihre Meinung zu äußern.

Beschluß der Bundesleitung des KBW
Frankfurt, den 3. Oktober 1982

auch in der Frage, daß eine Entscheidung
Frankfurt, den 3. Oktober 1982

Wirtschaftliche Gründe für eine Überprüfung unserer Publikationsweise

Die Auflagen- und Kostenentwicklung bei Kommunismus und Klassenkampf und der Kommunistischen Volkszeitung ist *ein* Grund für die Überlegungen über Änderungen bei den Publikationen, die vom KBW herausgegeben werden. Die Auflage der Kommunistischen Volkszeitung ist von 5200 verkauften Exemplaren zu Jahresanfang 1982 auf ca. 3000 verkaufte Exemplare im September gefallen. Ähnlich sieht es bei Kommunismus und Klassenkampf aus, wo statt knapp 3000 Exemplaren inzwischen nur noch knapp 2000 verkauft werden können. Der monatliche Zuschußbedarf allein für die Redaktions- und Verlagstätigkeit für die beiden Publikationen beträgt im Augenblick 12500 DM pro Monat.

Von einer Konzentration auf eine Zeitung oder Zeitschrift erhoffen wir uns über die dann möglich erscheinenden weiteren inhaltlichen Verbesserungen eine Stabilisierung der Auflage. Darüberhinaus sollen die monatlichen Zuschüsse, die aus den Beiträgen der Mitglieder gedeckt werden, gesenkt werden.

Bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Folgen der Konzentration auf eine Wochenzeitung oder Monatszeitschrift gibt es bei den derzeitigen Auflagen von ca. 3000 bei der KVZ keine wesentlichen Unterschiede. Die Monatszeitschrift wäre bei geringerer Auflagen etwas kostengünstiger, während eine Wochenzeitung bei höheren Auflagen besser abschneidet. Im folgenden eine Übersicht zum Vergleich von Monats- und Wochenzeitung. In den Deckungsbeiträgen bei verschiedenen Auflagen und verschiedenen Typen von Monats- und Wochenzeitung wird dargestellt, was nach Abzug der Satz-, Druck- und Vertriebskosten bei den jeweiligen Auflagen zur Deckung der Redaktions- und Verlagskosten noch übrig bleibt.

Dabei gehe ich von folgenden Annahmen aus: der Preis der Wochenzeitung ist wie bei der KVZ heute 1,80 DM, die Zeitung erscheint im „Berliner Format“ mit 16 Seiten pro Woche, d.h. 52mal im Jahr. Die Monatszeitschrift ist mit einem Preis von 5,00 DM kalkuliert, die Seitenzahlen geben den Innenteil der Zeitschrift an, ohne den Umschlag, der noch hinzugerechnet werden muß für den Gesamtumfang. Das Format soll DIN A4 geheftet sein.

Deckungsbeiträge bei verschiedenen Auflagen:

Auflage	Deckungsbeitrag
Wochenzeitung	
1000	– 4107
2000	– 727
2500	3144
3000	5561
4000	10395
5000	15229
6000	20063

	Deckungsbeitrag bei		
Auflage	48 Seiten	64 Seiten	72 Seiten
Monatszeitschrift			
1000	729	42	– 388
2000	3786	2975	2506
2500	5314	4441	3953
3000	6843	5908	5400
4000	9900	8841	8294
5000	12957	11774	11188
6000	16014	14707	14082

Diese Deckungsbeiträge zu den Verlags- und Redaktionskosten sind Monatsbeträge. Deutlich wird, daß eine Bezahlung der Verlags- und Redaktionskosten allein aus dem Verkaufserlös bei den jetzigen und den zukünftig zu erwartenden Auflagen nicht wahrscheinlich ist. Bei einem Nettolohn von 1250 DM für die Angestellten ohne Kinder sind die Lohnkosten für den Verlag 2000 DM pro Personalstelle. Jetzt arbeiten 9 Leute in dem Verlagsbereich, dazu kommen noch die Kosten für Miete, für die Büro- und Verwaltungstätigkeit. Bei der Konzentration auf eine Publikation sehen wir die Möglichkeit, hier gegenüber der jetzigen Situation etwas einzusparen. Ohne die finanzielle Unterstützung der Mitglieder des KBW und der Leser wird aber auch in der nächsten Zukunft eine kommunistische Zeitung oder Zeitschrift nicht zu machen sein.

Volker Lehmann

Sind die Verhandlungen GAL – SPD vor dem Scheitern?

Die 4-Punkte-Entschließung der Mitgliederversammlung der GAL zu den Gesprächen

ebn.Hamburg. Die Mitgliederversammlung der Grün-Alternativen Liste in Hamburg nahm am 3.10. eine vorläufige Gesamteinschätzung der Gespräche mit der SPD über die Tolerierung eines SPD-Minderheitssenats in Hamburg vor. Vorausgegangen waren zwei weitere ergebnislose Verhandlungsrunden am 1. und 2.10 über die Sparpläne der SPD in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Soziales und über die Hafenerweiterungspläne. Vorausgegangen war außerdem der Regierungswechsel in Bonn, der relative SPD-Wahlsieg in Hessen und die Ablehnung eines CDU-Antrags in der Hamburger Bürgerschaft auf Auflösung der Bürgerschaft und Neuwahlen in Hamburg.

Bürgermeister von Dohnanyi hatte noch unmittelbar nach dem Bruch der Bonner Koalition in einem Rundfunkinterview gesagt, es gehe der SPD darum ob „von Sozialdemokraten verantwortbare Politik" in Hamburg zu machen sei. Vorher hatte er immer von „sozialdemokratischer Politik" gesprochen. Die Nuancierung wollte er als „Signal" an die GAL verstanden wissen.

Einen Tag nach dem Scheitern des CDU-Antrages auf Auflösung der Bürgerschaft äußerte sich jedoch der SPD-Rechte und frühere Fraktionsvorsitzende Hartmann (als solcher auch maßgeblich am Sturz des Dohnanyi-Vorgängers Klose beteiligt) im Interview sinngemäß so, daß 14 Tage später möglicherweise auch die SPD für Neuwahlen sei, da er wenig Erfolgsaussichten für die Gespräche mit der GAL sehe.

Am Anfang der Debatte auf der GAL-MV stellten die meisten Redner mehr oder weniger unumwunden das Scheitern der gesamten Verhandlungen fest. Zwar habe man bei einzelnen Punkten, wie z.B. Elbverschmutzung und Jugendarbeitslosigkeit, erreicht, daß in den Medien darüber ausführlich berichtet wurde. Ansonsten habe sich aber in der SPD offenbar der Börner-Kurs durchgesetzt. Nun müsse man sehen, daß man den negativen Ausgang der Sache auch entsprechend plausibel in der Öffentlichkeit und gegenüber den eigenen Anhängern darstelle. In diesem Zusammenhang wurde die eigene bisherige Informationsarbeit kritisiert. Im allgemeinen haben die Verhandlungsinhalte in den Medien nur eine untergeordnete Rolle gespielt über die Frage: „Tolerierung oder nicht". Zugleich ist aber der demagogische Vorwurf der SPD, die GAL habe in einzelnen Fragen interessante Anregungen, insgesamt fehle es ihr aber an Überblick und Realitätssinn, nicht völlig ohne Wirkung geblieben.

Im Laufe der Debatte erarbeitete sich die MV eine etwas differenziertere Sicht der Lage. Dies führte zu einer 4-Punkte-Entschließung:

1. Die SPD habe in den bisherigen Gesprächen ausgelotet, ob eine Fortsetzung der bisherigen sozialdemokratischen Politik mit der GAL möglich sei. „Insbesondere beim Festhalten an der Sparpolitik/Sozialabbau im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich und an der unsinnigen und teuren Hafenerweiterung hat sich an diesem Wochenende herausgestellt, daß die SPD nicht ernsthaft am Zustandekommen einer Tolerierungsvereinbarung interessiert ist. Auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse ist damit das Scheitern der Tolerierung des SPD-Minderheitssenats vorprogrammiert."
2. Die Hamburger SPD sei nach der Hessenwahl offenbar so siegestrunken, daß sie „eine Neubestimmung ihrer Politik nicht für nötig hält und glaubt, entweder nach Börner-Manier die Grünen und Alternativen über den Haushalt erpressen zu können oder über Neuwahlen die alten, bequemen Mehrheiten zu erhalten. Die SPD täte gut daran zu begreifen, daß das hessische Ergebnis nur kurzfristig wirkendem Zorn über die FDP und Mitleid mit Helmut Schmidt zu verdanken ist."
3. „Die SPD wird von der GAL keine Zustimmung zu einem Haushalt erhalten, der z.B. die Sparpolitik festschreibt, an der Hafenerweiterung festhält und keine wirksamen Beschäftigungsimpulse enthält ..."
4. Die GAL sei bereit, die Gespräche über die noch ausstehenden Punkte Wohnungsbau, Energie, Beschäftigungsprogramm, Frauenforderungen und Asylpolitik vereinbarungsgemäß zu führen, um zu einer Klärung der beiderseitigen Standpunkte zu kommen und auch, um der SPD noch eine Chance zu geben. Nach 10 Tagen soll eine abschließende Bilanzierung der Verhandlungen vorgelegt werden.

Noch in der Nacht nach der MV um 0.30 Uhr ließ sich der SPD-Vorstand den Wortlaut dieser Entschließung durchgeben. Offensichtlich geraten Teile der SPD ins Schleudern. Bereits am Dienstag morgen kam ein Gespräch mit Bürgermeister von Dohnanyi zustande, auf welches hin er sich hingesetzt hat, um selber ein Papier für die noch ausstehenden Verhandlungen zu schreiben, mit dem er bis an den Rand dessen gehen will, was er persönlich und als Bürgermeister vertreten kann. Es mache ihm keine Schwierigkeiten, dort hineinzuschreiben, daß er für den Ausstieg Hamburgs aus der Kernenergie ist. Es scheint nach wie vor so zu sein, daß bei der SPD die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut, sei es aus Unfähigkeit und Nervosität, oder sei es, weil die beiden „Flügel" sich tatsächlich nicht auf eine gemeinsame Position einigen können.

Bei aller gebotenen Skepsis über die realen Möglichkeiten, die SPD zu einer „Wende" zu zwingen: die GAL täte gut daran, zu erkennen, daß ihre politischen Ziele vermutlich einen Kampf von Jahren erfordern, auch wenn das eine oder andere davon als „Sofortforderung" gehandelt wird. Der innere Meinungsbildungsprozeß und auch Differenzierungsprozeß der SPD dauert jedenfalls offensichtlich länger als erwartet. Das sollte die GAL berücksichtigen.

Arbeitsseminar „Inflation"

Bekanntlich gibt es so viele Inflations-Erklärungsversuche wie es Erscheinungen derselben gibt. Wir sind der Auffassung, daß es ebenso wenig wie es eine allgemeine Monopol- oder Banktheorie geben kann, die sich aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals ableiten ließen, eine allgemeine Inflationstheorie formuliert werden kann.

Es können für den entwickelten Kapitalismus Bedingungen genannt werden, die in je konkret zu untersuchenden Konstellationen inflationäre Prozesse zur Folge haben. Ziel eines Arbeitsseminars muß es u.E. sein, einen systematischen Zugang über die Kritik der Politischen Ökonomie zum Verständnis inflationärer Prozesse zu schaffen, die Geldillusion, wie sie in monokausalen Inflationstheorien bürgerlicher wie linker Ansätze auffindbar ist, zu destruieren und Voraussetzungen für die je konkrete Analyse zu schaffen.

Folgende Themenkomplexe sollen behandelt werden: 1. Die Geldform, 2. Kreditsystem und Papiergeld als Weltgeld, 3. Bürgerliche Inflationstheorien, 4. Linke Inflationstheorien.

Grundlektüre für die Teilnehmer des Arbeitsseminars sollte sein: Marx an Kugelmann, 11.7.1868, in: MEW 32, S. 552 ff. · Kapital I, 3. Kapitel · Grundrisse, Kapitel über das Geld, mind. S. 58 – 60 und 103 – 105

Termin: 16./17. Okt., Beginn Samstag, 14.00 Uhr

„IG Metall willst Du Krawall?"

Dortmunder Heidehof nach 8 Monaten Besetzung geräumt



sachlich nicht auf eine gemeinsame Position einigen können.
Bei aller gebotenen Skepsis über die realen Möglichkeiten, die SPD zu einer „Wende" zu zwingen: die GAL täte gut daran, zu erkennen, daß ihre politischen Ziele vermutlich einen Kampf von Jahren erfordern, auch wenn das
Grundlektüre für die Teilnehmer des Arbeitsseminars sollte sein: Marx an Kugelmann, 11.7.1868, in: MEW 32, S. 552 ff. · Kapital I, 3. Kapitel · Grundrisse, Kapitel über das Geld, mind. S. 58 – 60 und 103 – 105
Termin: 16./17. Okt., Beginn Samstag, 14.00 Uhr
„IG Metall willst Du Krawall?"
Dortmunder Heidehof nach 8 Monaten Besetzung geräumt

vof.Dortmund. „Das ist unsere ‚Neue Heimat' " hatte auf einem Schild vor dem Dortmunder Heidehof gestanden. Vor 8 Monaten, am 7. Februar, war diese ehemalige Bildungsstätte der IG Metall besetzt worden, um den Abriß durch die IGM zu verhindern. Nach der Räumung am 29. September blieben davon nur noch Trümmer.



Bereits seit 4.00 Uhr morgens hatte die Polizei damit begonnen, Straßensperren zu errichten. 150 Polizisten der Einsatzhundertschaft und des Spezialkommandos (SEK) wurden dabei weiträumig um den Heidehof eingesetzt. Die Besetzer hatten von der Polizeiaktion rechtzeitig Wind bekommen und hatten die Kirchhörder Straße, an der der Heidehof liegt, am frühen Morgen mit Barrikaden dichtgemacht. Als die erste Hundertschaft sich näherte, ging eine Barrikade in Flammen auf. Feuerwehr löschte das Feuer. Im Heidehof hatten sich ca. 150 Menschen zu seiner Verteidigung eingefunden und beschlossen, sich der geplanten Räumung durch passiven Widerstand entgegenzustellen.

Um 9.30 Uhr brach die Polizei die Tür zum Heidehof auf. Die Räumung begann. Sie wurde von 50 Polizisten der Bochumer Bereitschaftspolizei durchgeführt. Nach und nach wurden die Besetzer, die gemeinsam im großen Saal des Gebäudes saßen, herausgetragen. Draußen auf der Straße macht sich Ohnmacht und Traurigkeit breit.

10.30 Uhr. Plötzlich gibt es große Aufregung. Ein LKW mit Bagger rückt an. Doch er kommt nicht ganz vor den Heidehof. Vor einer auf der Straße sitzenden Menschenmenge bleibt er stehen. Beifall, als der Fahrer den Motor abstellt. Schließlich setzt das Fahrzeug wieder rückwärts. Doch in einer Seitenstraße bleibt es stehen.

Während der ganzen Polizeiaktion dabei war der IG Metall-Hauptkassierer Norbert Fischer. Als im Haus das Geschirr der Bewohner zum Abtransport eingepackt wurde, sortierte er Teller mit dem Zeichen des Heidehofs aus und warf sie auf den Boden. Sein Kommentar: Das ist Eigentum der IG Metall.

Im Schutze einer Hundestaffel rückte kurz nach 14.00 Uhr der Bagger wieder an. Die dicken Vorschlaghämmer der Abbrucharbeiter hatten bereits an Fenster, Türen und Dach einiges zerstört. Eisige Stille bei den Zuschauern, als der Bagger nach und nach das stattliche Gebäude in Trümmern versinken ließ.

Parallel zur Aktion beim Heidehof wurde in der Innenstadt ein Haus am Alten Mühlenweg geräumt und anschließend zugemauert, das, nachdem es 4 Jahre leerstand, vor knapp vier Wochen aus Anlaß der Dortmunder 1100-Jahr-Feier besetzt worden war. Dieses Haus hatten vor kurzem Polizisten „privat" überfallen und Bewohner zusammengeschlagen.

Ausgelöst worden war der Polizei-Einsatz gegen Heidehof durch einen Strafantrag der IG Metall gegen die Hausbesetzer. Wäre es nach dem Willen des IGM-Hauptvorstandes gegangen, wäre das erst 30 Jahre alte, völlig intakte ehemalige Schulungsgebäude der IGM, zu dem auch ein parkähnlicher großer Garten gehört, bereits im Februar abgerissen worden. Das war durch die Besetzung am 7. Februar verhindert worden. Seitdem hat sich der Heidehof zu einem kulturellen Zentrum in Dortmund entwickelt. Mehr als 10000 Menschen hatten in den vergangenen Monaten die verschiedensten Kultur- und Politik-Veranstaltungen im Heidehof besucht. Unterschiedliche Werkstatt- und Kulturgruppen waren entstanden, die sich z.B. eine Fahrradwerkstatt einrichteten.

Ob auf dem Heidehof-Gelände jemals wieder eine Bildungsstätte entstehen wird, ist mehr als fraglich. Darüber wird – so teilte Hauptkassierer Fischer mit – frühestens 1984 entschieden, wenn das Berliner Schulungszentrum für 33 Mio. DM weitgehend fertiggestellt ist. Auf den Vorschlag der Heidehof-Bewohner auf Abschluß eines Mietvertrages mit der IGM für eine 3jährige Zwischennutzung reagierte der Hauptvorstand nicht einmal. (Siehe KVZ Nr. 31) Stattdessen faßte der Hauptvorstand am 7. September selbstherrlich und gegen den erklärten Willen zahlreicher Gewerkschafter den endgültigen Beschluß, den Heidehof abreißen zu lassen. Ein verbindlicher Beschluß über einen eventuellen Neubau wurde nicht gefaßt. Damit ist auch kaum zu rechnen und ein Neubau dürfte auch kaum der wahre Grund für den Abriß des Heidehofs sein. Immerhin hat das große Grundstück, auf dem der Heidehof stand, heute einen Marktwert von 15. Mio. DM. Und die IG Metall steht als Beteiligte bei der hochverschuldeten Gesellschaft „Neue Heimat-Städtebau" in der Pflicht. Auch sonst sind die Kassen der IG Metall nicht gerade prall gefüllt. Der Verkauf des Grundstückes scheint nur noch eine Frage der Zeit.

Ihre Empörung über die Räumungen und die Zerstörung des Heidehofs drückten noch am selben Tag mehr als tausend Menschen auf einer spontanen Kundgebung in der Dortmunder Innenstadt aus. Zwei Tage später demonstrierten 2000 Menschen durch die Innenstadt und dann in zwei Marschsäulen zum Gewerkschaftshaus und zum Stadthaus. Wie sehr die Spekulationspolitik des IGM-Hauptvorstandes dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß schadet, wurde auf der Kundgebung deutlich. Nicht zum ersten Mal kündigte ein aktives IG Metall-Mitglied seinen Austritt unter lautem Beifall der Kundgebungsteilnehmer an.

Über den weiteren Weg und die Formen des Widerstands wird in nächster Zeit noch diskutiert werden. Auf der Kundgebung hatte ein Sprecher dazu aufgerufen, sich in kleinen Gruppen fest zu organisieren und auf dieser Basis vielfältige selbständige Aktionen gegen die Herrschenden durchzuführen. Der Ausgang der Debatte ist noch nicht abzusehen. Geschlagen gibt man sich jedoch nicht.

Veranstaltungen

Düsseldorf
Für Neutralität und Blockfreiheit: Die Bewegung gegen die Blockbildung nach 1945 in Deutschland und Europa – Was kann die heutige Friedensbewegung aus der Geschichte lernen? Diskussionsveranstaltung mit Elisabeth Weber (Russell-Initiative Köln). Evangelische Studentengemeinde, Witzelstr. 76
Mittwoch, 13.10.1982, 19.30 Uhr

Solidaritätskonzerte mit dem libanesischen Volkssänger Marcek Khalife und seinem Ensemble Al – Mayadin zugunsten der libanesischen Volkshilfe
7.10. Frankfurt, 8.10. Stuttgart, 11.10. München, 12.10. Hamburg oder Bremen.

Arbeitsgruppen:

Arbeitsseminar „Inflation"
Das Arbeitsseminar geht von der Arbeitsgruppe „Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland" aus. Am Rande des Seminars wird die Arbeitsgruppe ihr weiteres Vorgehen besprechen. Weitere Hinweise zum Seminar siehe oben.
Beginn: Samstag, 16.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 17.10.1982

AG II **Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus**
Grundlage der Tagung ist zunächst das Schwerpunktheft von Kommunismus und Klassenkampf 9/1982. Anhand dieses Heftes soll ein Arbeitskongreß über die Entwicklung und den Charakter der Sowjetunion für Januar 1983 vorbereitet werden. Weiteres Thema der Tagung: Ota Šiks Kritik des Staatsmonopolismus und seine Konzeption eines Dritten Weges.
Beginn: Samstag, 23.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.10.1982

AG **Fragen der Friedensbewegung**
nähere Hinweise siehe KVZ 38, Seite 5
Beginn: Samstag, 23.10.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 24.10., gegen 15.00 Uhr

Gewerkschaftsseminar des KBW: Gewerkschaftliche Strategie und der Kampf um die 35-Stunden-Woche
Programm siehe KVZ 37 u. 38 jeweils Seite 12, Reader zu bestellen bis spätestens Mo., 11.10.1982
6./7. November

Arbeitsseminar über Gramsci
Zu diesem Arbeitsseminar laden die Zeitschriften „Aufsätze zur Diskussion" (NHT), „Sozialismus. Marxistische Zeitschrift" (SOST) und „Kommunismus und Klassenkampf" (KBW) ein.
Beginn: Samstag, 4.12.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 5.12., nachmittags

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Neue Traditionsrichtlinien – gleich wieder außer Kraft

Kurz vor seinem Abschied setzte Apel neue Traditionsrichtlinien für die Bundeswehr in Kraft. Wörner hat gleich ihre Rücknahme angekündigt. Was sind die Unterschiede zu den alten Richtlinien von 1965? Hätte die Beseitigung der schärfsten Entgleisungen der Kritik an den öffentlichen Gelöbnissen gerecht werden können?

Als am 6. Mai 1980 mehr als 15000 Menschen in Bremen gegen die öffentliche Vereidigung von Rekruten anläßlich des 25. Jahrestages des Eintritts der BRD in die Nato demonstrierten, richtete sich dies nicht einfach gegen ein bestimmtes überholtes militärisches Spektakel. Die Demonstration richtete sich gegen die Politik der Nato, die sich immer deutlicher auf einen Krieg vorbereitet, und gegen die Rolle, die die BRD und die Bundeswehr in ihr spielt und die ihr mit dem Eintritt in die Nato zugewiesen worden war. Wie ja auch auf der anderen Seite Regierung, Bundeswehrführung und Parteien mit der *Form* der öffentlichen Vereidigung die aggressiven Absichten von Bundeswehr und Nato propagieren und diese in die Tradition der deutschen Geschichte stellen wollten, so entzündete sich der Widerstand gegen diese „Verteidigungspolitik" ebenfalls genau an dieser *Form*. Die öffentliche Auseinandersetzung um die Tradition der Bundeswehr und ihre Traditionspflege, vor allem entzündet an Bremen und den weiteren zahlreichen öffentlichen Vereidigungen im Jahr des 25jährigen Bestehens der Bundeswehr 1980, ist an den Offizieren und Politikern nicht spurlos vorüber gegangen. Der vorläufige Schlußpunkt unter diese Debatte wurde vor zwei Wochen von dem noch amtierenden Verteidigungsminister Apel wohl als eine seiner letzten Amtshandlungen vollzogen: Er ersetzte den alten Traditionserlaß aus dem Jahre 1965, von Kai Uwe von Hassel unterzeichnet, durch einen neuen, in wesentlichen Punkten überarbeiteten.

Vorausgegangen ist diesem Erlaß eine Debatte unter der militärischen Führung, die sich z.B. in zahlreichen Artikeln der „Europäischen Wehrkunde" im vergangenen Jahr ausdrückt, wie eine öffentliche Debatte im Verteidigungsministerium am 23./24. April im vergangenen Jahr, zu der Vertreter
digungsministerium am 23./24. April
im vergangenen Jahr, zu der Vertreter
verschiedener politischer Richtungen, der Gewerkschaft wie aber auch vor allem Militärs und Wissenschaftler geladen waren, unter ihnen z.B. auch Wolf Graf Baudissin, einer der „Väter" der sogenannten „Inneren Führung", aber auch der Generalinspekteur und Offiziere außer Dienst, die in bezug auf Reformen in der Bundeswehr unverdächtig sind.

Die Debatte läßt sich im großen und ganzen um zwei Fragestellungen konzentrieren: Gibt es militärische Tugenden „an sich", deren Andenken und deren Ruhm zu wahren ist, unabhängig davon, wofür und unter welchen Bedingungen sie erbracht wurden? Und: Wie ist das Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht des Nazi-Regimes? Beide Fragestellungen hängen sicher eng zusammen, gehen aber nicht ineinander auf.

Kommen wir zum ersten. Apel hat in seinem Erlaß sich im wesentlichen dagegen gewandt, daß „wertneutrale" soldatische Eigenschaften durch Traditionspflege zu vermitteln seien. „Die Pflege von Traditionen soll der Möglichkeit entgegenwirken, sich wertneutral auf das militärische Handwerk zu beschränken." Und: „Traditionsbewußtsein und Traditionspflege sollen dazu beitragen, die ethischen Grundlagen des soldatischen Dienstes in der heutigen Zeit zu verdeutlichen. Sie sollen dem Soldaten bei der Bewältigung seiner Aufgabe helfen, durch Bereitschaft und Fähigkeit zum Kampf seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten und die damit verbundenen Belastungen zu tragen."

Überhaupt: Die Bundeswehr als Instrument zur Erhaltung des Friedens steht an zentraler Stelle in diesem Erlaß. „Die Verpflichtung auf den Frieden verleiht dem Dienst des Soldaten eine neue politische und ethische Dimension. Das ist nicht das einzige Mal, wo diese Verpflichtung benannt wird. Der Friedensbewegung, von deren Aktionen ja auch diese Debatte überschattet war, wird man so schwerlich Sand in die Augen streuen können, aber es ist durchaus die Art und Weise, wie rechte Sozialdemokraten innerhalb ihrer eigenen Partei die Notwendigkeit der Bundeswehr und ihrer Einbindung in das Nato-Bündnis rechtfertigen.

Demgegenüber sind all die konkreten Ausformungen, was nun die gültigen Überlieferungen, Traditionen ausmacht, die doch in großem Rahmen wertneutral den Erlaß von 1965 bestimmten und seinen nationalistischen und geschichtsklitternden Charakter ausmachten, gestrichen. „Nationales Bewußtsein ist eine Triebkraft, die sich seit frühen Anfängen in der europäischen Geschichte entfaltet hat; wir Deutschen haben an dieser Entwicklung teilgenommen. Das nationale Bewußtsein macht auch heute noch wirksame Kräfte innerhalb und außerhalb Europas frei", so hieß es dort z.B. Daß es ein Nationalbewußtsein in Deutschland allerhöchstens seit Anfang des 19. Jahrhunderts gab bzw. geben konnte, das hat sogar Apel erkannt, daß aber Nationalbewußtsein bei der Herausbildung eines bürgerlichen Nationalstaates wie in Europa etwas ganz anderes bedeutet als Nationalbewußtsein von unterjochten Ländern der Dritten Welt, daß also unter dem Begriff des „Nationalbewußtseins" unterschiedliche Klasseninteressen und in deren Folge eben auch eine unterschiedliche Politik – eben eine aggressive Expansionspolitik der europäischen Nationalstaaten einerseits und eine Politik zur Befreiung von Unterdrückung der Länder der Dritten Welt andererseits – verdeckt werden, diese Kritik kommt natürlich nicht über Apels Lippen.

Auch die Passage „Politisches Mitdenken und Mitverantwortung gehören seit den preußischen Reformen zur guten Tradition deutschen Soldatentums" wollte Apel nicht stehen lassen.
guten Tradition deutschen Soldaten-
tums" wollte Apel nicht stehen lassen.
Schließlich herrschten in der preußischen Armee absoluter Kadavergehorsam und die Reichswehr hatte ausdrücklich „unpolitisch" zu bleiben. Es klingt nicht gut in sozialdemokratischen Ohren, sich auf solche Tradition zu berufen, auch wenn es tatsächlich nach wir vor im wesentlichen so ist.

Und schließlich strich Apel auch die folgende Passage, die zur Rechtfertigung jeder Schandtat dienen kann: „Der Soldat bewährt sich im Handeln meist unter Zeitdruck und oft in unübersichtlicher Lage. Zur Tradition soldatischer Wertung gehört daher, daß den Soldaten Zögern schwerer belastet als ein Fehlgreifen im Entschluß. Wer handeln muß, kann schnell, sichtbar und folgenreich schuldig werden. Nach gewissenhafter Entscheidung darf er sich trotzdem gelassen dem Urteil der Um- und Nachwelt stellen." Klingt es nicht auch wie eine Rechtfertigung aller Offizieren, die unter Hitler einflußreiche Posten bekleideten und später wieder als Männer der ersten Stunde beim Aufbau der Bundeswehr dabei waren?

Was das Verhältnis zur Wehrmacht im Nationalsozialismus angeht, so enthält der Erlaß, im Gegensatz zu dem von 1965, einige Aussagen, die sich deutlicher distanzieren. „Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos mißbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen." Apel steht dabei in Widerspruch mit einigen führenden Offizieren. So hatte General Wust einmal, als er Generalinspekteur der Bundeswehr war, geäußert: „... zu unserer Geschichte gehört aber auch die Wehrmacht des Dritten Reiches, und ich kann soldatische Leistungen, die in dieser Zeit vollbracht worden sind, nicht identifizieren mit einem System, das diese soldatischen Leistungen mißbraucht hat. Ich bin durchaus der Meinung, daß auch aus jener Zeit Traditionsbezüge herzustellen sind."

In dieselbe Richtung ging die Äußerung des Generalmajors a.D. Niemack, Präsident des „Ringes deutschen Soldatenverbände" auf der Tagung auf der Hardthöhe im April 1981: „Der Hauptfehler der Diskussion in der bundesdeutschen Öffentlichkeit besteht darin, zuerst zu werten, unter welchem politischen Vorzeichen der deutsche Soldat gedient hat. Soldatische Leistung muß aus sich selbst heraus bewertet werden. Es kommt nicht ausschließlich darauf an, unter welcher Führung der Soldat gekämpft hat." Es war die Gegenposition zu Baudissin, der u.a. ausführte: „Und was für die Traditionsbildung wichtig ist, ist die Clausewitzsche Erkenntnis, daß alles militärische Handeln und Nicht-tun politische Folgen hat. So ist von einer gewissen Stufe der Hierarchie ab zumindest jeder Offizier, der damals in der Wehrmacht war, auch mitverantwortlich für das, was sonst passierte."

In Folge dieser deutlicheren Abgrenzung heißt es auch: „Begegnungen im Rahmen der Traditionspflege dürfen nur mit solchen Personen oder Verbänden erfolgen, die in ihrer politischen Grundeinstellung den Werten und Zielvorstellungen unserer verfassungsmäßigen Ordnung verpflichtet sind ... Dienstliche Kontakte mit Nachfolgeorganisationen der ehemaligen Waffen-SS sind untersagt." Nach den bisherigen Regelungen sollte die „Pflege kameradschaftlicher Beziehungen zu ehemaligen Soldaten" „niemand ausschließen, weder örtliche Kameradschafts- und Traditionsvereine der ehemaligen Wehrmacht noch einzelne ehemalige Soldaten, die nicht organisiert sind".

Das bedeutet nun keineswegs, daß damit die Vergangenheit bewältigt werden könnte. Einen Teil der Geschichte aus der Traditionsbildung ausblenden? Das geht nicht. Auffälliger Weise wird in der ganzen Debatte nie darüber gesprochen, daß und inwieweit das NS-Regime (und nicht nur dieses) eine Art negativer Tradition begründet, die es abzulehnen gilt. Immer stellt sich die Frage nur so, ob „soldatische Tugenden" ohne Ansehen dessen, unter welchen Bedingungen sie erbracht wurden, zu würdigen sind, oder ob die Zeit 1933 bis 1945 lieber vergessen wird. „Tugenden" wie „gewissenhafter Gehorsam und treue Pflichterfüllung" sollen auch nach Apels Erlaß gefördert werden. Wahrlich „Tugenden", die sich auf eine Tradition seit der preußischen Armee, die eine Söldnerarmee war, berufen können. Aber das sind ja gerade die Tugenden, mit deren Hilfe die jeweils Herrschenden die Armee für ihre Interessen einsetzen konnten. Ob man da sich etwa auf die Erfahrungen während des Faschismus beruft oder diese lieber verschweigt, macht im Grunde nicht allzuviel aus. Dagegen aber richteten sich etwa die Demonstrationen 1980. Wer, für wen, in wessen Interesse befehligt, das wird aus verständlichen Gründen nicht hinterfragt. Und auch, warum überhaupt so ein ausgeklügeltes Werk über die Traditionsvermittlung notwendig ist. Beides hängt eben auch eng damit zusammen, daß es sich auch bei der Bundeswehr, allen schönen Worten in Apels Erlaß zum Trotz, um eine vom Volk getrennte Armee handelt. Das zieht sich hin bis zu Anweisungen, daß intensiver Kontakt zu Rekruten zu halten sei, daß Patenschaften mit Städten und Gemeinden abgeschlossen werden sollten und daß die Pflege des Liedgutes, wohlgemerkt mit Hilfe eines eigens zusammengestellten Liederbuchs, erwünscht sei.

Im übrigen legt der Erlaß die Verantwortung für die Traditionspflege in den Bereich des einzelnen Kommandeurs. Nur öffentliche Gelöbnisfeiern, die nach wie vor, wenn auch nicht mehr so häufig, stattfinden sollen, müssen genehmigt werden. Und auf den Großen Zapfenstreich soll bei dieser Gelegenheit verzichtet werden. Darum ging es aber bei den Demonstrationen gegen die öffentlichen Rekrutenvereidigungen nun am allerwenigsten.

So oder so bleibt offen, was sich bei dem ganzen Manöver geändert hätte. Immerhin haben selbst die alten Traditionsrichtlinien nach Bekundung von Offizieren keine Rolle gespielt „im Alltag". Die Auffassung derjenigen, die schließlich über die Einhaltung zu wachen haben, der Kommandeure, wird sich damit schwerlich ändern. Das liegt weniger daran, daß es eben noch immer dieselben sind, wie die, die schon in der Wehrmacht Soldaten waren. Das trifft immer weniger zu und hat das Problem noch nie geklärt. Befehl und Gehorsam und eine vom Volk getrennte Armee sind zwei Seiten einer Medaille, gehören zu einer Armee in einem Klassenstaat und daran rüttelt auch Apels Erlaß nicht. Daß das Hauptproblem die fehlende Motivation der Jugend ist, das wird von vielen Diskutanten in diesem Zusammenhang angesprochen. Aber woher kommen deren Widersprüche zu diesem Staat denn?

Apel wollte die Rolle „soldatischer Tugenden" herabschrauben zugunsten einer stärkeren ieologischen Auseinandersetzung mit „Freiheit", „Frieden", Grundgesetz und mit der Geschichte. Was Wunder, daß eine der ersten Amtshandlungen Wörners war, die Rücknahme des Erlasses anzukündigen. Hassels Erlaß war eben nicht einfach überholt. *gkr.*



Rekrutenvereidigung im hermetisch abgeriegelten Weserstadion am 6. Mai 1980

Welche Antwort auf Regierungsmaßnahmen?

Diskussion um die studentischen Aktionen im Winter / Teilnahme an den DGB-Aktionen

jöf. Auf der Sitzung des Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (vds) vom 29.9. machte die MSB/SHB-Fraktion den Vorschlag, aufgrund der durch den Regierungswechsel zu erwartenden verschärften Gangart beim Sozialabbau in der Zeit der Beratungen über den Bundeshaushalt 1983 im Bundestag zu einer *bundesweiten Bafög-Demonstration* aufzurufen, wobei MSB und SHB vor allem an eine Demonstration unter der Stoßrichtung „Bafög statt Raketen" mit Schwerpunkt auf der CDU-Bafögpolitik denken, da ihrer Einschätzung nach durch die veränderte Lage „die soziale Frage" der Kristallisationspunkt von Aktivitäten der Studenten sein soll.

Bekanntlich hat die neue CDU/CSU/FDP-Regierung die Absicht, zum Herbst 1983 das Bafög für Studenten vollständig auf Darlehen umzustellen. Interessant ist dabei, wie es zur Entscheidung über die Durchführung der Demonstration kommen soll: Bis Mitte Oktober soll für die dortige Zentralratssitzung ein erstes Meinungsbild eingeholt werden, auf dieser Grundlage soll dann der Zentralrat eine *außerordentliche vds-MV* einberufen, die über die Demonstration entscheidet.

Offenbar haben MSB und SHB aus den Auseinandersetzungen in den und um die vds ein Stück weit gelernt, denn, so MSB-Knickrehm: „... es soll nicht die Situation entstehen, daß vielleicht 40 ASten die Demonstration nicht unterstützen und sie dann nicht geht"; andererseits versuchen MSB und SHB, die die vds zu ihrem Richtungsverband runtergewirtschaftet haben, darüber den vds wieder mehr Bedeutung zu geben, indem sie die Basisgruppen- und linksunabhängigen ASten neben Teilen der Jusos einzubeziehen versuchen, nachdem z.B. der Düsseldorfer AStA ausgetreten ist. Aber die Auseinandersetzungen um die vds bzw. die Organisierung eines demokratischen Zusammenschlusses der ASten sollte bei der Diskussion der gegenwärtigen politischen Lage und der politischen Antworten, die die Studentenbewegung darauf finden muß, nicht im Vordergrund stehen, wenn es tatsächlich gelingt, für bestimmte Aktivitäten einen demokratischen Entscheidungsprozeß und Zusammenschluß der ASten zu schaffen.

Am 30.9. fand auf Einladung des Dortmunder Uni-AStAs eine Beratung statt, an der 9 NRW-ASten (darunter TH Aachen, Uni Düsseldorf, Uni Köln, GHS Siegen, GHS Wuppertal, PH und FH Münster) teilnahmen. Zur Diskussion stand der Dortmunder Vorschlag eines stafettenartigen Protestmarsches der Hochschulen nach Düsseldorf, der sich besonders gegen den Schwierschen Konzentrationsplan richten sollte, aber auch z.B. mit dem Krefelder Appell verbunden sein sollte. Dieser Vorschlag wurde von der überwiegenden Mehrheit der ASten abgelehnt, einmal aus politisch-inhaltlichen Gründen, andererseits, weil die Lage nicht so eingeschätzt wird, daß nun regionale eigenständige Studentendemonstrationen gegen Schwierplan und Sozialabbau einen Schritt voranbringen.

Hingegen sehen die vor allem zum Basisgruppenspektrum gehörenden ASten in den stattfindenden DGB-Demonstrationen am 23. Oktober eine Möglichkeit, sich in den Protest gegen die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik der neuen Regierung und die von den Kapitalistenverbänden verfochtene „gesellschaftliche Wende" einzureihen, d.h. dort einerseits die Positionen der ASten und Studenten selbständig zu vertreten und andererseits etwas dazu beizutragen, daß es zu einer gemeinsamen Front der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen und Bewegungen gegen die „Wende" kommt, worin letztlich überhaupt nur eine Erfolgsaussicht gesehen wird. Unabhängig davon wird bzgl. der Bekämpfung der Kürzungsmaßnahmen und des NRW-Konzentrationsplanes der Schwerpunkt auf Aktivitäten an den einzelnen Hochschulen liegen – eben auch in Zusammenarbeit mit Initiativen von Gewerkschaftern und anderen „Betroffenengruppen".

Eine bundesweite Studentendemonstration kann insoweit eine Sammlung der Widerstandskräfte an den Hochschulen und eine Politisierung auch der jüngeren Studenten bewirken, wenn sie sich eben nicht allein aufs Bafög u.ä. beschränkt, da sich die Triebkräfte gegen die herrschenden Zustände an den Hochschulen wie die vielzitierte „Wende" keinesfalls allein aus der „sozialen Frage" im engeren Sinne nähren. Insofern wird sie dann auch mehr als „Flagge zeigen" werden können, wenn gegenüber der Reaktion die konkreten gesellschaftlichen Bedürfnisse an Bildung und Wissenschaftsbetrieb artikuliert werden, als eben bloß die Ablehnung der Verschärfungen zu bekunden. Darüber kündigen sich bereits Diskussionen und Kontroversen an, nicht bloß gegenüber der Stamokap-Strömung, sondern auch innerhalb des Basisgruppenlagers. Auf die Situation an den Hochschulen und diese Diskussionen soll in einer der nächsten Nummern dieser Zeitung eingegangen werden.

Drei große Aufgaben der KP China: Wirtschaftsaufschwung, sozialistische geistige Zivilisation und sozialistische Demokratie

Vor zwei Wochen berichteten wir ausführlich über Veränderungen des gesellschaftlichen und politischen Kurses, die vom XII. Parteitag der KP Chinas bestätigt bzw. als Aufgabe für die Zukunft verabschiedet worden sind. Hier folgt ein Bericht, der uns aus Beijing zuging.

Bereits 2 Wochen vor Beginn des Parteitags verlangte das Parteiorgan „Rote Fahne" das intensive Studium der noch nicht veröffentlichten neuen Dokumente. An der Korrektheit der auf dem Parteitag zu verabschiedenden Linie bestand kein Zweifel. Eine kurze Analyse der vorangegangenen 11 Parteitage und deren Ergebnisse kommt zu dem Schluß, daß der XII. seit dem VII. Parteitag der wichtigste in der Geschichte der KP sei, weil ihm die Aufgabe zukomme, nach der „Großen historischen Wende" – Zerschlagung der Viererbande und dem in den letzten 6 Jahren errungenen Sieg über die aus der Kulturrevolution stammenden falschen Theorien in Politik und Wirtschaft – eine korrekte Politik für die nun beginnende „neue historische Periode" festzulegen.

Damit wird die historische Bedeutung dieses Parteitags mit der Wende von der Niederlage des Nordfeldzuges (1924–27) zum Aufschwung des Agrarrevolutionären Krieges (1927–37) und mit der Wende von der Niederlage des Kampfes gegen den fünften „Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzug" bis zum Aufschwung des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression (1937–45) auf eine Stufe gestellt. Dem VII. Parteitag (1945) kam die Aufgabe der Durchführung der neudemokratischen Revolution und der Umwandlung von der Neuen Demokratie zum Sozialismus zu. Worin besteht nun die Aufgabe der KP Chinas in der „neuen historischen Periode"?

„Die allgemeine Aufgabe der Kommunistischen Partei Chinas in der neuen historischen Periode ist, die Volksmassen aller Nationalitäten des Landes zu vereinigen, gestützt auf die eigene Kraft und durch harte Arbeit die Industrie, die Landwirtschaft, die Landesverteidigung und die Wissenschaft und Technik schrittweise zu modernisieren und China zu einem sozialistischen Land mit hochentwickelter Zivilisation und Demokratie aufzubauen", so Hu Yaobang in seinem Bericht. Drei große Aufgaben also: Aufschwung in der Wirtschaft, Schaffung einer „hochentwickelten sozialistischen geistigen Zivilisation" und einer „hochentwickelten sozialistischen Demokratie".

Wirtschaftsaufschwung

Die noch auf dem XI. Parteitag vertretene unrealistische Zielsetzung, China



Hu Yaobang bei seinem Bericht mit dem Titel: „Schaffen wir auf allen Gebieten der sozialistischen Modernisierung eine neue Lage"

in einem neuen „Großen Sprung" bis zum Ende dieses Jahrhunderts in die vorderste Reihe der hochentwickelten Industrieländer zu katapultieren, ist bereits 1979 verworfen worden. Zum ersten Mal ist seitdem wieder ein langfristiges Ziel formuliert worden, nämlich den jährlichen Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft innerhalb von 20 Jahren zu vervierfachen. Mit einem Bruttoproduktionswert von ca. 2800 Milliarden Yuan soll China dann „hinsichtlich seines Nationaleinkommens und des Produktionsvolumens der wichtigsten Industrie- und Agrarprodukte in der vordersten Reihe der Länder der Welt stehen ... Obwohl Chinas Nationaleinkommen pro Kopf dann immer noch verhältnismäßig niedrig sein wird ..." (Hu Yaobang). Ist das realistisch?

Ökonomen hätten mehrere Jahre die wirtschaftliche Lage Chinas analysiert und seien zu dem Schluß gekommen, daß im ersten Jahrzehnt (bis 1990) die Grundlagen und Bedingungen für einen erneuten wirtschaftlichen Aufschwung, der dann im zweiten Jahrzehnt stattfinden soll, zu schaffen seien. D.h.: Während der Readjustierungsphase wird ein langsameres Wachstumstempo in Kauf genommen. Bei einer gegenwärtigen Wachstumsrate des Bruttoproduktionswerts von 4–5% müßte ab 1990 die jährliche Wachstumsrate auf 10% klettern, um die Vervierfachung zu erreichen. Die frühzeitige bzw. Übererfüllung der Jahrespläne seit 1980 lassen zumindest die Erfüllung der für das erste Jahrzehnt gesteckten Ziele realistisch erscheinen. Erhöhung der Wirtschaftseffizienz durch Verbesserung des Betriebsmanagements über Entfaltung der Initiative der Betriebe bei gleichzeitiger Eigenverantwortung über Gewinn und Verlust sind die Hauptaufgaben während der ersten Phase. Während des 7. Fünfjahrplans (1986–90) sollen die Betriebe in großem Umfang auf eine neue technische Basis gestellt werden, soll die Reform des wirtschaftlichen Verwaltungssystems schrittweise durchgeführt werden.

Bereits die nächsten Jahre werden zeigen, ob das langfristige Ziel erreicht werden kann, dann nämlich, wenn es gelingt, das Bevölkerungsproblem – „China erlebt gegenwärtig eine Geburtenwelle" (Hu) –, die wirtschaftliche Effizienz – „Und wir sind noch ziemlich davon entfernt, die früheren Rekorde beim sparsamen Materialverbrauch (1) pro Einheit, der Rentabilität der Geldmittel in den Industrieunternehmen, der Bauzeit bei großen und mittelgroßen Projekten und der Zunahme der Umschlagsrate des Zirkulationsfonds in den Industrie- und Handelsbetrieben zu erreichen" (Hu) – und schließlich die rückläufige Tendenz der Steigerung der Arbeitsproduktivität in den Griff zu bekommen.

Bis Ende dieses Jahrhunderts soll die Bevölkerung unter 1,2 Milliarden gehalten werden. Trotz der bisher relativ erfolgreichen Familienplanung (jede Familie nur ein Kind) wird das absolute Bevölkerungswachstum noch eine längere Zeit anhalten. Wenn schon heute von einer Geburtenwelle gesprochen wird, so steht eine noch größere erst bevor. Ab 1983 werden nämlich die geburtenstärksten Jahrgänge seit Bestehen der Volksrepublik überhaupt (1963–65) eine durchschnittliche Geburtenrate von 4,03%; zum Vergleich: 1979: 1,79%) das gesetzliche Heiratsmindestalter erreicht haben. In absoluten Zahlen: Theoretisch können jährlich 14 Mio. Ehen geschlossen werden bzw. – etwas zeitversetzt – ebensoviele Kinder geboren werden. 1980 waren 38,6% der chinesischen Bevölkerung unter 15 Jahren alt. D.h., ein riesiges Arbeitskräftepotential wird in den nächsten Jahren einer Arbeit zugeführt werden müssen. Eine schwere Belastung für die Wirtschaft. Mit Spannung wurde deshalb auch das Ergebnis der diesjährigen Volkszählung erwartet.

In seinem Bericht bringt Hu Yaobang die Erhöhung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten – „... das Einkommen der städtischen und ländlichen Bevölkerung wird sich (bis zum Jahr 2000, W.S.) vervielfacht haben ..." – mit dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität in Verbindung:

Entwicklung der Arbeitsproduktivität in volkseigenen Industriebetrieben in Prozent (2)

Zeitraum	Prozent
1. FJP (1953–57):	8,7
2. FJP (1958–62):	–5,4
1962–1965:	23,1
3. FJP (1966–70):	2,5
4. FJP (1971–75):	–0,3
1950–1979:	4,7
1966–1979:	2,0

„Der Anstieg des durchschnittlichen Einkommens der Arbeiter und Angestellten muß unterhalb des Zuwachses der Arbeitsproduktivität liegen."
In den staatseigenen Industriebetrieben sieht es mit der Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht günstig aus: sie ist tendenziell fallend. Dieser Trend wird auch in Zukunft noch anhalten, insbesondere unter dem Eindruck, daß weitere Millionen von Menschen „produktiv" eingesetzt werden müssen. Nach der technischen Umgestaltung der Betriebe kann hier eine Besserung eintreten. In jedem Fall soll die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung künftig nur „durch intensive Entwicklung der Produktion" und nicht „durch die Verringerung von für den Aufbau des Landes unentbehrlichen Geldmitteln" erfolgen. Für die Bauern heißt das, daß ihr Einkommen



nicht mehr durch Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise bzw. Verringerung der staatlichen Ankaufquoten zunehmen kann.

„Sozialistische geistige Zivilisation"

Die „sozialistische geistige Zivilisation" sei neben der Aufhebung des Ausbeutungssystems, des Gemeineigentums an Produktionsmitteln, der Verteilung nach dem Leistungsprinzip, der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft und der politischen Macht der Arbeiterklasse ein weiteres Merkmal des Sozialismus. Und: „Unter geistiger Zivilisation werden die Errungenschaften der geistigen Produktion verstanden, die durch die „materielle Zivilisation", die durch die Umgestaltung der objektiven Welt geprägt sind und ihrerseits die Richtung der materiellen Produktion beeinflussen. Die sozialistische Zivilisation bestehe aus zwei Teilen, einem kulturellen und einem ideologischen.

Der kulturelle Teil umfaßt das Bildungswesen, Wissenschaft, Literatur, Kunst, Sport, Rundfunk etc. und soll „dem Volk nach der anstrengenden Arbeit hohe geistige Erfrischung und körperliche Erholung ermöglichen". Für die verschiedenen kulturellen Unternehmungen sollen Entwicklungspläne von 5 bzw. 10 Jahren aufgestellt werden. Besonders hervorgehoben wird die Verallgemeinerung der Grundschulausbildung bis 1990. Auf dem Land existiert zum großen Teil eine nur dreijährige Schulausbildung (in der Regel braucht der chinesische Schüler 6 Jahre zum Erlernen der Sprache bzw. Schrift). Die Lage hat sich in letzter Zeit noch dadurch zugespitzt, daß viele Bauern nach der Einführung des Verantwortlichkeitssystems (3) ihre Kinder nicht mehr auf die Schule schicken wollen, um sie in der Produktion einsetzen zu können, und weil die Kommunen das Geld für die Ausbildung einsparen wollen.

In diesem Zusammenhang sei noch auf die Rolle der Intellektuellen hingewiesen, auf die die Aufgabe zukommt, diese Pläne umzusetzen. Infolgedessen ist auch das Ansehen der Intellektuellen – zumindest verbal – gestiegen. „Wir haben hart gearbeitet, um die Politik der Partei gegenüber den Intellektuellen in die Tat umzusetzen und die ganze Partei und Gesellschaft zu der Einsicht zu führen, daß die Intellektuellen wie die Arbeiter und Bauern eine Kraft sind, auf die wir uns beim Aufbau des Sozialismus stützen müssen."

Der ideologische Teil der sozialistischen geistigen Zivilsation umfaßt die „proletarische Weltanschauung und die wissenschaftliche Theorie des Marxismus; kommunistische Ideale, Überzeugungen und moralische Werte; das Verantwortungsgefühl als Herr des Landes und der Kollektivismus, welche dem System des sozialistischen Gemeineigentums entsprechen; ein Konzept von Rechten und Pflichten, von Organisation und Disziplin, das dem sozialistischen politischen System entspricht; der Geist, dem Volk hingebungsvoll zu dienen und eine kommunistische Arbeitshaltung und sozialistischer Patriotismus und Internationalismus". Er hat den kulturellen Teil anzuleiten und den „sozialistischen Charakter" der Kultur zu sichern.

Da sich das ZK der Partei fest vorgenommen hat, „innerhalb der nächsten fünf Jahre eine wesentliche Wende zum Besseren in der gesellschaftlichen Moral herbeizuführen", soll die ganze Partei ab Mitte kommenden Jahres einer großangelegten ideologischen Erziehung unterzogen werden, die nach drei Jahren abgeschlossen sein soll. Dann sollen alle Mitglieder registriert werden. Diejenigen, die sich nicht qualifiziert haben, werden dann ausgeschlossen.

Der „Spiegel" schrieb zu den Ausführungen über die geistige Zivilisation, daß der Bericht Hu Yaobangs eine Rückkehr zu maoistischen Phrasen sei. Dem einigermaßen unterrichteten Beobachter dürfte indes nicht entgangen sein, daß gerade seit der Politik der Öffnung nach außen Aktivitäten in diese Richtung immer wieder betont wurden. Die Tatsachen beweisen, daß die Probleme – gestiegene Kriminalität, insbesondere Wirtschaftskriminalität, Streben nach privatem Vorteil auf Kosten anderer etc. – zugenommen haben, alles Erscheinungen, die kurz nach der Befreiung und trotz wesentlich schwierigerer Lebensbedingungen eine Seltenheit waren.

Daß diese wieder aufgetauchten Probleme nicht *allein* per Gesetz, sondern vor allem durch entsprechende Erziehung gelöst werden sollen, ist gut. China hat damit in der Vergangenheit positive Ergebnisse erzielt. Ein tatsächliches Problem ist dabei allerdings die Frage der Inhalte. Ob die sozialistische geistige Zivilisation mit dem Geist von Lei Feng, der inhaltslosen Kritik an westlicher moderner Musik und dergleichen mehr zu erreichen ist, möchte ich bezweifeln. Hiervon wird Erfolg oder Mißerfolg abhängen.

„Sozialistische Demokratie"

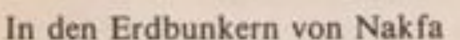
Hu bezeichnet die Demokratie als *notwendige* Bedingung für das Gelingen des sozialistischen Aufbaus: „Nur durch eine hochentwickelte sozialistische Demokratie können sich all unsere Unternehmungen nach dem Willen, den Interessen und den Bedürfnissen des Volkes entwickeln ...". „Die sozialistische Demokratie muß sich auf das politische, das wirtschaftliche, das kulturelle Leben sowie auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ausdehnen; gefördert werden müssen die demokratische Verwaltung in den Betrieben und Institutionen und die autonome Verwaltung des gesellschaftlichen Lebens durch die Volksmassen selbst. Die Demokratie soll eine Methode für die Selbsterziehung der Massen werden." Diese Ausführungen bestätigen den durch den neuen Verfassungsentwurf bereits vorgezeichneten Kurs der Neubestimmung der Rolle der Partei und damit auch der Demokratie. Die Partei beansprucht nur noch die *ideologische* Führung.

Eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren der demokratischen Verwaltung ist die Schaffung einer Rechtsordnung, die Rechte und Pflichten der Bürger regelt. In dieser Hinsicht sind bereits einige Erfolge erzielt worden. Seit Bestehen der ersten Gesetze wird erst das Ausmaß der in vielen Bereichen existierenden Willkür deutlich, die Demokratie unmöglich macht. „Das Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist daß nicht nur eine ziemliche Anzahl von Nicht-Parteimitgliedern, sondern auch eine ziemliche Anzahl von Parteimitgliedern, einschließlich verantwortlicher Kader, die Bedeutung des Aufbaus der Rechtsordnung nicht genügend erkannt haben, daß die Gesetze in manchen Bereichen immer noch nicht vollkommen eingehalten oder ausgeführt werden. Dieser Zustand muß entschieden geändert werden."

W.S., Beijing

(1) Der Materialverbrauch schlägt sich in der Höhe des Bruttoproduktionswertes nieder. Also: Je höher der Materialverbrauch, desto höhere Produktionswerte.
(2) Zhagguo Jingji Jiegou Wenti Yanjin, S. 118/728
(3) Hier besonders beim Haushaltsquotensystem, vgl. KVZ 48/81





In den Erdbunkern von Nakfa



Eine Kolonne der People's Militia aus Beni-Amer-Nomaden



EPLF-Kämpfer führen ihre Gas-Schutzanzüge vor

Schlechte Karten Äthiopiens im Krieg gegen Eritrea

Aus einem Blitzsieg Anfang des Jahres ist wieder nichts geworden / Über die Schwierigkeiten der äthiopischen Kriegsführung / Politische Lage und Widersprüche in der eritreischen Befreiungsbewegung

Als Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender der äthiopischen Militärregierung, am 25. Januar in Asmara die Operation Roter Stern – mit vollem Namen „Red Star Multi-faceted Revolutionary Development Campaign" – ankündigte und einmal mehr die „endgültige Auslöschung der sezessionistischen Banditen", das heißt der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF), in einem Blitzkrieg von nur acht Tagen versprach, meinten viele ausländische Beobachter, das letzte Stündlein des eritreischen Unabhängigkeitskampfes sei gekommen.

Der Blitzkrieg hat sich allerdings seither enorm in die Länge gezogen und ist nach eklatanten Niederlagen der äthiopischen Truppen im Februar und März dieses Jahres in einem ereignisarmen und ergebnislosen Stellungskrieg versandet. In Äthiopien herrscht strikte Nachrichtensperre über den unglücklichen Ausgang dieser sechsten Offensive gegen die EPLF, und die Propagandamaschine des Regimes konzentriert sich mit Liebe und Sorgfalt auf die „zivile Aufbauarbeit", welche nach offiziellen Behauptungen im Zentrum der Operation Roter Stern in Eritrea stehen soll. Wenn man weiß, daß Mengistu seine ganze Macht und sein persönliches Prestige gegen erhebliche Widerstände in die Waagschale werfen mußte, um die Operation durchzusetzen, kann man ermessen, wie ungemein heikel es heute ist, das Scheitern des Vorhabens nicht offenkundig werden zu lassen. Die jüngsten bewaffneten Zusammenstöße an der äthiopisch-somalischen Grenze scheinen das Dilemma der Regierung zu entlarven: Eine neue militärische Front, die die Äthiopier wenig kostet und nur die paar tausend Kämpfer der Demokratischen Rettungsfront Somalias exponiert, dürfte Mengistu als Ablenkungsmanöver geradezu gelegen kommen.

Die äthiopische Heeresleitung konzentrierte Anfang des Jahres 90000 Mann an vier Fronten rund um das Sahelgebirge, in dem sich die EPLF seit Jahren eingegraben hat. Weitere 30000 Soldaten wurden zum Schutz der eritreischen Städte und Nachschubrouten eingesetzt: alles in allem 13 von den 21 Divisionen, die die äthiopische Armee umfaßt – eine ganz beträchtliche Streitmacht für die in der Propaganda als eine „Handvoll Banditen" titulierte EPLF. Der Armee standen rund 400 sowjetische Militärberater zur Seite, und ihre Kampfhelikopter und Mig-Flugzeuge sollen nach Behauptungen der EPLF von Südjemeniten und Libyern geflogen worden sein. Lediglich die Kubaner, Mengistus tatkräftigste Verbündete, die mit 17000 Mann in Ogaden stationiert sind, standen bei den Kämpfen in Eritrea abseits, wie es ihrer traditionellen „Neutralität" in der eritreisch-äthiopischen Auseinandersetzung entspricht. Übrigens ließen im März auch die Südjemeniten durch einen Subalternbeamten dementieren, an den Kampfhandlungen in Eritrea teilzunehmen.

Unklar war, ob die Äthiopier, wie von der EPLF seit 1980 ständig behauptet, chemische Waffen einsetzen würden, um die eritreischen Verteidigungslinien zu durchbrechen. Auf entsprechende Vorwürfe antwortete die äthiopische Regierung seinerzeit mit einem indirekten Dementi. Und die mit der EPLF konkurrierende Eritreische Befreiungsfront (ELF) versichert heute noch, die EPLF habe diese Behauptungen lediglich aus propagandistischen Gründen in die Welt gesetzt. In Tat und Wahrheit hat sich aber die EPLF auf einen Gaskrieg durchaus vorbereitet, viele ihrer Einheiten mit behelfsmäßigen Gasmasken ausgerüstet und an die Kämpfer persönliche Antitoxinspritzen verteilt, die in eigenen Laboratorien hergestellt worden waren. Sie meldete dann aber lediglich einen Gasangriff bei Kurukruk an der Nordostküstenfront, wobei der infanteristische Angriff der Äthiopier erst fünf Stunden nach Abschuß der Gasgranaten erfolgt sei – viel zu spät, um den taktischen Vorteil der chemischen Waffen voll auszunützen.

Dieser Angriff erfolgte am 15. Februar, dem vom äthiopischen Kommando festgelegten ersten Tag der Offensive. Unglücklicherweise hatte sich die EPLF nicht an diesen Termin gehalten, sondern bereits seit dem 12. Februar mit Gegenangriffen an allen Fronten die Schlacht vom Zaun gerissen. Schon im ersten Kriegsmonat brach der äthiopische Zangenangriff zusammen; Mitte März wurden die Verbände im südlich gelegenen Barka abgezogen und zur Verstärkung an die Nordost- und Nakfa-Front verlegt. Bis Ende April folgten endlose, außerordentlich verlustreiche Angriffe auf Nakfa, diese letzte von der EPLF gehaltene Stadt in einem Bergkessel, von der allerdings nur noch ausgebombte Trümmer und Schutt übriggeblieben sind. Vom Mai an schwächten sich die Angriffe der Äthiopier wesentlich ab; tägliche Artillerieduelle und kleine Scharmützel halten aber bis heute an.

Waffen vom Feind

Der Zusammenbruch des äthiopischen Angriffs ist um so erstaunlicher, als man die Zahl der Frontkämpfer der Guerilla auf höchstens 15000 schätzt, die während dieser Offensive durch etwa 4000 Mann der eng verbündeten Volksbefreiungsfront Tigrays (TPLF) verstärkt worden sind. Dazu kommen noch einige tausend Mitglieder in den rückwärtigen, hervorragend organisierten Diensten. Die Ausrüstung der EPLF besteht im wesentlichen aus Waffen der äthiopischen Armee. In jeden EPLF-Verband sind Einheiten integriert, die speziell auf die Erbeutung schwerer Waffen beim Feind trainiert sind. Panzer und Geschütze können heute in den mechanischen Werkstätten der EPLF, in denen manche Werkzeugmaschine steht, die früher in den italienischen Fabriken rund um Asmara und Massaua gedient hat, repariert und neu zusammengesetzt werden. Der „brain drain" im Lande hat sich eben nicht zuletzt zugunsten der Befreiungsbewegungen, besonders der EPLF, ausgewirkt, die Mitte der siebziger Jahre Hunderte von Facharbeitern und Intellektuellen rekrutieren konnte. In technischer Hinsicht ist die EPLF deshalb durchaus in der Lage, mit der äthiopischen Armee mitzuhalten.

Das allein aber erklärt das Beharrungsvermögen der Eritreer nicht, handelt es sich hier doch um einen klassischen, konventionellen Krieg; die massive Übermacht der äthiopischen Infanterie sollte deshalb kriegsentscheidend ins Gewicht fallen. Nun hat allerdings die EPLF komfortable Stellungen zu verteidigen, sie hat alle strategischen Höhen in der Hand und dort ihre Grabensysteme in den letzten zwei Jahren stark ausgebaut. Neue Straßen sind durch die Berge gehauen worden und ermöglichen einen reibungslosen Nachschub. Aber trotzdem hätte es der stark überlegenen äthiopischen Armee mit ihrer absoluten Beherrschung des Luftraums gelingen müssen, zum Erfolg zu kommen.

Über die Schwierigkeiten der äthiopischen Kriegführung kann sich der Außenstehende nur ein unvollständiges Bild machen. Einige Punkte tauchen aber in allen Gesprächen mit Deserteuren und Kriegsgefangenen immer wieder auf: Die kombattanten Truppen setzen sich aus Angehörigen der Berufsarmee und der Milizen zusammen. Die Berufssoldaten werden zur Bedienung der technisch anspruchsvolleren Waffensysteme eingesetzt, während die Milizen den Hauptteil der Infanterie stellen und in vielen Schlachtsituationen auch bloß als Kanonenfutter dienen. Immer wieder gab es in den letzten Jahren Gerüchte über gewalttätige Zusammenstöße zwischen Berufssoldaten und Milizen in den Militärlagern. Diese Konflikte werden überlagert von den Spannungen zwischen den verschiedenen Nationalitäten im Heer: Sowenig die äthiopische Zentralgewalt, durch Amharen repräsentiert, in der Lage ist, den Vielvölkerstaat zusammenzuhalten, sowenig ist die Heeresleitung imstande, die verschiedenen Völkergruppen in der Armee zu einem kohärenten Kampfverband zusammenzuschweißen. So ist das Kommando amharisiert, während die uniformierten Angehörigen der Tigrays, Oromos oder kleinerer Völker nicht einmal wagen, im täglichen Umgang untereinander die eigene Sprache zu benutzen, könnte ihnen dies doch von den allgegenwärtigen Sicherheitsorganen als „reaktionär-nationalistische Haltung" vorgeworfen werden. Und der Verdacht, mit einer der Befreiungsbewegungen innerhalb Äthiopiens zu sympathisieren, endet üblicherweise mit Verhaftung und Folterung, wenn nicht gar mit stiller Liquidation.

Dieses Klima allgemeinen Mißtrauens und unbeschränkter Bespitzelung wirkt sich in den Feldzügen in Eritrea, aber auch in anderen Guerillagebieten erschwerend aus, weil so der Konflikt, um den es im großen geht, auch innerhalb der Armee ausgetragen wird. Bezeichnenderweise hat sich die äthiopische Armee 1977/78 bei der Abwehr des somalischen Vorstoßes durch Ogaden durchaus als fähig erwiesen, eine Art äthiopisch-nationalen Konsens herzustellen, dem sich damals sogar die noch nicht vollends zerschlagene linksradikale Opposition in den Städten unterwarf. Die äthiopische Armee versucht üblicherweise in den Eritreafeldzügen den Mangel eines äußeren Feindes progagandistisch zu beheben: So erklärt sie den frisch eingezogenen Oromos aus dem Süden des Landes, sie hätten im Norden gegen die Araber zu kämpfen. Aber diese Lüge kann natürlich auch der ungebildetste Bauer, der sein Dorf noch nie verlassen hat, schon an seinem ersten Kampftag in Eritrea durchschauen.

Der Moral der Truppen abträglich ist sodann auch das herrschende Rekrutierungssystem: Da sich zu wenig junge Hungerschlucker freiwillig bei der Armee melden, obwohl es im mausarmen Äthiopien wahrlich keinen Mangel an solchen hat, wird der Hauptteil unter oft fürchterlichen Umständen zwangsweise eingetrieben. Diese Soldaten bewegt an der Front in Eritrea nur noch ein Gedanke: nach Möglichkeit die eigene Haut zu retten und aus dem nichtgewählten Inferno abzuhauen. Kommt dazu, daß die äthiopische Armee aus allgemeinem Mangel an finanziellen Mitteln, aber auch aus einer ganz besonderen Arroganz des Kaders nicht in der Lage ist, eine ausreichende Versorgung der Truppe sicherzustellen. EPLF-Kämpfer wollen auf den Leichen äthiopischer Soldaten bisweilen mit Urin gefüllte Feldflaschen gefunden haben. Der Wassermangel ist in der Tat eines der größten Probleme des gegenwärtigen äthiopischen Feldzuges und der entscheidende Grund dafür, daß in den eritreischen Städten und Dörfern im Hinterland die Wasserversorgungssysteme, die noch die Italiener angelegt haben, repariert und ausgebaut worden sind. In Addis Abeba ist dies auch prompt als eine der großen Leistungen der „zivilen Wiederaufbauarbeit" der Operation Roter Stern gepriesen worden.

Die Rivalitäten zwischen ELF und EPLF

Schließlich trägt auch die Unbeweglichkeit und Phantasielosigkeit der sowjetisch inspirierten Kampftaktik zur Demoralisierung der Truppen bei. Da werden in monotonem Muster eritreische Stellungen mit Artillerie und Bomben während eines, zweier Tage „zusammengeschossen" und hernach die Infanteristen zur frontalen Attacke kommandiert. Beobachtern auf dem Schlachtfeld graut es, wenn sie sich die Steilhänge, die unübersichtlichen, engen Durchgänge ansehen, in denen die äthiopischen Soldaten den Eritreern buchstäblich ins Messer laufen. Demoralisierende Rückschläge sind die Folge davon: nach Behauptungen der EPLF sollen 30000 gegnerische Soldaten außer Gefecht gesetzt worden sein; in Addis Abeba waren mangels offizieller Informationen nur Gerüchte über außerordentlich hohe Verluste zu hören.

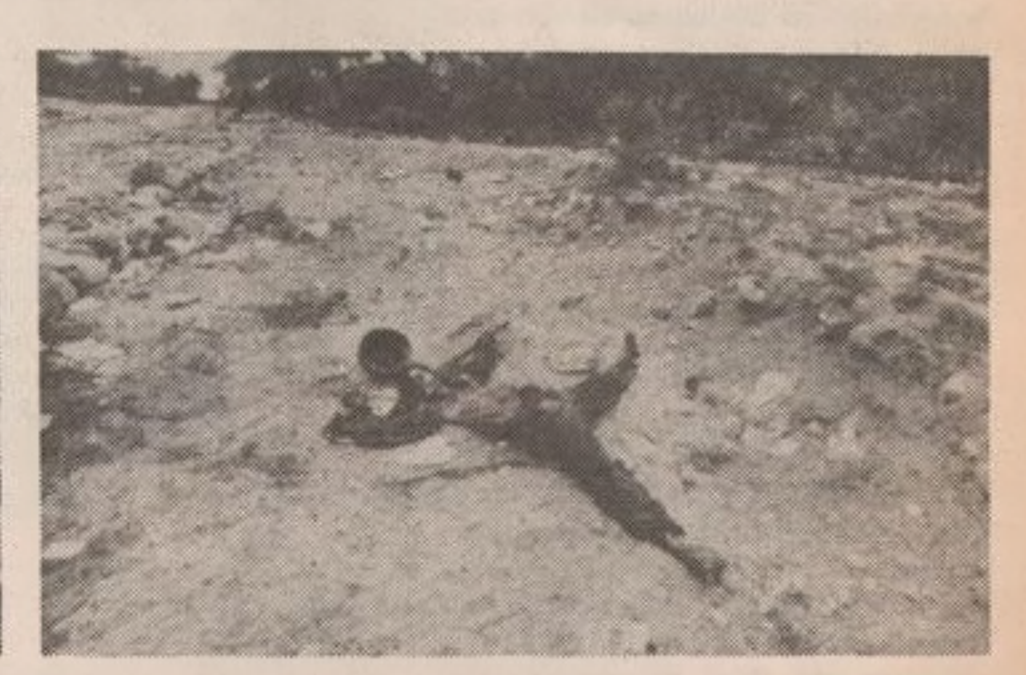
Wie auch immer äthiopische Führungskreise heute die gescheiterte Offensive gegen die Eritreer beurteilen mögen; am meisten dürfte sie doch ärgern, daß sie offensichtlich einer kapitalen Fehleinschätzung der Verhältnis-



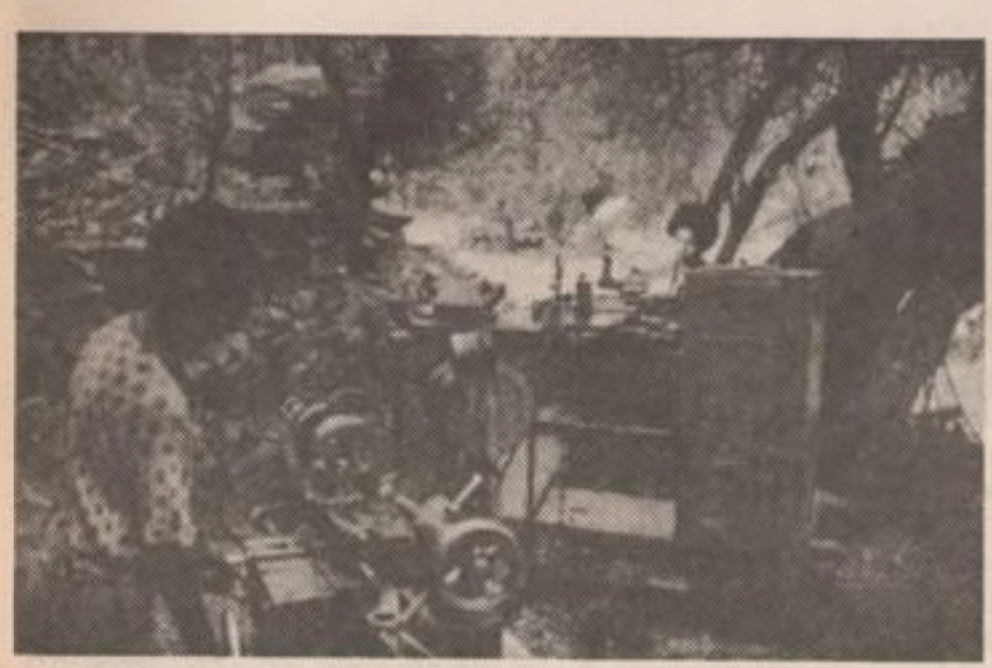
Von der EPLF erbeuteter sowjetischer Panzer



Überreste des überstürzten Rückzugs der Äthiopier nördlich Keren



Für Journalisten werden einige gefallene Äthiopier liegengelassen


EPLF-Werkstatt zur Herstellung von Ersatzteilen für Lastwagen


Privat geführter Gemischtwarenladen in Areza.


Invalide EPLF-Kämpfer fungieren als Lehrer

se in Eritrea aufgesessen sind. In den letzten zwei Jahren konnte die Regierung von einer bequemen Beobachterposition aus dem Bürgerkrieg zwischen der EPLF und der älteren ELF zuschauen und Anfang dieses Jahres auf zwei vermeintliche Vorteile hinweisen: eine generelle Schwächung der Kampfkraft der Guerilla nach diesem Rivalenkampf und eine gewisse Ermüdung der eritreischen Bevölkerung angesichts der unlösbaren Reibereien zwischen den beiden Befreiungsfronten.

Nun waren allerdings diese Kämpfe, die sich mit Unterbrechungen vom August 1980 bis in den August 1981 hinzogen, keineswegs sehr verlustreich gewesen. Die EPLF errang mit viel taktischem Geschick und dem psychologisch wirksamen Einsatz ihrer neugegründeten Panzergruppen an allen Orten rasch die Oberhand. ELF-Kämpfer klagen demgegenüber, daß ihre eigenen Operationen schlecht koordiniert gewesen seien, und ELF-Führungsmitglieder geben auch offen zu, daß man sich genau in den Monaten des Bürgerkrieges heftigste interne Auseinandersetzungen geliefert habe, welche jede wirksame militärische Strategie blockierten. So hat sich denn die ELF schließlich, unter sanftem Druck der EPLF zwar, aber aus eigenem Entschluß, 1981 bei Kassala über die Grenze in den Sudan zurückgezogen und sich einen „Prozeß interner Klärung und Reorganisation" verordnet. Allerdings hat sie nicht damit gerechnet, daß ihre etwa zehntausend Mann von sudanesischen Panzertruppen sofort umstellt und entwaffnet werden würden.

Die militärischen Kräfteverhältnisse haben sich mit dem faktischen Abtreten der ELF vom eritreischen Kriegsschauplatz kaum zugunsten der äthiopischen Armee verschoben. Die letzten großen Schlachten lieferte die ELF den Äthiopiern nämlich im Sommer 1978, als die äthiopische Offensive zur Wiedereroberung des praktisch befreiten Eritrea begonnen wurde. Seither hatte sie nur noch kleinere Gefechte zu bestehen gehabt. Alle nachfolgenden Offensiven der Militärdiktatur konzentrierten sich auf die stärkere EPLF, in deren Reihen allerdings zeitweise – entsprechend den Einheitsabkommen zwischen den beiden Organisationen – auch Verbände der ELF mitgekämpft haben.

Die politischen Auswirkungen des Bürgerkriegs sind schwieriger einzuschätzen. Mit der Ausschaltung der ELF dürfte aber das äthiopische Militärregime eher an Manövrierraum verloren haben. Es war allen Beobachtern schon lange aufgefallen, mit welch vorsichtigen, ja verschleiernden Worten die ELF-Propaganda mit Mengistu und seinen sowjetischen Verbündeten umgegangen war. Der tonangebende Flügel der ELF-Führung verstand sich als sozialistisch und ortete das „befreundete Lager" auch dann noch in der Sowjetunion, als schon längst russische Militärberater auf dem eritreischen Schlachtfeld aufgetaucht waren. In der Illusion, das sozialistische Äthiopien mit der Perspektive eines unabhängigen sozialistischen Eritrea in Einklang zu bringen, war der ELF-Vorsitzende Ahmed Nasser im Februar 1980 nach Moskau gepilgert, zwei Monate nach den schweren Kämpfen, die die äthiopische Armee der EPLF geliefert hatte. Diesen Vorfall empfand die EPLF als Rückenschuß oder legte ihn zumindest propagandistisch so aus. Fest steht, daß die EPLF seit einiger Zeit die Möglichkeit einer Übereinkunft mit Addis Abeba aufgegeben hat und statt dessen versucht, durch eine Koordination aller nationaler Oppositionsbewegungen innerhalb Äthiopiens den Sturz des sowjetisch gestützten Militärregimes zu betreiben. Solche Unversöhnlichkeit hatte Mengistu von der ELF nicht zu gewärtigen.

Die sowjetischen Eskapaden der ELF-Führung haben auch die arabischen Sympathisanten des eritreischen Befreiungskampfes irritiert, die eigentlich traditionellerweise die ELF der jüngeren, marxistischen EPLF vorgezogen hätten. Der Rückzug der saudischen Unterstützung nach dem Moskaubesuch Nassers dürfte für den eher panislamisch und panarabisch orientierten Flügel innerhalb der ELF wie ein Signal gewirkt haben, die interne Auseinandersetzung mit den eigenen „Sozialisten" zu verschärfen, was genau dann die ELF im Bürgerkrieg paralysiert hatte. Bekanntlich ist der Fraktionsstreit der ELF auch im Sudan weitergeführt worden: Diesen März verhaftete die „arabische" Fraktion unter Abdela Idriss, die als einzige der Entwaffnung durch die Sudanesen entschlüpfen durfte, die Mehrheit der Führungsmitglieder und verschleppte sie an einen unbekannten Ort im eritreisch-sudanesischen Grenzgebiet. Idriss soll durch den Irak ermuntert und finanziert worden sein, die Überreste der ELF unter seine Kontrolle zu bringen und mit frischen Waffen wieder nach Eritrea zurückzuführen. Das Kalkül ist allerdings nicht aufgegangen, weil sich die große Mehrheit der einfachen ELF-Kämpfer dagegen sperrte. Seither springen täglich resignierte junge Leute vom Hauptteil der ELF ab und verschwinden unter den übrigen eritreischen Flüchtlingen im Sudan.

Zusammenfassend darf man wohl behaupten, daß die EPLF durch den Zusammenbruch der ELF an außenpolitischem Handlungsspielraum gewonnen hat und daß sich die Möglichkeiten ausländischer Einmischungen und Pressionen in den Befreiungskampf sehr verringert haben. Innereritreisch hingegen hatte die ELF eine ganze Vielfalt traditioneller politischer Gruppen repräsentiert, die sich heute kaum widerspruchslos und ein für allemal der EPLF unterordnen dürften. Natürlich setzt diese auf ihr sozialrevolutionäres Konzept, das durch den Umsturz alter Abhängigkeiten die Masse der ländlichen Bevölkerung für sich zu gewinnen sucht – da sich aber vielerorts alte politische Strukturen mit einzelnen Stämmen oder religiösen Clans eng verbunden haben, darf der Anspruch der EPLF, schließlich die ganze eritreische Bevölkerung repräsentieren zu können, mit einigen Fragezeichen versehen werden. Ungünstig könnte sich auch auswirken, daß die Volksbefreiungsfront Tigrays (TPLF) im Bürgerkrieg auf seiten der EPLF mitgekämpft hat: Nur zu leicht konnte beim islamischen Teil der eritreischen Bevölkerung der Eindruck entstehen, zwischen einer Allianz der eritreischen Christen (EPLF) mit den Christen Tigrays erdrückt zu werden, obwohl sie natürlich beide Fronten betont laizistisch geben. Die erneute und massive Niederlage der äthiopischen Armee beginnt heute allerdings die Auswirkungen des Bürgerkriegs zu überdecken und hat bis weit in Emigrantenkreise hinein eine neue Welle des eritreischen Nationalismus ausgelöst.

bis weit in Emigrantenkreise hinein eine neue Welle des eritreischen Nationalismus ausgelöst.

Ausländische Sündenböcke

Diese Niederlage führte auch – „wie üblich" nach der Meinung des offiziösen sudanesischen Regierungsmagazins „Sudanow" vom Juni – zu einem Wiederannäherungsversuch Äthiopiens an den Sudan. Da über sudanesisches Territorium Treibstoffe, Munition, Nahrungsmittel, medizinische Ausrüstungen und Ersatzteile für den Maquis nach Eritrea und Tigray geführt werden, übte die äthiopische Regierung in den vergangenen Jahren starken Druck auf die Regierung Numeiri aus, um die Einstellung dieser indirekten Hilfe an die Befreiungsbewegungen zu erreichen. Die entsprechenden Abkommen, Deklarationen und Gipfeltreffen sind Legion, aber, wie Mengistu vor dem ZK-Plenum des COPWE, der marxistisch-leninistischen Rumpfpartei Äthiopiens, im Juni klagte, nie in die Tat umgesetzt worden.

In gewissem Maße ist der Sudan in den letzten zwei Jahren der äthiopischen Regierung entgegengekommen. Die Besuche von Journalisten und Vertretern humanitärer Organisationen in die Guerillagebiete sind drastisch eingeschränkt worden, und im letzten Herbst wurden – allerdings eher kosmetisch – die Büros der Befreiungsbewegungen in Khartum für geschlossen erklärt. Seit sich aber um die Jahreswende 1980/81 hintereinander die Arabische Liga, die Islamische Gipfelkonferenz und der progressistische Arab People's Congress für das Selbstbestimmungsrecht des eritreischen Volkes ausgesprochen haben, kann es sich der in hohem Maß von arabischen Geldern abhängige Sudan schwerlich leisten, wesentlich weiter zu gehen.

Umgekehrt ist das Gastrecht, das der Sudan den diversen Befreiungsbewegungen gewährt, von Äthiopien nicht nur mit diplomatischen Protesten bekämpft worden. Besonders seit dem Abschluß des Freundschaftsvertrags von Aden zwischen Libyen, Südjemen und Äthiopien vom August 1981 haben sich subversive Aktionen und bewaffnete Überfälle sudanesischer Oppositionsgruppen von äthiopischem Territorium aus deutlich verstärkt. Äthiopische Unterhändler sollen laut offiziösen Informationen im Juni angeboten haben, diese Aktivitäten zu unterbinden, falls die Gegenseite die Bewegungsfreiheit der Eritreer einschränke. Der kurz danach angefangene Kleinkrieg mit Somalia, abgestützt auf eine somalische Guerillamarionette, die von Libyen aufgerüstet und von der äthiopischen Armee befehligt wird, dürfte indessen das sudanesische Vertrauen in die äthiopischen Absichtserklärungen nicht gerade gestärkt haben.

Am 18. Juni konstatierte Mengistu vor dem ZK des COPWE: „Das sozialistische Äthiopien ist infolge der riesigen Opfer an Menschenleben und Material, die zur Verteidigung der Einheit der Nation und ihrer territorialen Integrität aufgebracht werden müssen, nahe daran, auszubluten." Aber die Ursachen dieser Krise des äthiopischen Staates schob er im Fortgang seiner Analyse mit dem Hinweis auf angeblich im Dienste des „Imperialismus" stehende Söldnergruppen an den Grenzen einfach den Nachbarländern zu, wobei er den Sudan und Somalia zwar nicht ausdrücklich nannte, aber zweifellos ausschließlich meinte. Eine Politik militärischen Vorgehens gegen diese „Söldnerbanden" und gleichzeitiger erpresserischer Einflußnahme auf den Sudan und Somalia entspricht solchem Denken. Der Erfolg dieser Politik ist nun aber schon seit langen Jahren ausstehend, und es gibt auch heute keine konkreten Hinweise darauf, daß sich das in nächster Zeit ändern wird.

(Nachdruck aus Neue Zürcher Zeitung, 25. September 1982, Nr. 222, von Peter Niggli und Göran Assbring)




Erntearbeit im Eritreischen Hochland


Frauen verrichten die Schwerarbeit, auch wenn die Befreiungsfronten sich Mühe geben, diesen Zustand zu ändern.

Einstieg in die Umschichtung

Nicht umsonst loben die Kapitalistenverbände das Programm der neuen Regierungskoalition. Mit einzelnen Maßnahmen wird eine langfristige Umschichtung des Steuersystems begonnen, mit der drastischen Kürzung der Sozialleistungen die Umschichtung der Lebensverhältnisse. Hinter der Zaghaftigkeit der Wahlverlierer von Hessen verbirgt sich eine neue Richtung.

Von Friedemann Bleicher

Weitere rund 5 Mrd. DM wird die christlich-liberale Regierungskoalition auf die von der alten Koalition bereits beschlossenen 8,5 Mrd. DM „Haushaltskürzungen" draufsatteln. Lang und breit haben es Teile der Presse dieser Tage kolportiert, die neue Regierung hat keine anderen Mittel als die alte. Den Armen wird genommen, den Reichen wird gegeben. In der Opposition hat die CDU/CSU die Mehrwertsteuererhöhung als schädlich abgelehnt, jetzt greift sie selbst dazu. In der Opposition hat die CDU/CSU schließlich eine Verfassungsklage eingereicht wegen der zunehmenden Staatsverschuldung, jetzt überschreitet sie selbst mit ihrer Kreditfinanzierung die mittelfristige Finanzplanung – so wie in den unionsregierten Bundesländern ohnehin schon lange der Fall. In der Opposition hat die CDU/CSU die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge aufs Schärfste kritisiert, jetzt übernimmt sie die Beitragserhöhungen ihrer Vorgänger im Amt. Früher wurde die von den Gewerkschaften geforderte Ergänzungsabgabe entschieden abgelehnt, jetzt kommt die Zwangsanleihe – eine Entscheidung, die das „Handelsblatt" als „Mischung aus Feigheit und Heuchelei" kommentiert hat. Was unter Helmut I. schlecht war, scheint unter Helmut II. gut, weil es jetzt von der Union kommt. An anderen Punkten, bei der Rentenkürzung, der Sozialhilfe oder im Wohnungsbau wird verschärft, was zuvor bereits eingeleitet war.

Verschwinden da nicht die Unterschiede zwischen SPD und CDU, da doch jahrelang die SPD-Politik im Zentrum der Kritik stand und sie im entscheidenden Augenblick ebenfalls stets den Notwendigkeiten der Kapitalinteressen Rechnung getragen hat? Vergleicht man die beiden Regierungsprogramme wie man zwei Fotografien miteinander vergleicht, so scheinen sich beide tatsächlich nur in den Farbtönen zu unterscheiden. So aber spielt sich Politik nicht ab, politische Kräfte lassen sich nicht in einer Momentaufnahme zeigen. Die beiden Regierungsprogramme unterscheiden sich in der Entwicklungsrichtung und in den Kräften, für die sie stehen.

Die SPD hat versucht, von ihrer Reformpolitik zu retten, was zu retten ist, wobei sie sich den kapitalistischen Erfordernissen zunehmend unterworfen hat und insofern auch den Weg für eine reaktionäre Wende eröffnet hat.
hat und insofern auch den Weg für eine reaktionäre Wende eröffnet hat.
Die Reformpolitik ist in dem Maße gescheitert, wie ihr die Entwicklung der tiefen Wirtschaftskrise den Boden unter den Füßen weggezogen hat, doch bis zuletzt hat die Sozialdemokratie an ihren Illusionen festgehalten. Dagegen setzt die CDU/CSU offen auf ein reaktionäres Programm, macht sich zum bewußten Vollstrecker kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten, die das Lebensniveau der Volksmassen den Notwendigkeiten der kapitalistischen Akkumulation unterordnen.

Helmut Schmidt hat in seiner Abschiedserklärung vor dem Bundestag versucht, die SPD auf den Kurs festzunageln, der sie ihrer Basis beraubt und in die jetzige Niederlage geführt hat. Dennoch sind auch in dieser Rede die Unterschiede zur CDU ersichtlich. Schmidt sagt etwa, die „Dynamik der sozialen Sicherungssysteme" müsse begrenzt werden, womit dem Kapital der Diener gemacht wird. Doch dann einschränkend: „Dies darf aber nicht so weit gehen, daß die Lebensrisiken auf den einzelnen zurückgewälzt werden." So wenig die Unterschiede in der Praxis noch zu erkennen waren, das ist eben etwas anderes als die christlich-liberale Formel von dem „Mehr an Selbstverantwortung des Einzelnen". Schmidt redet vom „Prinzip der Solidarität mit dem Schwächeren", während Heiner Geißler von der Wiederherstellung der Leistungsbereitschaft und dem „Prinzip der Subsidiarität" spricht.

Auf den Schmidtschen Begriff gebracht: Sozialleistungen „sollten und dürfen nicht stärker eingeschränkt werden, als dies aus finanziellen Gründen unerläßlich ist. Eine Einschränkung aus ideologischen Gründen hat keinerlei Rechtfertigung."

Es ist völlig unerheblich, ob die Person Helmut Schmidt damit bloß die demagogische Krönung auf seine Kanzlerkarriere gesetzt hat. Tatsache ist, daß er mit solchen Formulierungen für politische Kräfte spricht, die sich von jenen, für die CDU/CSU wirken, unterscheiden. Von ihren Absichten her ist die sozialdemokratische Politik fehlerhaft, die der Christlich-Liberalen konsequent reaktionär.

Diese feinen Unterschiede sind denn auch in den Regierungsprogrammen erkennbar, wenn man sie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und im Zusammenhang ihrer einzelnen Maßnahmen betrachtet.

Nehmen wir die *Mehrwertsteuererhöhung*. Die Mehrwertsteuer zeichnet sich dadurch aus, daß jede Sorte von Kapitalanlage steuerfrei bleibt. Investiert ein Unternehmen, so zahlt es darauf keine Mehrwertsteuer. Zwar enthält der Lieferpreis der neuen Maschinerie einen Anteil Mehrwertsteuer, das Unternehmen kann aber den Steueraufschlag beim Finanzamt als „Vorsteuer" geltend machen und bekommt ihn von dort erstattet. Wirklich abliefern muß das Unternehmen nur, was es selbst von *seinen* Kunden als Mehrwertsteuer einnimmt.

Ebenso verhält es sich, wenn der „Besserverdienende" einen Teil seines Einkommens als Kapital anlegt, sei es auf einem Sparkonto, sei es an der Börse. Mehrwertsteuer lastet nur auf jenem Teil des Einkommens, der konsumiert wird. Ob arm, ob reich, diese Steuer macht da keinen Unterschied. Jeder hat in dem Maße Mehrwertsteuer zu zahlen, wie er sein Geldeinkommen
zu zahlen, wie er sein Geldeinkommen
in Lebens- und Konsummittel tauscht. Un da der Arme sein ganzes oder fast sein ganzes verfügbares Einkommen zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes zu verwenden hat, unterliegt auch sein ganzes oder fast sein ganzes Einkommen der Mehrwertsteuer. Gleichgültig, ob er Rentner, Arbeitsloser oder beschäftigter Lohnarbeiter ist. Anders der Reiche, der nur einen Teil des Einkommens verkonsumiert, einen anderen – mit Höhe des Einkommens steigenden – Teil als Kapital anlegt. Er zahlt auch nur auf einen Teil seines Einkommens Mehrwertsteuer.

Das Ergebnis zeigt sich in der Tabelle: je höher das Einkommen, um so niedriger der Steuersatz für die tatsächlich zu zahlende Mehrwertsteuer.

Die Absicht wird deutlicher, wenn man dagegen die Einkommenssteuer hält. Profite, die wieder investiert werden, unterliegen ebenso der Einkommenssteuer wie die entnommenen Gewinne, Lohneinkommen oder das Geschäftsführergehalt. Höhere Einkommen werden höher besteuert, was fachmännisch übrigens „Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit" heißt. Siehe auch hierzu die Tabelle.

Erhöhung der Mehrwertsteuer heißt daher in Kürze Verlagerung der Steuerlast auf die niedrigen Einkommensklassen, deren Geld damit entwertet wird. Kapitalakkumulation wird steuerlich unter Naturschutz gestellt.

Freilich hätte die Mehrwertsteuererhöhung für sich genommen bei der SPD nicht anders gewirkt als die jetzt zum 1. Juli 1983 geplante. In der sozialliberalen Koalition aber war die Steuererhöhung quasi zweckgebunden für Investitionszulagen, die in ihrem Verständnis Arbeitsplätze schafft. Für später war eine ausgleichende Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer in Aussicht gestellt, wovon in den jetzigen Koalitionsvereinbarungen überhaupt nicht mehr die Rede ist. Im Kohl-Strauß-Genscher-Bündnis leitet
Kohl-Strauß-Genscher-Bündnis leitet
die Mehrwertsteuererhöhung eine weitreichende *Umschichtung des Steuersystems* ein, da hiermit bereits ab 1. Januar 1983 Steuerentlastungen für die Unternehmen finanziert werden. Rund 2 Mrd. DM wird diesen bereits im kommenden Jahr an Steuern erlassen. Allein die Senkung der Gewerbesteuer umfaßt ein Volumen von 1 bis 1,5 Mrd. DM. Der berüchtigte §6b im Einkommenssteuergesetz (Flick-Paragraph) wird erweitert zum Aufkauf bankrotter Konkurrenten. Eigenheimbauern werden bis zu 50000 DM weitere Steuervergünstigungen in 10 Jahren eingeräumt. Die Existenzgründung soll besonders gefördert werden (wobei Existenz hat, wer Unternehmer ist). Ab dem Jahre 1984, wenn die höhere Mehrwertsteuer das ganze Jahr über kassiert werden kann, sollen weitere Steuersubventionen für die Unternehmen erfolgen.

Damit wäre dann auch geklärt, was es mit der „Senkung der Staatsquote" auf sich hat. Sie soll allenfalls darüber geschehen, daß das Kapital entlastet wird, während der Massenkonsum belastet wird. Das Bild wird abgerundet durch die Erhaltung des Splitting-Vorteils auch für Jahreseinkommen über 100000 DM. Die Operation '83 der SPD/FDP hatte eine entsprechende Begrenzung des Splitting-Vorteils als Trostpflaster für Gewerkschaftskritik vorgesehen.

Im Gegenzug also kommt die *Zwangsanleihe* für Einkommen von mehr als 50000/100000 DM. 5% der Steuerschuld soll als zinsloser Staatskredit beschlagnahmt werden, *sofern* der Steuerpflichtige nicht im eigenen Unternehmen Investitionen in Höhe von ¼ seiner Steuerschuld tätigt. Was trotz dieser Einschränkung noch an Mehreinnahmen anfällt, soll zur finanziellen Förderung des sozialen Wohnungsbaus verwendet werden – je zur Hälfte für Mietwohnungen und für Eigenheime. Man muß nicht lange raten, woher das Geld zur Rückzahlung der Zwangsanleihe nach drei Jahren kommt.

Was als Feigenblatt der Ausgewogenheit daherkommt, ist in Wirklichkeit eine weitere vorprogrammierte Senkung der Renten, Sozialhilfe, Arbeitslosengelder usw.

Jetzt bereits geht es an die *Renten*, an die *Sozialhilfe*, an die Lohnfortzahlung und an die Gehälter im öffentlichen Dienst. Im Sozialgesetzbuch wird die Möglichkeit des „freiwilligen Verzichts auf Sozialleistungen" eingeführt. Die Anpassung sämtlicher Renten wird um ein halbes Jahr auf Mitte 1983 verschoben und dann um 1% per Krankenversicherungsbeitrag gekürzt. Die flexible Altersgrenze wird auf 60 Jahre gesenkt, für jedes Jahr früherer Verrentung sinkt damit auch die Rente. Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst dürfen sich nur vorzeitig verrenten, wenn sie keine Zusatzversorgung in Anspruch nehmen. Die Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt wird gegenüber den SPD/FDP-Plänen ausgedehnt. Neu ist die verstärkte Einschaltung des „Vertrauensarztes", getreu der Forderung des Lambsdorff-Papiers. Der Leistungskatalog der Krankenversicherung soll von „Leistung der Bagatell- und Luxusmedizin befreit werden". Bußgelder für „Gefälligkeitsatteste" werden vorgesehen.

Weiterhin wird die Anpassung der Sozialhilfe wie bei den Renten um ein halbes Jahr verzögert, also ein halbes Jahr länger der Inflation ausgesetzt. Dann soll die Anpassung ganze 2% betragen.

Deutliche Verschärfungen gibt es sodann im Bereich des *Mietrechts*. Besonders auf die Mieten schlägt, daß als Vergleichsmiete nur gilt, was in den letzten drei Jahren neu abgeschlossen wurde; auch Vergleichsobjekte aus dem eigenen Bestand des Hausbesitzers oder der Wohnungsgesellschaft werden zugelassen. Staffelmieten können künftig für alle Wohnungen vereinbart werden, wobei in typisch liberalem Zynismus angemerkt wird, es bestehe ja „Vertragsfreiheit", d.h. kein Mieter müsse einen solchen Mietvertrag eingehen. Entsprechung finden diese Mieterhöhungsmaßnahmen in der Senkung des Wohngeldes..

Diese einzelnen Maßnahmen sind wenig verschlungen. Sie sind Basis, mit der Gewalt des Gesetzgebers eine Bresche zu schlagen für die Senkung des Lebensniveaus aller Nichtbesitzenden. Blüms schmierige Begründung für eine Lohnpause hat es gezeigt.

Weniger offensichtlich sind die Veränderungen, die mit der steuerlichen Behandlung der Familie beabsichtigt sind. Einerseits soll, wie vermerkt, das Steuersplitting unverändert auch für höchste Einkommen gelten. Kostenneutral soll aber das Splitting ab 1.1.1984 in ein *Familiensplitting* umgewandelt werden. Dies würde bedeuten, daß das Einkommen aller Familienmitglieder in einen Topf geworfen wird und die Steuerbelastung mit zunehmender Zahl der Familienmitglieder sinkt.

Zwei große Haken hat dieser Plan. Erstens wird damit das Individuum der Familie untergeordnet, die Familie per finanziellem Druck zusammengeschweißt. Die Definition, wer zur „Familie" im Sinne des Paragraphen xy Einkommenssteuergesetz gehört, eröffnet die Chance unaufhaltsam wirkender Eingriffe. Die Begünstigung der Hausfrauenehe wäre bloß etwas abgeschwächt. Zweitens bleibt der Haupteffekt erhalten, daß der Steuervorteil mit der Höhe des Einkommens wächst, wie dies schon jetzt beim Ehegattensplitting der Fall ist.

Dazu wiederum paßt die Kürzung des Kindergeldes, wenn auch zunächst getarnt durch eine Einkommensgrenze. Und zum Abschied an die individuelle Besteuerung des Einkommens paßt, daß in dem ganzen Koalitionspapier die verfassungsgerichtlich vorgeschriebene Rentenreform 1984 nicht einmal erwähnt ist.

Dies wie anderes deutet darauf hin, daß die dicksten Hämmer angesichts womöglich nicht zu umgehender Neuwahlen und eines in Hessen gestoppten Trends noch zurückgehalten werden. Angelegt sind sie aber bereits im jetzigen Programm, das einerseits die SPD-Politik der letzten Jahre fortführt, andererseits eine neue Richtung der direkten Konfrontation einleitet.

Einkommens- und Mehrwertsteuer nach Einkommensklassen 1973

Einkommensklassen (netto) in DM	Haushalte in %	Bruttoeinkommen	Steuern auf Einkommen und Vermögen in DM	Steuern auf Einkommen und Vermögen in %*	Mehrwertsteuer in DM	Mehrwertsteuer in %*	Verbrauch in % des Nettoeink.
unter 600	5,4	483	(3)	0,6	38,56	8,0	100,9
600 – 800	6,3	722	10	1,4	55,27	7,7	96,1
800 – 1000	6,6	963	34	3,5	69,66	7,2	93,6
1000 – 1200	6,5	1219	73	6,0	84,50	6,9	92,4
1200 – 1500	10,9	1608	148	9,2	103,49	6,4	90,1
1500 – 1800	12,1	2028	213	10,5	127,55	6,3	88,8
1800 – 2500	24,9	2646	307	11,6	158,61	6,0	84,6
2500 – 5000	24,7	4004	552	13,8	216,72	5,4	75,7
5000 – 15000	2,4	9033	2111	23,4	309,31	3,4	51,0

* in % vom durchschnittlichen Bruttoeinkommen · Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973; Wirtschaftsdienst 1982, S. 136 ff. und eigene Berechnungen.



Mit der „Zwangsanleihe", dem sozialen Alibi der Koalitionsvereinbarungen, sollen neue Betonsilos im sozialen Wohnungsbau hochgezogen werden. Nach drei Jahren wird die „Zwangsanleihe" an die gut Betuchten zurückgezahlt – woher das Geld hierfür wohl kommt? Gleichzeitig können private Bauherren mit hohem Einkommen weitere bis zu 50000 DM an Steuervorteilen, verteilt über 10 Jahre, verbuchen. Die Mieten werden zur Explosion freigegeben, das Wohngeld wird gekürzt.

Start unter schlechten Bedingungen

Stellungnahmen der Gewerkschaften zum Regierungswechsel schwanken zwischen Angeboten zur Zusammenarbeit und Forderungen nach Neuwahlen. Einigkeit ist noch nicht abzusehen. Die bisherige passive Politik der Gewerkschaften macht nun eine glaubwürdige Politik gegen die Pläne der neuen Bundesregierung schwierig.

Die westdeutschen Gewerkschaften hat das Scheitern der Bonner sozialliberalen Koalition, obwohl absehbar, doch ziemlich unvorbereitet getroffen.

Die Regierung Schmidt sei nicht am Widerstand der Gewerkschaften gescheitert, beschrieb IG Chemie-Vorsitzender Hauenschild vor dem Beirat seiner Organisation das Verständnis vieler Gewerkschafter, sondern der Bruch sei systematisch von der FDP-Führung betrieben worden. Folgerichtig ist in Stellungnahmen viel von „Verrat in Bonn" die Rede. „Neuwahlen" werden allenthalben „als die sauberste Lösung" gefordert. Die FDP hat das Scheitern betrieben, aber unter den Gründen dafür spielen die Gewerkschaften auch eine Rolle.

Es war abzusehen, daß der Haushalt 1983 und die begleitenden Maßnahmen nicht mehr so wie im letzten Jahr von den Gewerkschaften einfach hingenommen werden konnten. Dies hatte dann auch Auswirkungen auf die SPD, die gewerkschaftliche Kritik nicht einfach ignorieren kann, will sie nicht ihre soziale Basis völlig verlieren. Wenn die FDP ihren Kurs der Zuarbeit für die Kapitalisten weiterverfolgen wollte, konnte sie gegenüber der SPD und den Gewerkschaften nicht nachgeben. Eher wollte sie eine weitere Verschärfung betreiben. Diese Polarisierung ist der Grund des Scheiterns der SPD/FDP-Bundesregierung. Insofern ist die Schmidt-Regierung auch am „Widerstand" der Gewerkschaften gescheitert.

Die Ausgangspunkte der Gewerkschaften in den absehbaren Auseinandersetzungen mit der neuen Mitte-Rechts-Bundesregierung sind aus einer Reihe von Gründen schlecht.

Einmal gibt es keine einheitliche Haltung zur neuen Regierung. Da ist beispielsweise die IG Bergbau, deren Vorsitzender A. Schmidt von „einer neuen Bundesregierung, die auf verfassungsmäßigem Weg gewählt wird", die Mitarbeit seiner Organisation bei der Lösung der „Kohlekrise" anbot. Die IG BE werde nicht „aus ideologischer Verklemmung oder Verblendung darauf verzichten, für unsere Mitglieder zu argumentieren, einzutreten oder auch zu streiten", warb Adolf Schmidt vor den Delegierten des IG BE-Gewerkschaftstags für die Zusammenarbeit mit einer CDU-Regierung bei der Erstellung eines Energiekonzepts, das den Vorrang der westdeutschen Kohle sichere und so auch die Arbeitsplätze im Ruhrbergbau. Nachdem sie sich erst kürzlich gegen die geplanten DGB-Demonstrationen ausgesprochen hatte, versuchte die „einheit" jetzt den Regierungswechsel als einen ganz normalen Vorgang herunterzuspielen, als wenn sich nicht auch ein Übergang in der Bundespolitik anbahnte.

Ähnliche Überlegungen – da zum Zweck der „Lösung der Wohnungsbaukrise" – gibt es auch bei der IG BSE.

Auf der anderen Seite bringt der Textilgewerkschaftsvorsitzende B. Keller eine Neuauflage der Bösewicht-FDP-Theorie. „Es darf nicht so weit kommen, daß am Ende Ihrer Bemühungen eine knappe FPD-Mehrheit die sozialen Grundsätze und Leitlinien in unserem Land bestimmt, die vor kurzem von Herrn Lambsdorff bestimmt worden sind", schreibt er in einem Brief an den CDU-Vorsitzenden Kohl. Und weiter: „Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung warnt davor, daß in den jetzt anstehenden Koalitionsverhandlungen in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen nicht die ‚großen Parteien', sondern die ‚wichtige Partei' – wie Graf Lambsdorff sich vor unserem Beirat im März d.J. ausdrückte – die Einzelheiten eines Regierungsprogramms für ein mögliches Übergangskabinett bestimmt."

Die anderen Gewerkschaften halten sich bislang mit Bewertungen der Bundesregierung etwas zurück.

Schien bisher nur mit der Begrenzung des Einkommenszuwachses auf 2% im Öffentlichen Dienst ein bedeutender gewerkschaftlicher Bereich betroffen, so hat sich jetzt der Druck auf die Gewerkschaften mit der Blümschen sechsmonatigen Lohnpause stark erhöht.

Wenn auch die Gewerkschaft einer der Gründe für das Scheitern des Kurses der SPD-FDP-Regierung war, so ist die gewerkschaftliche Position doch diskreditiert durch die passive Hinnahme und Duldung der Operation '81 und '82, die faktisch das grüne Licht für die folgenden Operationen gegeben hatten. Erst Anfang September hatte der DGB-Vorstand zusammen mit der SPD-Fraktionsführung zu Protokoll gegeben: „Beide Seiten erkennen an, daß in Zeiten geringeren Zuwachses auch der Sozialetat nicht von den notwendigen Kürzungen ausgenommen werden kann". Genüßlich hatte N. Blüm als Regierungsanwärter gedroht: „Auf den Tag freue ich mich schon, an dem die CDU die Regierung übernimmt und die Gewerkschaften plötzlich Sachen kritisieren werden, die sie bis dahin bei der SPD entschuldigt haben." Der mißliche Moment ist jetzt da.

Nur gut, daß die Kundgebungen des DGB am Monatsende und Anfang November bereits gegen die Haushaltsentwürfe der alten Regierung angesetzt waren. Auf die Gewerkschaften kommt in den nächsten Monaten eine Schlüsselrolle zu.

Nicht nur die Verteidigung der Tarifautonomie im Öffentlichen Dienst gegen die staatlich verordnete 2%-Einkommenszuwachsgrenze und das Blümsche „Opfer für alle Bevölkerungskreise". Daß dies an dem „Beispiel der Rentner" begründet wird, zeigt die Dreistigkeit, mit der auf Spaltungslinien inerhalb des Volks spekuliert wird. Dafür ist es nicht mal notwendig, daß die Regierung mit diesen „Pausen"-Plänen durchkommt, klappt das nicht, wird daraus sofort wieder ein „Argument" für die nächste Personaleinsparung zum Beispiel o.a.

Es scheint, daß neben diesen Regierungsplänen auf den Kundgebungen erneut der DGB-Vorschlag für ein Beschäftigungsprogramm aus den Jahren 1977 und 1981 zur Grundlage der Forderungen an eine CDU-FDP-Bundesregierung gemacht werden soll. Da wäre es klug, wenn man jetzt daran ginge, nicht nur die Finanzierungsseite des DGB-Beschäftigungsprogramms zu behandeln, denn das alleine droht regelmäßig in einem undurchsichtigen Haushaltsstreit zu versanden. Stattdessen sollte das Hauptaugenmerk auf eine Konkretion des Teils, der die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich der Erhaltung der Natur und der Ressourcen sowie des Ausbaus der Aus- und Weiterbildung behandelt, gelegt werden. Dies hätte mehrere Vorteile:

– Einmal richtete dies das Augenmerk darauf, daß es nicht um die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Produktion von irgendwas geht, sondern um die Schaffung von Arbeitsplätzen, um damit Bedürfnisse zu befriedigen, wozu auch die Erhaltung der Natur, die Erhaltung der Ressourcen, damit es überhaupt eine Zukunft geben kann, gehört, und um die Ausbildung der konkreten Fähigkeiten der Produzenten, damit sie diese Tätigkeiten auch ausführen können.

– Eine solche Konkretion würde sich auch genau gegen die vagen und nebulösen Versprechungen der neuen Bundesregierung nach „mehr Arbeitsplätzen", die ja fast schon wie eine Heilsbotschaft klingen, richten.

– Sie würde von den Gewerkschaften her eine Verbindung zwischen den Grünen und der SPD vorbereiten. Denn eine solche Weiterentwicklung hätte Ähnlichkeit mit den Vorstellungen Brandts und anderen in der SPD von der Schaffung qualitativer Arbeitsplätze und gleichzeitig mit den Vorstellungen der Grünen nach einem „ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm".

Gerade zu letztem halten sich die Gewerkschaften auch noch nach den Hessenwahlen zurück. Da hängt noch Dödings Grünen-Schelte, sie wollten die Bundesrepublik unregierbar machen und deshalb müsse gefragt werden, ob sie noch das „Verfassungsgebot für die Parteien" wahrten und „Schmierfinken" seien, in der Luft. Lediglich im „ausblick" (HBV) heißt es: „Möglicherweise eröffnet die Feststellung des SPD-Vorsitzenden Brandt, daß es links von der CDU/CSU und FDP neue politische Mehrheiten gebe, neue Perspektiven zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Rüstungswahnsinn, Sozialabbau und Umweltvernichtung. Doch das ist noch nicht parlamentarische Realität." Aber gerade um dies zu fördern, wäre ein solcher Schritt der Gewerkschaften nützlich. Die anstehenden Kundgebungen bieten die Gelegenheit dafür. *geh*



Demonstationen und Kundgebungen des DGB

23.10.1982

Nürnberg
Demonstration und Kundgegung, Redner: Loderer, IGM; Defner, DGB-Bayern

Frankfurt
Demonstration und Kundgebung, Redner: Breit, DGB-Bundesvorstand; Richert, DGB Hessen, Lehlbach, DGB Rheinland-Pfalz

Dortmund
Demonstration und Kundgebung, Redner: Judith, IGM; Gleuenich, DGB NRW

30.10.1982

Stuttgart
Demonstration und Kundgebung, Redner: M. Wulf-Mathies, ÖTV; Steinkühler, IGM Baden-Württemberg; Pommerenke, DGB Baden-Württemberg

Hannover
Protestveranstaltung, Redner: Zimmermann, DGB-Bundesvorstand

4.11.1982

Bremen
Demonstration und Kundgebung

6.11.1982

Hamburg
Demonstration und Kundgebung, Redner: Benz, IGM

Saarbrücken
Kundgebung, Redner: I. Brusius, DGB-Bundesvorstand

E. Breit auf dem a.o. Gewerkschaftstag der ÖTV am 29.9.1982 in Wiesbaden

In Bonn ist eine verhältnismäßig kleine Partei dabei, nach Wegen zu suchen, wie sie an einer neuen Regierung beteiligt werden könnte, nachdem sie die Beteiligung an der alten, aber immer noch im Amt befindlichen Regierung aufgekündigt und sich damit den Vorwurf eingehandelt hat, gegenüber ihren Wählern wortbrüchig geworden zu sein.

In dem Bundesland, in dem dieser außerordentliche Gewerkschaftstag stattfindet, hat der Wähler am vergangenen Sonntag dokumentiert, welche Antwort er für Doppelzüngigkeit in der Politik parat hat: nämlich die Antwort der Abwahl doppelzüngig redender Politiker aus dem Parlament.

Durch die Wählerentscheidung in Hessen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist die Situation in Bonn nicht einfacher geworden. Nach wir vor liegt die Forderung nach konstruktivem Mißtrauen und damit nach Kanzlersturz auf dem Tisch, und nach wie vor sind FDP, CDU und inzwischen auch CSU nicht bereit, rasche Neuwahlen als sauberste Lösung zu akzeptieren.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Auch für den DGB gibt es keinen Zweifel, daß das konstruktive Mißtrauensvotum vom Grundgesetz als Instrument zur Lösung einer innenpolitischen Krise vorgesehen ist; aber dieses konstruktive Mißtrauensvotum kann und sollte nicht dazu benutzt werden, einer verhältnismäßig kleinen Partei je nach taktischem Kalkül einiger leitender Herren dieser Partei den Richtungswechsel zu ermöglichen.

Unabhängig davon, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie die innenpolitische Situation nach dem 1. Oktober aussehen wird: Für uns Gewerkschafter galt und gilt, daß wir Politiker nicht nach ihrem taktischen Vermögen beurteilen, sondern einzig und allein daran messen, was an konkreter Politik am Ende herauskommt.

Das bedeutet: Jede Politik, die nach unserer Einschätzung als sozial unausgewogen und beschäftigungspolitisch verfehlt anzusehen ist, wird von uns Gewerkschaftern an der Prüfstand gehoben.

Dabei gilt für uns als unverrückbarer Maßstab: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ein sozialstaatliches Gebot, ohne daß dadurch die Unternehmer aus ihrer Verpflichtung zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen entlassen wären.

Und zweitens gilt für uns als unverrückbarer Maßstab: Der Sozialstaat ist nicht die Ursache der Wirtschaftskrise, und wer versucht, die Folgen der Krise einseitig Arbeitnehmern, ihren Familien und denjenigen aufzubürden, die besonders der Hilfe bedürfen, der zeigt nur, daß er bereit ist, sich kaltschnäuzig über existentielle Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land hinwegzusetzen.

Der Versuch, die Folgen der Wirtschaftskrise sozial unausgewogen Arbeitnehmern aufzubürden, widerspricht aber nicht nur den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit; er ist auch als wirtschaftspolitisch verfehlt anzusehen.

In einer Zeit, in der es an der notwendigen Nachfrage mangelt und in der deswegen die Kapazitäten in den Unternehmen und Betrieben nicht ausgelastet sind, ist es eben nicht das Gebot der Stunde, bei öffentlichen Ausgaben willkürlich den Rotstift anzusetzen und damit die Nachfrage zusätzlich zu schwächen.

In einer solchen Zeit ist es vielmehr das Gebot der Stunde, mit staatlichen Investitionsprogrammen Impulse für die Wiederbelebung von Nachfragen und damit von Investitionen zu geben.

Für den Fall aber, daß Tarifverhandlungen im kommenden Jahr nicht so verlaufen werden, wie die fragwürdigen Propheten in Richtung zwei Prozent sich das vorstellen, haben diese fragwürdigen Propheten schon Vorsorge getroffen: Dann nämlich sollen nach ihren Vorstellungen Stellen im Tarifbereich eingespart werden.

Das heißt im Klartext: Im öffentlichen Dienst sollen Lohnerhöhungen gegen Beschäftigungsmöglichkeiten ausgespielt werden. Ein schnödes Spiel!

Und was die Beamten angeht, so soll deren Besoldung für 1983 bereits in diesem Jahr durch Gesetz vorab geregelt werden – ich nehme an: auf dem Niveau von zwei Prozent ab 1. Juli 1983.

Das heißt: Für 1982 bleibt es bei der von uns scharf kritisierten Verschiebung der Erhöhung der Beamtenbesoldung um drei Monate, und die Unionsparteien müssen sich fragen lassen, für wie glaubwürdig sie sich halten lassen wollen, wenn sie gestern die Ungleichbehandlung des Tarifpersonals einerseits und der Beamten andererseits ablehnten und heute zumindest für 1982 eine solche Ungleichbehandlung in einer Koalitionsvereinbarung übernehmen.

Und das heißt außerdem: Die gesetzliche Festlegung der Beamtenbesoldung für 1983 noch in diesem Jahr soll offensichtlich Tarifverhandlungen für Arbeiter und Angestellte vorprogrammieren – ein Weg, den, dessen bin ich sicher, eine so kraftvolle Gewerkschaft wie die ÖTV durch nachdrücklich geführte Tarifverhandlungen deutlich verbauen wird.

Nach dem Bruch der Bonner Koalition und den Hessenwahlen

Von Hans-Gerhart Schmierer

Die Alternative ist einfach: Entweder gelingt es der Rechtsregierung sich mit den nächsten Bundestagswahlen zunächst mal dauerhaft zu etablieren, oder es kann eine Linksentwicklung zustandegebracht werden, die die Reaktion bricht und erste Schritte in Richtung auf eine „andere Republik" einleitet. So einfach sich die Alternative stellt, so schwer fällt es auf der Linken, sich dieser Alternative zu stellen. Innerhalb der Sozialdemokratie überwiegt noch die Absicht, den bisherigen Regierungskurs fortzusetzen. Das tut aber bereits die neue Regierung, und zwar ohne Wenn und Aber.

Insoweit die bisherige Regierung eine Mitte-Regierung gewesen ist, hat sie ihre objektive und subjektive Basis verloren. Bei den Kräften links von der Sozialdemokratie überwiegt noch die Absicht, irgendwelche Auswege zu suchen, sei es in Fundamentalopposition oder in Tolerierungspolitik. Im Parlament läuft beides auf Passivität hinaus und wird deshalb auch nicht geeignet sein, die außerparlamentarische Bewegung im Kampf gegen Reaktion und Krise zu ermutigen und zu mobilisieren. Die neue Regierung wird versuchen, ein hohes Tempo anzuschlagen. Darauf zu hoffen, die Zeit, z.B. in Hamburg und Hessen, arbeite für die Linke, ist wahrscheinlich verfehlt. Die Bewegung verliert ihren langen Atem nicht dann, wenn im Parlament bloß etwas Bewegungsraum erkämpft werden kann. Sie verliert ihre Ziele nicht deshalb aus den Augen, weil im Parlament versucht wird, erste Schritte zu ermöglichen. Umgekehrt.

Im folgenden Artikel werden diese Fragen diskutiert. Es handelt sich um einen Vorabdruck aus Kommunismus und Klassenkampf 10/1982. Am Rande werden die Initiativen von Revier, GIM und DKP dokumentiert, die allesamt um Fragen der Listenbildung gehen. Diese Fragestellung halten wir für falsch. Uns geht es um die weitere Politik der Bündnisformation, die sich mit den Grünen als parlamentarischem Arm bereits herausgebildet hat und jetzt über die neue Lage Klarheit gewinnen muß.

Intensiver als bisher müssen in der Linken nach dem Bruch der Bonner Koalition und nach den Hessenwahlen einige Fragen diskutiert werden. Es handelt sich nicht um beliebige theoretische Fragen, vielmehr sind sie eng mit den praktischen Aufgaben in der jetzigen Situation verbunden: Was geht eigentlich mit der Bonner Koalition zu Ende und was wird oder soll an deren Stelle treten? Wie ist die Rolle und die Zukunft der Sozialdemokratie einzuschätzen? Was ist die beste Formation, um in die jetzige Entwicklung in Wahlen und im Parlament einzugreifen? Welche Absichten werden mit einem solchen Eingreifen verbunden: geht es nur einfach darum, auf dieser Ebene zu zeigen, daß „wir da sind", wie Joachim Hirsch auf einer Frankfurter Veranstaltung sagte, oder geht es um neue parlamentarische Mehrheiten und die Bildung einer Linksregierung als aktueller Perspektive? Welches Verhältnis besteht zwischen potentiell revolutionärer Bewegung und parlamentarischer Politik? Wie verhalten sich die grundsätzlichen Forderungen zu solchen Kampfzielen, die morgen oder schon heute eine Mehrheitsbildung ermöglichen? Dies sind einige der Fragen, die jetzt mehr oder weniger systematisch diskutiert werden. Von der Antwort auf diese Fragen hängt wahrscheinlich ab, ob die Linke in der jetzigen Situation einen positiven Einfluß auf die weitere Entwicklung ausüben können wird oder nicht. Fehler werden sich mit ziemlicher Sicherheit bitter rächen.

Mit der sozialliberalen Koalition geht die zweite Etappe der Nachkriegsgeschichte zu Ende

Die nach der Gründung der Bundesrepublik aufeinanderfolgenden Adenauer-Regierungen sicherten nicht nur die Rahmenbedingungen für die Wiederherstellung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Sie sicherten diese Rahmenbedingungen aufgrund bestimmter Kräfteverhältnisse und auf bestimmte Art und Weise. Die Arbeiterbewegung wurde auf wirtschaftliche Interessenvertretung reduziert und politisch an den Rand der Republik gedrängt. Die Bundesrepublik wurde in die Nato eingegliedert. Beides mit erheblichen Widerständen. Der Widerstand konnte teils gebrochen werden durch das Verbot der KPD und andere reaktionäre Maßnahmen wie Verbot des politischen Streiks, Verbot der Volksbefragung über die Einheit der Nation etc. Teils konnte der Widerstand durch die wirtschaftliche Entwicklung, einen mehr oder weniger ununterbrochenen, wenn auch zyklischen Aufschwung, unterhöhlt werden. Die eine Arbeiterpartei war verboten, die andere Arbeiterpartei, die dagegen nichts unternommen hatte, schien zur ewigen Opposition verdammt, wenn sie sich nicht ausdrücklich anpaßte. Das geschah über das Godesberger Programm und die Anerkennung der „Westintegration" und der Nato-Eingliederung als Tatsache, an der nichts zu ändern ist. Es entstand das System der beiden großen Volksparteien und der Liberalen zwischen ihnen als Zünglein an der Waage.

Abgeschlossen wurde diese Etappe der Nachkriegsgeschichte durch die Große Koalition. Sie war notwendig geworden, weil die bisherige Regierungskoalition nicht in der Lage war, wirtschaftlich und sozial die erste Nachkriegskrise 1966/67 einigermaßen reibungslos zu bewältigen, und weil die Notstandsgesetze als Krönung der restaurativen Entwicklung nur mit Hilfe der Sozialdemokratie unter Dach und Fach gebracht werden konnten. So kam die Sozialdemokratie nicht über einen Wahlsieg an die Regierung, sondern über die selbsteingestandene Unfähigkeit der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP, in der bisherigen Weise weiterzumachen. Indem die Sozialdemokratie half, die Notstandsgesetze unter Dach und Fach zu bringen, wurde sie zum Mitvollstrecker der Nachkriegsrestauration. Indem sie die einigermaßen reibungslose Überwindung der Wirtschaftskrise zustande brachte, wurde sie zum Garanten einer Weiterentwicklung der restaurierten Verhältnisse. Als solcher leitete sie bereits schon in der Großen Koalition erste Schritte der neuen Ostpolitik ein. Mit den Wahlen 1969 und dem Koalitionswechsel konnte sie sich zur breiten Reformpartei mausern und mußte es auch.

Die Große Koalition und die Notstandsgesetze waren zu einem der Auslöser der Jugend- und Studentenbewegung geworden, die ihrerseits nur einen breite Massen erfassenden Drang nach Modernisierung und Demokratisierung zum Ausdruck brachte. Ihre Wucht erlangte diese Bewegung, weil die aktivsten Kräfte dieser Bewegung sehr viel mehr wollten als Modernisierung und Demokratisierung, nämlich Umwälzung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse insgesamt, und die Bewegung dabei auch eine ganze Zeitlang hinter sich hatten. Ihre Perspektive zogen diese Kräfte aus der Tatsache, daß die Arbeiterbewegung mit den Septemberstreiks 1969 aus ihrem Gehege ausbrach. Die Arbeiterbewegung wiederum konnte dies mit einiger Bravour tun, weil sie in der Jugend- und Studentenbewegung einen Verbündeten ahnte und auch fand. Diese gesellschaftliche und politische Bewegung machte den Weg für die SPD-FDP-Regierung als Reformregierung frei und machte sie auch notwendig, um die Bewegung in Schach zu halten, zu spalten und Teile von ihr an die Regierung zu binden.



Polizeieinsätze gegen die Ostermarsch-Bewegung

War die Große Koalition Abschluß der Restauration und Neuansatz, so konnte die SPD-FDP-Koalition davon ausgehend im großen und ganzen eine Zeitlang als Reformregierung agieren. Daß die SPD nicht aus Zufall die Notstandgesetzgebung mitgetragen hatte, zeigte sich freilich schnell mit dem Extremistenerlaß. Dennoch kann man den Einschnitt der Jahre 1969 bis 1973 und den gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Entwicklungsschub, der seinen Ausgangspunkt freilich früher hatte, in seiner Bedeutung kaum überschätzen. Die Bundesrepublik wurde damit überhaupt erst auf die Stufe der allgemeinen westeuropäischen Entwicklung gehoben, statt ein reaktionärer Krähwinkel zu bleiben. Die gesellschaftlichen, politischen und ideologischen Auseinandersetzungen fanden überhaupt erst eine Bewegungsform, während sie vorher weitgehend unterdrückt oder doch an den Rand gedrängt waren. In dieser Phase begann sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Tendenz umzukehren und fanden die Gewerkschaften die Möglichkeit, vor allem im öffentlichen Dienst, entscheidende Nachholkämpfe erfolgreich zu schlagen. Natürlich hatten sie dabei die Reformregierung gegen sich. Insgesamt stieß die gesellschaftliche und politische Bewegung immer wieder auf die Reformregierung als Gegner, obwohl diese ihre Existenz der Bewegung verdankte und, was allerdings entscheidend ist, der Tatsache, daß auch beträchtliche Teile der Bourgeoisie einen Modernisierungsschub für unerläßlich hielten.

Schon mit der Großen Koalition und den Notstandsgesetzen und immer dann, wenn es um Eindämmung ging, fand die Bewegung in der Sozialdemokratie ihren Gegner und Feind, während diese gleichzeitig die in Bewegung gekommenen Kräfte in beträchtlichem Umfang aufsog. Die Sozialdemokratie spaltete die Bewegung in Reformer und Revolutionäre, eine Spaltung, die sicher von vornherein angelegt war, die aber doch nur durch die Sozialdemokratie in der Regierung in dieser Weise herbeigeführt werden konnte. Für die Bewegung war dies in doppelter Weise ein Schaden. Auf der einen Seite trennten sich die Reformkräfte von den revolutionären Kräften, was nicht gerade zur Entfaltung der Reformkräfte beitrug, auf der anderen Seite bauten die Revolutionäre die Hauptfrontstellung gegen Regierung und Sozialdemokratie auf.

Mit Beginn der Wirtschaftskrise 1974/75 und dem Personalwechsel, d.h. der Regierungsbildung Schmidt-Genscher, wurde die Regierung nach und nach als das kenntlich, was sie von vornherein war, eine Regierung der Mitte, die die Aufgabe hatte, die Kräfte der Bewegung, insbesondere der organisierten Arbeiterbewegung und die Interessen der herrschenden Bourgeoisie zusammenzuklammern, was zunehmend nur noch auf Kosten der Bewegung ging, einschließlich ihres Reformflügels, der zahlenmäßig immer den Ausschlag gegeben hatte, wenn er auch nicht die Anstöße der Bewegung initiiert hatte und deshalb qualitativ von geringerer Bedeutung zu sein schien. Die Krise von 1974/75 stellte sich ziemlich schnell als Einschnitt und Trendwende in der Entwicklung des Kapitalismus heraus. Die Aufschwungsphase trat erst spät ein, war schwach und brach schnell in sich zusammen. Das Akkumulationstempo des Kapitals glich aufgrund der ausbleibenden Erweiterungsinvestitionen bei der Nachfrage nach Arbeitskraft nicht mehr den „Freisetzungseffekt" von rationalisierenden Ersatzinvestitionen aus, so daß sich die laufende Produktion einer industriellen Reservearmee in wachsender Arbeitslosigkeit niederschlug. Entsprechend gingen die Staatseinnahmen zurück, während die staatlichen Investitionsprogramme nicht mehr griffen. Die Akkumulation des Kapitals hatte eine solche Höhe erreicht, daß wegen der sinkenden Profitraten verstärkte staatliche Nachfrage, sei es investiv oder konsumtiv, die Akkumulation nicht wieder in Gang bringen konnte. Von seiten des Kapitals erschienen Maßnahmen zur Senkung der Kosten über Druck auf die Löhne, der Versicherungs- und Staatseinnahmen, immer dringlicher, um der sinkenden Profitrate entgegenzuwirken, von seiten der lohnabhängigen Bevölkerung, die von wachsender Arbeitslosigkeit betroffen war, erschien das um so weniger tragbar. Die ökonomische Basis der Mitte-Regierung wurde untergraben. Ihre Bemühungen, die Alltagsinteressen der lohnabhängigen Bevölkerung und die strategischen Interessen der Kapitalistenklasse unter einen Hut zu bringen, wurden immer aussichtsloser. Das hatte Strauß gespannt, als er sich 1980 brachial um die Kanzlerkandidatur bewarb in der Annahme, die SPD-FDP-Koalition direkt in Wahlen ablösen zu können. Er hatte aber den anhaltenden Modernisierungs- und Demokratisierungsschub in der lohnabhängigen Bevölkerung unterschätzt, der dazu führte, daß große Massen auf jeden Fall einen Rückschlag á la Strauß verhindern wollten. Die Wahlen bestätigten nochmal die SPD-FDP-Koalition und brachten eine Figur wie Kohl in der CDU als Repräsentant der Mitte erneut in führende Position. Das Wahlergebnis änderte aber nichts daran, daß die ökonomische Basis der SDP-FDP-Regierung bereits unterhöhlt war und Figuren wie Kohl schon keine Basis mehr hatten. Der Bruch der Koalition in Bonn und das Gezerre um das konstruktive Mißtrauensvotum für Kohl brachten dies bloß vollends zu Tage.

Auf seiten der Bewegung hat sich jedoch ebenfalls etliches getan. Je mehr sich die Krise entwickelte und je gewaltsamer Schmidt seine Wählerbasis (und nicht nur Wählerbasis) auf den Regierungskurs trimmen wollte, der immer mehr den Interessen der Bourgeoisie nachzugeben hatte, desto mehr geriet er in Widerspruch zu der Reformbewegung, die nach wie vor seine Basis ausmachte. Notwendig war diese Basis gezwungen, sich vom Regierungskurs abzusetzen. Innerhalb der SPD stehen dafür Namen wie Eppler und Lafontaine. Etliche Kräfte der Reformbewegung begannen sich ausdrücklich von der SPD zu trennen. Von dieser Seite her beginnen sich also die Bedingungen zu verbessern, die politischen Spaltungen von Anfang der 70er Jahre zu überwinden. Von der anderen Seite her haben die revolutionären Kräfte erfahren, daß ihre bisherigen Durchbruchsversuche keine Grundlage in den Tatsachen fanden. Gleichzeitig konzentriert sich die Bewegung in ihren aktuellen Kampfzielen statt auf Regierungs- und Staatsform auf Fragen der Ökologie, des Friedens und der Überwindung von Arbeitslosigkeit, die weder von vornherein die Umwälzung der Produktionsverhältnisse noch der Staatsordnung aufzuwerfen, sondern bloß eine andere Politik zu verlangen scheinen. Von daher nimmt die Bewegung selber insgesamt wieder eher den Charakter einer Reformbewegung an. Die neu in die Bewegung gezogenen Kräfte aus der Jugend scheinen sowieso nicht unter Gesichtspunkten wie Reform und Revolution ihre Überlegungen anzustellen, sondern sind dafür, daß sich an bestimmten Punkten halt wirklich was ändert. Aus all diesen Gründen kann gegenwärtig einerseits die Spaltung in der Bewegung aus den 60er und frühen 70er Jahren wenigstens vorübergehend überwunden werden, wie sich diese Kräfte insgesamt mit großen Teilen der Jugend verbinden können. Katalysator dieser doppelten Entwicklung sind heute die Grünen, die sich auf so komplizierte und heute vielleicht auch theoretische Fragen wie Reform und Revolution sowieso nicht eingelassen haben und statt dessen durch andere Fragen ersetzt haben.

Seit Mitte der 70er Jahre sind Bedingungen herangereift, an denen die SPD-FDP-Koalition als Mitte-Regierung zerbrach und zerbrechen mußte. Durch den Übergang der Entwicklung des Kapitalismus aus einer Phase des langanhaltenden Aufschwungs in eine



1958: Im Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr macht die SPD zwar mit, einen konsequenten Kampf gegen die Wiederbewaffnung aber hat sie nie geführt. – Bild: Mai-Kundgebung in Bremen.



1968: Die große Koalition besorgt die Notstandsgesetzgebung. Die SPD ist nun schon regierungsfähig geworden. Die Auseinandersetzungen gegen die Notstandsgesetze sind auch Ausgangspunkt der Bildung einer neuen Linken in der BRD. In weiten Teilen hält sich diese aber noch an die SPD.

Phase der langanhaltenden Depression ist ihr als Regierung der Mitte, die die strategischen Interessen des Kapitals und die Alltagsinteressen der lohnabhängigen Bevölkerung unter einen Hut bringen wollte, der Boden unter den Regierungssesseln weggezogen worden. Nichts spricht dafür, daß die jetzige Phase der Depression rasch überwunden werden könnte. Die SPD-FDP-Regierung selber hat seit Mitte der 70er Jahre auf diese Entwicklung mit einem deutlichen Rechtsschwenk geantwortet. International hat die sozialliberale Koalition ebenfalls laufend an Spielraum verloren. Ihr Kurs der entschiedenen Westintegration und Anlehnung an die USA bei gleichzeitiger Öffnung gegenüber der Sowjetunion geriet in wachsende Schwierigkeiten, als der Widerspruch zwischen den beiden Supermächten sich zunehmend zum offenen Antagonismus entwickelte und die Bundesregierung nicht die Kraft fand, einen unabhängigen Kurs zwischen den und gegen die beiden Supermächte einzuschlagen. Der Versuch, eine Handels- und Kapitalexportoffensive in der Dritten Welt mit einer Politik der politischen Verständigung gegenüber der Dritten Welt
ständigung gegenüber der Dritten Welt
zu verbinden, gerät aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der Verschlechterung der Lage der Dritten Welt ebenfalls in die Krise.

Daß die sozialliberale Koalition platzte, ist also kein Zufall, und der „Verrat" in Bonn ist nicht auf Genschers und Lambsdorffs persönliche Bosheit zurückzuführen, sondern geht auf die Bemühungen der Bourgeoisie zurück, in einer geänderten Lage wieder zu einem handlungsfähigen geschäftsführenden Ausschuß zu kommen. Wie die Dinge liegen, kann von seiten der Bourgeoisie diese Handlungsfähigkeit nur mit einem entschiedenen Rechtskurs zurückgewonnen werden. In diesem Sinne ist die jetzige Regierung Kohl für die Bourgeoisie wie für Strauß wohl nur eine Übergangsregierung, denn ihr Kanzler ist durch die Phase der Mehrheitsbildung in der Mitte und der Mitte-Regierung geprägt und lediglich Schmidts Spiegelbild in der CDU. Was das Kapital jetzt anstrebt, ist jedoch nicht eine etwas veränderte Mitte-Regierung, sondern eine Regierung, die wirtschaftlich, innen- und außenpolitisch einen entschiedenen Rechtskurs steuert und die ein großes Maß an Geschick und Demagogie entwickeln muß, um die entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten zu sichern.

Die Basis der sozialliberalen Koalition ist zwar enttäuscht, aber keineswegs zerrieben und nach rechts abgewandert. Unter bestimmten Bedingungen ist die Sozialdemokratie auch heute noch in der Lage, diese Basis zu mobilisieren, wie die hessischen Landtagswahlen zeigten. Gleichzeitig hat sich die Bewegung unabhängig von der Sozialdemokratie neukonstituiert und links von der SPD eine eigene parlamentarische Repräsentanz entwickelt, die es der Sozialdemokratie von dieser Seite schwer macht, ihren bisherigen Kurs fortzusetzen. Aus all diesen Gründen ist überhaupt nicht ausgemacht, daß die Bourgeoisie innerhalb der parlamentarischen Formen den bereits in die Wege geleiteten Rechtsruck reibungslos durchführen kann. So oder so sind die Zeiten einer stabilen Mitte-Regierung vorbei. Ob sich die Kräfteverhältnisse nach rechts oder nach links verschieben, ist aber noch umkämpft. Unter diesen Umständen hängt viel davon ab, ob es der Bourgeoisie gelingt, den jetzt eingeschlagenen Regierungskurs zu stabilisieren und in den nächsten Bundestagswahlen parlamentarisch abzusichern. Sollte dies gelingen, dann hat er Aussicht auf Erfolg, weil die Regierungsmaßnahmen ihre spalterische Wirkung voll entfalten werden können. Das wäre dann wahrscheinlich auch das Ende der sich jetzt neubildenden Reformbewegung. Die Reformkräfte einschließlich der Sozialdemokratie würden politisch an den Rand gedrängt. Die radikalen Kräfte würden wahrscheinlich politisch zunächst noch weiter isoliert, könnten aber auf die Dauer wieder zu einem direkten Kristallisationspunkt großer Teile der Bewegung werden. Die grüne Sammlungsbewegung könnte sich als Zwischenspiel herausstellen. Diesen schmerzhaften und viel unsichereren
schmerzhaften und viel unsichereren
Weg kann niemand aus der Linken wünschen. Es sollte also das unmittelbare Ziel bleiben, den jetzt eingeschlagenen Rechtskurs der Regierung im ersten Anlauf zu brechen. Das aber wird nur gelingen, wenn in den Bundestagswahlen links von der jetzigen Regierung eine Mehrheit zustandekommt und sich als handlungs- und regierungsfähig erweist. Die Perspektive einer Linksregierung ist also kein Fernziel, sondern aufgrund der objektiven und subjektiven Bedingungen unmittelbares Nahziel, wobei zu klären bleibt, was eine solche Linksregierung leisten müßte und könnte.

Die Besonderheit der gegenwärtigen Krise besteht darin, daß es sich keineswegs um eine schlichte, wenn auch vielleicht besonders tiefe kapitalistische Wirtschaftskrise handelt. Ein Teil der krisenhaften Erscheinungen entspringt gerade aus der Dynamik der kapitalistischen Verhältnisse, so die Umweltzerstörung, die Arbeitslosigkeit und die wachsenden internationalen Widersprüche. Diese Krisenelemente werden verstärkt durch Krisenerscheinungen, die daraus entspringen, daß die Dynamik des Kapitalismus seit Mitte der 70er Jahre in eine Phase der langandauernden Depression umgeschlagen ist, in der sich die Krisenerscheinungen kumulieren, strukturelle und konjunkturelle Arbeitslosigkeit sich überlagern und Umweltschutzmaßnahmen auf seiten des Kapitals nur noch als politisch bedingte, die Kosten steigernde Investitionshemmnisse erscheinen, während die ökonomische Konkurrenz auf dem Weltmarkt in Bemühungen umschlägt, politisch beherrschte Wirtschaftsräume wiederherzustellen. Da sich Dynamik der kapitalistischen Entwicklung und ihr Übergang in Depression als Krisenursache miteinander vermengen, kann die gegenwärtige Krise auch nicht durch den Versuch überwunden werden, die Dynamik des Kapitalismus schlicht wiederherzustellen und sich entfalten zu lassen. Eine Linksregierung, die sich bloß als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus verstünde, hätte objektiv keine Chance. Die Dynamik des Kapitalismus ist kaum wieder zurückzugewinnen, und die Krise würde sie keineswegs beseitigen.

Wie ist die Rolle und die Zukunft der Sozialdemokratie einzuschätzen?

Da die Sozialdemokratie während des letzten Jahrzehnts führend an einer Regierung der Mitte beteiligt war, der obendrein die Große Koalition den Weg bereitet hatte, neigen etliche auf der Linken dazu, die Sozialdemokratie mehr oder weniger mit der CDU/CSU gleichzusetzen, die ihrerseits in den 70er Jahren zur Mitte tendierte, während die SPD in den letzten Jahren an der Regierung dann auch selber nach rechts ging. Andererseits neigen viele dazu, den Verschleiß der Sozialdemokratie in der Regierung mit dem Verschleiß der Sozialdemokratie überhaupt gleichzusetzen. So oder so wird



1969: Die SPD zieht mit dem Slogan „Politik der Reformen" in den Wahlkampf. Sie glaubt den krisenfreien Aufschwung des Kapitalismus verwirklichen zu können. Schon ein paar Jahre später schlagen die Krisen durch und die großen Sprüche verblassen vor der Wirklichkeit.

dann mit der Sozialdemokratie für die Zukunft kaum noch gerechnet. Dabei wird übersehen, daß viele Änderungen, die in und mit der Sozialdemokratie vorgingen, auf Veränderungen in der lohnabhängigen Bevölkerung selber zurückgehen und die Sozialdemokratie diese Veränderungen nur widerspiegelte, etwa das wachsende Gewicht der im kapitalistischen Sinn nicht produktiven lohnabhängigen Bevölkerung innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung und in der Gewerkschaftsbewegung, wobei im übrigen nicht übersehen werden darf, daß immer noch die Industriearbeiter insbesondere der Metallindustrie den Kern der Gewerkschaftsbewegung ausmachen und einen wesentlichen Teil der sozialdemokratischen (Wähler-)basis bilden. Daß die Sozialdemokratie in ihren Reihen ein Bündnis herzustellen versuchte zwischen den Industriearbeitern und der neuen lohnabhängigen Mittelklasse, war unvermeidlich und historisch fortschrittlich, kritisieren kann und muß man, wie sie dieses Bündnis herstellte. Es ist innerhalb der Sozialdemokratie keineswegs gesichert, wie z.B. die „Löwenthalthesen" an den Tag brachten.

Jedenfalls umfaßt die Sozialdemokratie auch heute noch beträchtliche Teile der Industriearbeiter und der lohnabhängigen Mittelklasse, wobei jeweils der rechte Flügel, Gewerkschaftsrechte und Regierungssozialdemokratie, die Führung innehaben und die Vorherrschaft ausüben, während die Gewerkschaftslinke und die fortschrittlichen Repräsentanten der lohnabhängigen Mittelklasse weitgehend getrennt agieren. So wird die Sozialdemokratie als Bündnisorganisation gegenwärtig insgesamt durch ihren rechten Flügel zusammengehalten, über Regierung und Bürokratie der Industriegewerkschaften. Gerade dadurch wird jedoch das die Sozialdemokratie charakterisierende Bündnis zwischen Industriearbeitern und lohnabhängiger Mittelklasse potentiell gefährdet, übrigens auch in den Gewerkschaften. In dem Maße, wie die sozialdemokratische Führung ihre Position in der staatlichen Administration verliert und wie die Gewerkschaften wohl oder übel eine selbständige Politik entwickeln müssen, wenn sie nicht zum Anhängsel einer nicht länger sozialdemokratisch beherrschten Administration werden wollen, kann sich diese Lage aber verändern.

Von beiden Seiten her wird die Vorherrschaft des bürokratischen Flügels und seine führende Position tendenziell untergraben, ohne daß deshalb die Umwandlung der Sozialdemokratie in eine sozialistische oder gar revolutionäre Partei anstünde. Jedenfalls ist die Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit den anderen Parteien und die Annahme, die Sozialdemokratie sei in ihrem jetzigen Kurs ein für allemal festgefahren, kurzsichtig, weil übersehen wird, daß die objektiven Bedingungen sich ändern, unter denen dieser Anschein entstehen konnte. Subjektiv ändert sich die Lage dadurch, daß zum ersten Mal seit dem KPD-Verbot links von der Sozialdemokratie sich relevante Kräfte sammeln, die im Gegensatz zur KPD beträchtliche Einbrüche in die Basis der SPD erzielen könnten. Die Entwicklung der Sozialdemokratie wird nicht unwesentlich davon abhängen, welchen Einfluß diese Kräfte dabei werden nehmen können, wobei die Bedingungen insofern günstig sind, als sie sich inzwischen unabhängig von der Sozialdemokratie konstituiert haben, zu parlamentarischer Repräsentation gefunden haben, sich aber in Politik und Ideologie keineswegs grundsätzlich von der linken Wählerbasis der Sozialdemokratie unterscheiden. Damit sind freilich auch die vorläufigen Grenzen einer Umwandlung der Sozialdemokratie und einer neuen Koalition abgesteckt. Daß die Sozialdemokratie mit dem Ende der sozialliberalen Regierung selber nicht am Ende ist, haben die hessischen Landtagswahlen eindrucksvoll erwiesen, wo es der SPD gerade aufgrund des Bruchs der Koalition mit der FDP gelang, ihre nach wie vor vorhandene Basis, die durch die Regierungspolitik lediglich entmutigt war, weitgehend zu mobilisieren. Daß Börner und Schmidt dieses Wahlergebnis in ihrem Sinn umzuschwindeln versuchen, braucht einen nicht weiter zu wundern.

Was ist die beste Formation, um in die Wahlen und die parlamentarische Mehrheitsbildung einzugreifen?

Mit den zu erwartenden vorgezogenen Bundestagswahlen erneuert und verschärft sich die Auseinandersetzung um die Frage der Listenbildung für diese Wahlen. Auf der einen Seite hat der Bundesvorstand der Grünen den Landesverbänden empfohlen, für die Bundestagswahlen offene grüne Listen zu bilden, also im Prinzip vorzugehen wie die Grünen-Hessen bei den Landtagswahlen. Auf der anderen Seite gibt es unterschiedliche Vorstellungen, um entweder zu einem Wahlbündnis zwischen Grünen, Alternativen und demokratischen Sozialisten zu kommen oder neben den Grünen eine linke Liste zu bilden, die sich vor den Wahlen oder erst im Parlament mit den Grünen zusammentun soll. Erstere Konzepte laufen teilweise unter der Bezeichnung alternativer Linksblock, letztere unter der Bezeichnung einer Initiative für eine bundesweite Wahlpartei, die auf den Versuch einer Spaltung oder wenigstens Dominierung der Grünen hinausläuft. Dazwischen gibt es noch diese oder jene Variante beabsichtigter Listenbildung. Merkwürdig unterbelichtet sind demgegenüber die programmatischen und strategischen Fragen eines Eingriffs der Linken in den Bundestagswahlkampf.

Aufgrund des Föderalismus in der Verfassung der BRD stellt sich die Frage der Listenbildung nicht so dramatisch, wie es aussieht, wenn man von der Notwendigkeit einer bundesweiten Listenbildung ausgeht. In Wirklichkeit müssen ja Landeslisten gebildet werden, die sich weder bundesweit vorab auf den gleichen Namen noch unbedingt auf die gleiche Programmatik vereinheitlichen müssen, oder eine einheitliche Kräftekonstellation bedingen. Es ist ohne weiteres möglich, daß zum Beispiel in Hamburg die GAL kandidiert und in Hessen der Landesverband der Grünen mit einer offenen Liste, während die AL in Berlin ihre Vertreter in den Bundestag entsendet. Im Bundestag könnten dann die gewählten Vertreter dieser Landeslisten zu einer Fraktion zusammentreten, formell analog zur Fraktionsbildung der CDU/CSU im Bundestag. Bei der Listenbildung können also die unterschiedlichen historischen und politischen Bedingungen berücksichtigt werden, um mit unterschiedlichen Formationen anzutreten. Dies vorab. Für ganz sinnlos und eher schädlich halte ich Bemühungen, bundesweite Verhandlungen zwischen verschiedenen politischen Gruppierungen aufzunehmen, um zu einer bundeseinheitlichen Listenbildung zu kommen, die dann in den einzelnen Bundesländern umgesetzt werden soll. Erstens kann dabei nichts Vernünftiges herauskommen außer abgehobenen Streitereien, und zweitens stünden solche Bemühungen in Widerspruch zu der bereits vor unseren Augen stattfindenden Frontbildung in parlamentarischen Wahlen und in den Parlamenten. Objektiv sind im großen und ganzen die Grünen in die Rolle einer Frontorganisation für parlamentarische Wahlen und parlamentarische Auseinandersetzungen hineingewachsen und das nicht zufällig.

Durch ihren Ansatz ist es gelungen, auf diesem Feld sowohl die Spaltung innerhalb der „68er"-Bewegung aus den frühen 70er Jahren bis zu einem gewissen Grad zu überwinden oder wenigstens zu relativieren als auch eine Brücke zwischen der 68er Bewegung und den neu in Bewegung geratenen Kräften aus der Jugend zu schlagen. Außerdem sind die Grünen zu den parlamentarischen Repräsentanten des aktiven Teils der Ökologiebewegung und eines großen Teils der Friedensbewegung bereits geworden. Gegenüber sozialen Fragen und Problemen der Gewerkschaftsbewegung erweisen sie sich zunehmend aufgeschlossen. Die Grünen sind politisch selber eine relativ breite Bündnisorganisation, und es erscheint möglich, daß durch die Grünen sich alle Kräfte der Bewegung einschließlich eines wachsenden Teils der Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Situation parlamentarisch repräsentiert fühlen und auf die Politik von grünen Parlamentsfraktionen Einfluß nehmen können. Um mehr geht es

bei der Frage der Listenbildung für die Bundestagswahlen auch nicht. Im allgemeinen halte ich es für verlorene Mühe gegenüber der tatsächlichen existierenden parlamentarischen Front- und Bündnisorganisation, obwohl sich diese bisher als hinreichend breit und entwicklungsfähig erwiesen hat, irgendwelche mehr oder weniger künstliche Bündnisse aus dem Boden stampfen und damit formell weitgehend überholte Auseinandersetzungen in die Vorbereitung des Wahlkampfes hineintragen zu wollen. Insofern hat der Bundesvorstand der Grünen mit dem Vorschlag an die Landesverbände, offene grüne Listen zu bilden, durchaus das richtige Gespür, egal welche Motive dieser Empfehlung im einzelnen zugrunde liegen mögen.

Demgegenüber erscheint es mir mehr als absurd, wenn die eine oder andere Organisation aus der Tradition der 68er Bewegung, z.B. die GIM, nun irgendwelche Initiativen zu ergreifen versucht, um zu andersgearteten Listenbildungen zu kommen, in denen die einzelnen Gruppierungen „ihrer Stärke nach" berücksichtigt werden sollen. Aus der Misere solcher Bemühungen haben gerade die Herausbildung der Grünen und ihre Entwicklung vorläufig herausgeführt. Man kann jetzt nicht darauf setzen, via Bündnisverhandlungen dieser oder jener Organisation quantitativ entsprechend in irgendwelche Listenbildungen einzusteigen und damit die wirkliche Frontbildung für parlamentarische Wahlen und parlamentarische Auseinandersetzungen erheblich zurückzuzerren. Das wirkliche Problem sind überhaupt nicht formelle Fragen der Listenbildung, sondern politische und strategische Fragen, die eine gründliche publizistische und öffentliche Debatte notwendig machen, aber keine Verhandlungen zwischen diesen oder jenen Organisationen über Listenbildung. Völlig verfehlt und hoffentlich auch gescheitert ist der Versuch der „Initiative Demokratischer Sozialisten", sich durch möglichst rasche Parteigründung als dritten Pfeiler in ein anzustrebendes Bündnis zwischen Grünen, Alternativen und demokratischen Sozialisten ins parlamentarische Geschäft bringen zu wollen. Als parlamentarische Frontorganisation sind innerhalb der Grünen diese drei alles andere als klar umrissenen Strömungen sowieso vertreten. Was die Wahlen selber und die Wähler betrifft, so kann diese Frontbildung durch derlei Bemühungen, zu wie immer gearteten Parteibündnissen zu kommen, bloß gestört werden. Natürlich stecken hinter diesen Bemühungen wirkliche Probleme, die aber auf dem von der IDS und anderen Kräften eingeschlagenen Weg nicht gelöst werden können. Einerseits sind die Listen und Fraktionen der Grünen häufig personell schwach zusammengesetzt und spiegeln auch in ihrer politischen Zusammensetzung nicht die Kräfte wider, die sie in den Wahlen tragen. Gleichzeitig ist die Politik der Grünen für die bevorstehenden Auseinandersetzungen in den Parlamenten viel zu unbestimmt und vielleicht falsch bestimmt. Um aber hier zu Verbesserungen zu kommen, sind irgendwelche Verhandlungen über formelle Listenbildung ganz ungeeignet und kommt es darauf an, mehr öffentliche Auseinandersetzung, um die Zusammensetzung der offenen grünen Listen und ihre politischen Absichten zu suchen.

Zusammenfassend: Im allgemeinen ist die offene Listenbildung der Grünen der beste Weg, um eine möglichst breite Frontbildung in den Wahlen und in den Parlamenten zu ermöglichen. Wo die Dinge aus historischen Gründen anders liegen wie z.B. in Hamburg, gibt der Föderalismus die Möglichkeit, zu einer diesen Bedingungen entsprechenden Listenbildung zu kommen, ohne daß dadurch gemeinsames Agieren im Bundestag ausgeschlossen würde. Auf diese Frage allzuviel Eifer zu verschwenden kann eigentlich nur solchen Kräften einfallen, die nicht aufgrund ihrer Entwicklung, sondern der davon weitgehend unabhängigen parlamentarischen Frontbildung nun die Möglichkeit grünen sehen, unmittelbar im Parlament vertreten zu sein. Solche Motive spielen natürlich auch beim direkten Aufsprung bei den Grünen eine beträchtliche Rolle. Aber was solls und wen wunderts?

Für die personell unausgegorene Situation, die daraus entsteht, daß es sich bei den Grünen um einen organisatorischen Neuansatz der Frontbildung der Linken handelt, mag sich im übrigen das Rotationsprinzip der Abgeordneten als ganz passend herausstellen.



1972: Demonstration für die Reformierung des §218. Der Versuch, die Fristenregelung durchzubringen, scheitert. Eine breite Volksbewegung gegen den §218 entwickelt sind, die Frauenbewegung nimmt einen großen Aufschwung. Die sozialliberale Koalition aber ist in Sachen §218 am Ende.

Welche Absichten soll man mit der parlamentarischen Frontbildung verbinden?

Die Absichten der Beteiligung an parlamentarischen Wahlen und der parlamentarischen Frontbildung werden gegenwärtig vor allem unter den Stichworten „Fundamentalopposition" und eventueller Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung diskutiert. Mit der Beteiligung an parlamentarischen Wahlen und der parlamentarischen Frontbildung als Nahziel einer linken Koalitionsregierung anzustreben, wird von fast allen Teilnehmern an der öffentlichen Diskussion weit von sich gewiesen, obwohl es sicher ist, daß ein beträchtlicher Teil der Wähler der Grünen gerade diese Absicht mit ihrer Stimmabgabe verfolgen und auch der größte Teil der Wähler der Sozialdemokratie eine solche Konstellation in Parlament und Regierung allen anderen Möglichkeiten vorziehen würde. Ich persönlich halte das Ziel einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung für den zweiten Preis als Ergebnis einer vorgezogenen Bundestagswahl unter den gegenwärtigen Bedingungen und die angestrebte „Fundamentalopposition" bloß für eine euphemistische Umschreibung dessen, was im ungünstigsten Fall bei Ausgang dieser Wahlen allein übrig bleiben wird, wenn die CDU/CSU entweder die absolute Mehrheit erringt oder mit einer recht erholten FDP zusammen den jetzt vollends eingeschlagenen rechten Regierungskurs fürs nächste Jahrzehnt etablieren kann. Auch eine große Koalition, um den Rechtsruck des Regierungskurses über die Bühne zu bringen, ist schließlich nicht wünschbar.

Mit welchen ausgesprochenen Absichten die parlamentarische Frontbildung für die Bundestagswahlen angestrebt wird, hat auf den Ausgang der Wahlen meiner Vermutung nach aber einen erheblichen Einfluß: erstens darauf, ob die durch den bisherigen Regierungskurs entmutigten und in Passivität verfallenen sozialdemokratischen, teils auch sozialliberalen Wähler erneut mobilisiert werden können oder nicht, zweitens darauf, ob auf die Entwicklung der Kräfteverhältnisse innerhalb der Sozialdemokratie größtmöglicher Einfluß genommen werden kann oder nicht, und drittens darauf, ob eine Wahlformation links von der Sozialdemokratie alle denkbaren Kräfte mobilisieren kann oder nicht. Diese Ansicht hängt natürlich damit zusammen, daß meiner Einschätzung nach eine Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung die jetzt vollzogene rechte Regierungsbildung ganz richtig für einen tiefen Einschnitt in der Nachkriegsentwicklung hält, deren dauerhafte Etablierung nach Möglichkeit verhindern will und dafür als nächstes Mittel eine andere, linke und regierungsfähige Mehrheitsbildung im Parlament anstrebt, weil andere erfolgreiche Mittel und Wege nicht absehbar sind. Unter diesen Bedingungen müßte eine linke parlamentarische Frontbildung ausdrücklich eine Linksregierung anstreben und wenigstens in Umrissen aufzeigen, wie diese ermöglicht werden kann und was sie zu tun hätte. Alles andere wird die unmittelbaren Bestrebungen der potentiellen Mehrheit nicht aufnehmen und sie deshalb auch nicht wirklich zustande bringen können.

Die Konzeption der „Fundamentalopposition" speist sich aus verschiedenen Elementen und mehr oder weniger rationalen Überlegungen. Sie speist sich zunächst aus einem grundsätzlichen Antiparlamentarismus derart, daß im Parlament unter keinen Umständen irgendwelche wichtigen Forderungen verwirklicht werden könnten. Diese Sorte Antiparlamentarismus verwechselt die Ablehnung des Parlaments in seiner bürgerlichen Form als Organ einer zukünftigen selbstverwalteten Gesellschaft, die sich nur mittels Räten wird verwirklichen können, mit der Frage, ob das Parlament unter Umständen genutzt werden kann, um bestimmten Forderungen politisch zum Durchbruch zu verhelfen und gesetzlich zu verankern. Dies ist aber möglich, sonst hätte das Parlament auch für die Bourgeoisie keinen Sinn. Außerdem lehrt die Erfahrung, daß jetzt im außerparlamentarischen Kampf etwa Bestimmungen der Sozialgesetzgebung verteidigt werden müssen, die früher im Parlament beschlossen worden sind und dort jetzt wieder aufgehoben werden.

Ein weiterer Fehlschluß besteht darin, aus der Tatsache, daß die Forderungen der Bewegung, auf die sich parlamentarische Politik stützt, letzten Endes nur durch grundlegende gesellschaftliche und politische Umwälzungen verwirklicht werden können und insofern in fundamentalem Gegensatz zu Kapitalismus und Parlamentarismus stehen, zu schließen, Mehrheits- und Regierungsbildung könnten nicht genutzt werden, um an die Verwirklichung dieser Forderungen heranzukommen, indem die gegnerische Seite im Widerspruch, Kapital und Bourgeoisie, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, während die eigene Seite im Widerspruch, die lohnabhängige Bevölkerung, im Kampf für ihre Interessen gefördert wird. Bekräftigt werden diese prinzipiellen Fehlüberlegungen, wenn die Parlamentsparteien als „Wachstumsparteien" einfach über einen Leisten geschlagen und als eine reaktionäre Masse behandelt werden.

Letzten Endes ist die „Fundamentalopposition" nur ein schönes Wort dafür, daß wir allesamt noch kaum absehen können, über welche Schritte und Formen Mehrheiten gebildet werden können in Richtung auf die umwälzenden Ziele, bevor diese selbst schon von Mehrheiten getragen werden. Diesen Zustand, wie die Befürchtung, über die Ohren gehauen zu werden, braucht man aber nicht zu beschönigen. Außerdem ist es ein Trugschluß, daß der

---

Aufruf der „Revier"-Gruppe zur Bildung einer Wahlpartei von Grünen, Alternativen und Sozialisten

Seit dem Gießener Kongreß läuft in der Initiative Demokratische Sozialisten (IDS) – mehr schlecht als recht – eine Debatte um das „Wie, wo und wann" einer Wahlbeteiligung. Während es sich auf den ersten Blick um eine rein taktische Fragestellung, wann man den Aufschlag zweckmäßigerweise plaziert, handelt, prallten stattdessen – ähnlich wie bei der Terminierung der Parteigründung – die unterschiedlichen strategischen Orientierungen und Politikkonzeptionen unvermittelt und teilweise unausgesprochen aufeinander.

Mit unserem Vorschlag verfolgen wir für die IDS zwei Interessen:

1. Innerhalb der Demokratischen Sozialisten durch einen praktischen Konsens, der die Interessen verschiedener Strömungen berücksichtigt, die Kontroverse zu entkrampfen und so den Raum für eine argumentative Lösung zu schaffen.

2. Die IDS in der Wahlfrage nach außen handlungsfähig zu machen (...)

Drei weiteren Problembereichen wären bei einem konsensfähigen Vorschlag jedoch noch Rechnung zu tragen:

– Ist die politisch-organisatorische Eigenständigkeit der Partei DS gesichert?

– Ist eine ideologisch-organisatorische Dominanz der Grünen ausgeschlossen?

– In welcher Form wird die DKP beteiligt?

Deswegen schlagen wir, die Redaktion „Revier" zur Diskussion innerhalb der IDS vor:

1. Die IDS ergreift die Initiative zur Gründung einer bundesweiten Wahlpartei aus Grünen, Alternativen und Sozialisten. Diese Wahlpartei wird direkt nach der Bundestagswahl, ähnlich wie die ADF 1969, wieder aufgelöst.

Begründung:
Die organisatorische Existenz und die politische Eigenständigkeit der Partei DS ist gesichert, ebenso wie eine Wahlbeteiligung ermöglicht wird.

2. Dem Namen dieser Partei muß entweder zu entnehmen sein, daß es sich um ein Bündnis von Grünen, Alternativen und Sozialisten handelt, oder er ist so zu wählen, daß sich alle Kräfte auf einen anderen übergeordneten Begriff einigen (Linksblock etc.)

Begründung:
So ist gesichert, daß bei einer Wahlbeteiligung die Partei DS nicht als ein Anhängsel der Grünen in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zudem trägt eine solche Namensfindung den wirklichen Kräfteverhältnissen in der Linken Rechnung. Ohne das kontinuierliche Engagement von unabhängigen Sozialisten wurden die meisten alternativen Listen nur über einen Bruchteil ihres Einflusses verfügen.

3. Die Beteiligung von Kommunisten wird sichergestellt, die Berücksichtigung der DKP als politischer Organisation offengelassen.

Begründung:
Damit ist ebenfalls der Gießener Beschlußfassung Rechnung getragen, die auch das Verhältnis zur DKP offenläßt. Politisch signalisiert die DS zweierlei: Daß sie den bürgerlichen Antikommunismus nicht in seiner linken Variante – wie Teile der Grünen – pflegt und daß sie sich der besonderen Problematik eines Bündnisses mit der DKP bewußt ist.

Da bei der Bildung einer solchen Wahlpartei mit massivem Widerstand von Teilen der Grünen zu rechnen ist, sollte die IDS möglichst schnell die Bildung einer breiten „Initiative für ein bundesweites Wahlbündnis" anregen.

Angesprochen werden sollte für eine solche Initiative:
– die alternativen, bunten und grün-alternativen Listen im Bundesgebiet;
– die versprengten, auf verschiedene Gruppen verstreuten Sozialisten (GIM, SB etc.);
– Einzelpersönlichkeiten aus der DKP;
– Einzelpersönlichkeiten aus der autonomen Frauenbewegung, dissidenten Kirchenkreisen, linksunabhängige Gewerkschafter und Wissenschaftler etc.;
– Einzelpersönlichkeiten der Grünen, die sich schon öffentlich für ein solches Bündnis ausgesprochen haben, wie der Abgeordnete Hasenclever;
– die Landesverbände Hamburg und NRW der Grünen.

Beide dürften aus teilweise unterschiedlichen Motiven ein Interesse an einem solchen Wahlbündnis haben. Die Hamburger haben sich schon im Frühjahr aus prinzipiellen Erwägungen für ein Wahlbündnis ausgesprochen; prominente Vertreter, wie Thomas Ebermann, haben diese Position auch in der Zwischenzeit mehrfach betont. Bei den NRW-Grünen ist ein solches Projekt aus zwei Gründen – möglicherweise – mehrheitsfähig. Einerseits sprechen sich auch hier eine Reihe profilierter Partei-Mitglieder wie Eckhard Stratmann und Klaus Timpe für eine möglichst enge Kooperation mit der IDS aus, andererseits stehen die NRW-Grünen unter dem schlichten Zwang der Tatsachen: In den Industrieregionen NRWs benötigen sie für die Kommunalwahlen 1984, die Landtagswahl 1985 eher die Unterstützung der Sozialisten als umgekehrt. Und auch sie wissen, Kooperation war in der Politik noch nie eine Einbahnstraße.

Gelingt es, diese beiden Landesverbände für ein solches Bündnis zu gewinnen, so ist, unter Berücksichtigung der Rückwirkungen auf Niedersachsen und Schleswig-Holstein, ein Alleingang der Grünen fast ausgeschlossen.

Jedoch auch die organisierte Unterstützung „nur" des kleinen Hamburger Landesverbandes darf vom moralisch-politischen Gewicht her nicht unterschätzt werden.

Diese „Initiative für eine bundesweite Wahlpartei" hätte im wesentlichen zwei Aufgaben zu lösen:
– den Monopolanspruch der Grünen auf die parlamentarische Vertretung der Systemoppositionellen wirksam zu widerlegen;
– die inhaltlichen und organisatorischen Bedingungen zur Konstituierung einer solchen Wahlpartei zu schaffen.

Der Monopolanspruch der Grünen, der auf kommunaler Ebene schon wirksam zurückgewiesen wurde, kann u.a. durch zwei Mittel widerlegt werden.

1. Eine Serie kommunaler Veranstaltungen zum Thema „bundesweites Wahlbündnis", die in der Bildung lokaler Listen ihren Abschluß finden können.

2. Einer bundesweiten Unterschriftensammlung in der systemoppositionellen Bewegung, um dem Willen der Basis einen Ausdruck zu verleihen.

Die inhaltlich-organisatorischen Bedingungen können durch die Benennung von plural zusammengesetzten Kommissionen zu den einzelnen Programmbereichen, zu den organisatorischen Modalitäten geschaffen werden. Die Vorlagen sollen so rechtzeitig erstellt werden, daß Korrekturen „von unten" noch möglich sind (...)

So könnte neben der Arbeit in der IDS an einem weiteren Punkt der viel beklagte Binnenbezug der DSler gebrochen werden, die DS als politischer Faktor in der Linken sichtbar werden.

Kampf für der gegenwärtigen Gesellschafts- und Staatsform antagonistisch entgegengesetzte Ziele geschwächt werden müßte, wenn mit Hilfe von Mehrheits- und Regierungsbildung im Parlament bestimmte Teilerfolge eröffnet und gesichert werden können. Damit Hand in Hand geht eine fehlerhafte Gleichsetzung von parlamentarischer Politik und Parlamentsfraktion mit dem Schicksal der kämpfenden Bewegung. Wenn irgendwelche Parlamentsfraktionen zum Beispiel in der Form Kompromisse schließen, daß bestimmte Forderungen vorläufig zurückgestellt werden, braucht dies noch lange nicht den Kampf für diese Forderungen zu schwächen, vorausgesetzt, es werden nicht gleichzeitig grundsätzliche Hindernisse errichtet oder tiefgreifende Spaltung der Bewegung herbeigeführt. In bestimmter Hinsicht ist mehr als das „kleinere Übel“ nicht drin, solange Parlamente und Regierungen entscheiden.

Die sogenannte Tolerierungspolitik ist nur ein Kompromiß zwischen „Fundamentalopposition“, die sich auf nichts einläßt, und den Bemühungen um eine parlamentarische Bündniskonstellation in Form einer Koalition. Im Bundestag wird sich dies gleich zeigen, weil sich dort eben nicht diese oder jene Mindestbedingung aus dem Gesamtkomplex etwa des Haushalts wird herauslösen lassen. Man kann dem Haushalt z.B. nicht insgesamt deshalb zustimmen, weil die Fortsetzung des Kernenergieprogramms aufgegeben wird, die Rüstungspolitik und Heeresverfassung im Rahmen der Nato aber im wesentlichen unverändert bleiben. Im Bundestag wird sich also sehr schnell die Frage so stellen: wird eine parlamentarische Mehrheit für bestimmte nächste Forderungen und eine entsprechende Regierung angestrebt, oder kann man die gleiche Politik nur aus der Opposition heraus betreiben.

All diese Fragen könnte man als gegenwärtig unzeitgemäße Fragen abtun, wenn es bei den nächsten Bundestagswahlen nicht tatsächlich dem Kern der Sache nach darum gehen würde, ob sich eine Rechtsregierung für einige Zeit dauerhaft etablieren kann oder ob es gelingt, die Periode der sozialliberalen Koalition mit einem Ruck nach links zu beenden. Da es bei diesen Fragen um die Meinungs- und Willensbildung großer Massen geht, zählen hier nicht nur die eventuellen Erfolge oder Mißerfolge, sondern bereits die Bemühungen um Erfolge; ob sie unternommen werden oder nicht.

Bewegung und parlamentarische Politik

Am Ende der sozialliberalen Koalition stehen sich gegenwärtig nicht eine revolutionäre Bewegung auf der einen Seite und die Kräfte der Beharrung und der Reaktion auf der anderen Seite gegenüber, sondern eine Rechtsregierung und eine Reformbewegung, die sich unabhängig von der Sozialdemokratie konstituiert hat und zu einer eigenen parlamentarischen Frontbildung geführt hat und die gerade deshalb um so weiter in die Reihen der Kräfte hineinreicht, die bisher die sozialliberale Koalition getragen haben. Sicherlich handelt es sich bei dieser Reformbewegung aufgrund ihrer Interessen und Ziele um eine potentiell revolutionäre Bewegung. Gegenwärtig jedoch noch nicht. Ob sie sich zu einer revolutionären Bewegung entwickelt, hängt von einer ganzen Reihe objektiver und subjektiver Bedingungen ab. Kommunisten und Revolutionäre brauchen sich deshalb nicht zu wundern, wenn sie zwar Teil dieser Bewegung sind, aber keineswegs ihr bewußter Ausdruck. Ganz falsch wäre es, wenn sie in der gegenwärtigen Frontbildung aufgingen und ihre selbständigen Arbeits- und Publikationsmöglichkeiten aufgeben würden oder sich künstlich zu legitimen Sprechern dieser Bewegung aufwerfen wollten. Sie müßten schwindeln.

Andererseits sind die Grünen Ausdruck dieser Bewegung, und deshalb suchen wir soweit möglich die Zusammenarbeit mit ihnen, unter anderem gerade mit dem Ziel, daß sie nicht sektiererisch an der gegenwärtigen Bewegung vorbeiagieren, indem sie sich diese als fundamentaloppositionelle Bewegung zurechtschneidern. Sowas gibt es sowieso nicht und kann es gar nicht geben, weil eben jede Bewegung für positive Ziele und Veränderungen kämpft, auch wenn sie sich zunächst nur negativ artikuliert. Solange große Teile dieser Bewegung die Ansicht haben, daß ihre Ziele durch Reformen verwirklicht oder wenigstens ihrer Verwirklichung näher gebracht werden können, führt im Kampf für Reformen kein Weg vorbei und muß er in der Praxis möglichst konsequent verfolgt werden bei gleichzeitiger Aufklärung aller momentanen und grundsätzlichen Hindernisse auf diesem Weg. Bis zu einem gewissen Grad liegen natürlich auch die Grünen quer zu der Bewegung, von der sie gegenwärtig in die Parlamente getragen werden. Diese Bewegung ist viel breiter als das Bündnis der Grünen selber und unterscheidet sich in ihren Interessen und Motivationen nicht so grundsätzlich von den Kräften, die nach wie vor auf die Sozialdemokratie setzen. Unter diesen Umständen ist gar nicht abzusehen, wie sich diese Bewegung entwickeln können soll ohne aktive Bündnispolitik gegenüber der Sozialdemokratie. Wieweit man damit im Rahmen des Parlaments kommen kann oder nicht, muß man erproben. Außerparlamentarisch gibt es dieses Bündnis sowieso, in der Ökologiebewegung wie in der Friedensbewegung. Diese außerparlamentarische Bewegung würde durch eine Bündnispolitik im Parlament sicherlich nicht geschwächt, sondern umgekehrt gestärkt, weil die Bedingungen für die Durchsetzung mancher Nahziele verbessert werden könnten, die Kräftekonstellation im Parlament aber jedenfalls in Bewegung gebracht würde.

Entwicklung eines Wahl- und politischen Bündnisprogramms

Hier scheinen mir die Hauptschwierigkeiten zu liegen. Da wir uns nicht in einer revolutionären Situation, wenn auch in einer Situation einschneidender politischer Entscheidungen befinden, liegt das Problem weniger darin, ein Grundsatzprogramm aufzustellen, zu dessen Verwirklichung revolutionäre Veränderungen notwendig sind, noch liegt die Schwierigkeit darin zu sagen, was unter keinen Umständen gemacht werden soll: Rentenkürzung, Mittelstreckenstationierung, Bau von Brokdorf, Biblis C etc. Das Problem liegt vor allem darin zu sagen, welche nächsten Schritte auch mit Hilfe des Parlaments und der parlamentarischen Mehrheitsbildung einzuleiten sind, um den Weg zu Blockfreiheit und einem blockfreien Europa, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und Beendigung der Umweltzerstörung, zu einer demokratischen Außenpolitik und neuen Weltwirtschaftsordnung zu eröffnen, ohne schon revolutionäre Umwälzungen vorauszusetzen. Da sind wir noch sehr zurück, und das erklärt die Neigung zum Vorabrückzug in Fundamentalopposition zum guten Teil. Diese Schwäche wird auch schonungslos genutzt werden. Aber da kann es gar nicht schaden, Erfahrungen zu machen.

Zum Beispiel ist mit der Forderung auch Austritt aus der Nato allein noch wenig getan, wenn heute dafür keine Mehrheit im Volk vorhanden ist, wohl aber Mehrheiten gebildet werden können, die ganz bestimmte Schritte in diese Richtung ermöglichen. Wie sehen diese aus? Es wird ja wahrscheinlich noch eine Weile *innerhalb* der Nato eine Politik in Richtung auf Austritt aus der Nato gemacht werden müssen, wenn die Forderung nach Austritt aus der Nato schon heute Ziel einer mehrheitsfähigen Politik sein soll. Kündigung des Nato-Doppelbeschlusses und Aufkündigung aller automatischen Bündnisverpflichtungen, Kündigung des Truppenstationierungsabkommens könnten Forderungen in diese Richtung sein.

Soziale Verteidigung mag ja gut und schön sein, aber es wäre schon einiges gewonnen, wenn eine Verkürzung der Dienstzeit und volle demokratische Rechte der Wehrpflichtigen verwirklicht werden könnten. Der Rüstungshaushalt müßte gegen den Willen der Nato gekürzt werden.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es bereits Ansätze, um die Befriedigung der dringlichsten Bedürfnisse mit einem Arbeitsbeschaffungsprogramm und Verkürzung der Arbeitszeit in Übereinstimmung zu bringen.

All sowas wird mit der Sozialdemokratie bekanntlich nicht ohne weiteres zu machen sein, dennoch können gestützt auf Kräfte in den Gewerkschaften und in der sozialdemokratischen Wählerschaft Verhandlungsangebote an die Sozialdemokratie unterbreitet werden, die den außerparlamentarischen Kampf nicht schwächen, sondern stärken und mit dem parlamentarischen Kampf verbinden. Auf solche Fragen müßte die Diskussion konzentriert werden, nachdem in einigen grundsätzlichen Vorstellungen durchaus für den Moment hinreichend Klarheit vorhanden ist. Dafür sind keine Verhandlungen um Listen notwendig, sondern eine öffentliche Diskussion um die Grundelemente eines Wahl- und Bündnisprogramms und die taktischen Optionen einer zukünftigen Parlamentsarbeit im Bundestag. Die Spannung dieser Diskussion entspringt aus der Tatsache, daß es bei der nächsten Bundestagswahl nicht einfach darauf ankommt zu zeigen, daß „wir da sind“, sondern zu erproben, wie sie und der Bundestag genutzt werden können, um auf die Hauptrichtung der nächsten Phase der BRD Einfluß zu nehmen.



1972: Demonstration gegen das erste Berufsverbot in Heidelberg. Aus der Reformpolitik im Innern wird die Verschärfung der Reaktion. Willy Brandt hat sie eingeleitet. Ein Schwall von „Innerer Sicherheit“ überschwemmt die BRD. Eine Reaktion auf den Aufschwung der Klassenkämpfe.

Brief der Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) an DS, AL-Berlin, Gruppe „Revier“, Falken, KB, KBW

(...) Unabhängig von der Frage, ob es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt oder ob diese erst 1984 stattfinden, haben Alternative, Grüne und Sozialisten in dieser Situation eine große Verantwortung. Es muß alles getan werden, damit es zu einer breiten, alternativen Liste kommt, die das *ganze* Spektrum des alternativen, grünen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Protestpotentials gegen Arbeitslosigkeit, Aufrüstung, Sozialdemontage und Atomprogramm zum Ausdruck bringt.

Von verschiedener Seite ist der Vorschlag gemacht worden, ein Wahlbündnis zu bilden – am klarsten seitens der Gruppe „Revier“. Wir halten diesen Vorschlag in der generellen Linie für richtig und unterstützen ihn. Keine heute existierende Formation kann für die Kräfte links von der SPD einen Alleinvertretungsanspruch anmelden. Insofern halten wir es für richtig, daß keine Gruppe einen Monopolanspruch auf eine solche Einheitsliste anmelden darf. Wir meinen allerdings, daß die Bundespartei „Die Grünen“ als solche von vornherein in die Diskussion über die Bildung einer solchen Liste einbezogen werden muß.

Der Vorschlag von „Revier“ sollte u.E. in folgenden Punkten präzisiert und erweitert werden:

1. Es ist absolut notwendig, daß eine solche Liste eine klare Haltung gegenüber der SPD einnimmt. Sie muß sich sozialdemokratischen Kollegen gegenüber so verhalten, daß diese sie nicht als ein Hindernis begreifen bei dem Ziel, eine CDU-Regierung zu verhindern, sondern als eine Unterstützung darin. Die SPD-Führung schürt in ihrer erneut treu um die Organisation gescharten Mitgliedschaft das Bild einer von rechts und links gleichermaßen angefeindeten SPD, die sich nach allen Seiten verteidigen muß. Nichts kann eine ehrliche Debatte über die Fehler der SPD-Führung in der sozialliberalen Regierungszeit mehr verhindern als so was. Ein alternatives Wahlbündnis muß deshalb von Anfang an erklären, daß es den Kampf der Kolleg/inn/en gegen die Abwälzung der Krisenlasten bedingungslos unterstützt und daß es bereit ist, eine SPD-Regierung gegen eine Regierung der Unternehmerparteien zu tolerieren. (...)

...beginnt nun auch in der SPD die Debatte darüber, daß die SPD auch mit den Grünen/Alternativen zusammenarbeiten muß, da eine Zusammenarbeit mit der FDP nicht mehr möglich ist und Gedanken an eine SPD-Koalition auch in der SPD auf großen Widerstand stoßen werden. Brandt hat am Abend nach den Hessenwahlen Andeutungen in diese Richtung gemacht ...

2. Wir halten den Ansatz für richtig, daß eine Wahlpartei zu gründen sei, die de facto ein Wahlbündnis verschiedener Gruppierungen und Strömungen sein wird. Dabei muß auch die Möglichkeit gegeben sein, daß unabhängige Plätze auf den Listen eingeräumt werden. Wir gehen davon aus, daß die in diesem Bündnis zusammengefaßten Gruppierungen entsprechend ihrer Stärke auf den Landeslisten vertreten sein sollten – wobei andere Kriterien, z.B. der Anteil von Frauen, hinzukommen können. Nicht für richtig halten wir den Vorschlag von „Revier“, wonach sich eine solche Liste sofort nach der Wahl aufzulösen habe. Das würde als unernst, als ein „Hinter's Licht führen“ der Wähler verstanden ... Wir gehen vielmehr davon aus, daß es im Falle des Einzugs ins Parlament zu einer Fraktionsbildung der alternativen Liste kommen muß und daß diese eine in ihrer Grundsubstanz gemeinsame Politik befolgen muß.

3. Demensprechend halten wir es auch für falsch, wenn eine solche Liste „programmlos“ antritt („Revier“ schreibt in ihrem Vorschlag jedenfalls nichts dazu). Wir gehen davon aus, daß ein gemeinsamer politischer Konsens für die gemeinsame Kandidatur gefunden werden kann. Andererseits sehen wir auch die Gefahr, die in endlosen Programmdiskussionen steckt. Wir schlagen daher vor, von vornherein eine knappe programmatische Erklärung ins Auge zu fassen, aus der die Schwerpunkte der praktischen Tätigkeit des Wahlbündnisses ersichtlich werden müssen.

Wie wir die Situation einschätzen, ist eine Einigung entlang der folgenden Fragen möglich:

– Gegen Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau – Enteignung der Banken und Großkonzerne – Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände!

– Hände weg von den sozialen Errungenschaften! Runter mit den Rüstungsausgaben! Für ein atomwaffenfreies Europa!

– Stoppt das Atomenergieprogramm! Kalkar, Brokdorf, Wyhl dürfen nicht gebaut werden!

– Hände weg vom §218! Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau!

– Volle Gleichstellung der ausländischen mit den deutschen Arbeitern!

– Für eine selbstverwaltete, demokratisch kontrollierte Planwirtschaft, die den Bedürfnissen der Menschen entspricht! (...)

Erklärung von Herbert Mies, Vorsitzender der DKP

(...)

Dem Versuch, die jetzige Lage für eine Koalition aller Rechtskräfte zu nutzen, sollten jetzt Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, fortschrittliche Liberale, Grüne und Alternative im außerparlamentarischen Kampf wie im Ringen um parlamentarische Linksmehrheiten das Bündnis aller demokratischen Kräfte entgegensetzen.

Wenngleich wir Kommunisten Neuwahlen zum gegenwärtigen Zeitpunkt begrüßen, sehen wir zugleich, daß mit Wahlen die Ursachen für die krisenhafte Entwicklung nicht beseitigt werden. Im Falle von Neuwahlen wird die Deutsche Kommunistische Partei kandidieren und alle Maßnahmen einleiten, die dafür erforderlich sind. Ohne Zweifel wäre es aber das beste, wenn es bei Neuwahlen zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen und linken Kräfte, zu einem demokratischen Wahlbündnis auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms käme. Die DKP unterstützt alle Schritte in dieser Richtung. Wenn es zu einem partnerschaftlichen Bündnis von demokratischen und Linkskräften kommt, in dem die DKP gleichberechtigt mitwirken kann, ist sie bereit, ihre eigenen Listen zurückzuziehen.

Jetzt geht es um den weiteren politischen Kurs unseres Landes. Entscheidend ist, daß die sozialen und demokratischen Friedensinteressen der arbeitenden Menschen gewahrt werden. Entscheidend ist vor allem, daß die Arbeiterklasse, daß alle demokratischen Kräfte ihr Engagement für ihre Interessen verstärken. Entscheidend ist die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes, die Entfaltung von Aktionen ...

Frankfurter Buchmesse 1982

Zwischen Jesus, Dalai Lama und indianischen Schamanen

Von Bernd Wagner

„Ein kleines Harfenmädchen sang.
Sie sang mit wahrem Gefühle
Und falscher Stimme, doch ward ich sehr
Gerührt von ihrem Spiele.

Sie sang von Liebe und Liebesgram,
Aufopfrung und Wiederfinden
Dort oben, in jener besseren Welt,
Wo alle Leiden schwinden.

Sie sang vom irdischen Jammertal,
Von Freuden, die bald zerronnen,
Vom Jenseits, wo die Seele schwelgt
Verklärt in ew'gen Wonnen.

Sie sang das alte Entsagungslied,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel."

(aus: Heinrich Heine: Deutschland. Ein Wintermärchen)

Dieses „Eiapopeia vom Himmel" ist das Schwerpunktthema der diesjährigen Buchmesse. Nach „Lateinamerika" (1976), „Kind und Buch" (1978) und „Schwarzafrika" (1980) ist „Religion" der Schwerpunkt der Buchmesse 1982.

Neue Religiosität

Vor etwa 140 Jahren hatte Karl Marx festgestellt, daß „für Deutschland die *Kritik der Religion* im wesentlichen beendet" ist. Das war damals richtig und ist auch heute noch richtig, und doch, und das ist auch kein Widerspruch, ist die Religion als wichtige Bewußtseinsform für große Teile der Bevölkerung weiterhin existent und, wie es scheint, haben religiöse Vorstellungen in jüngster Zeit wieder einen breiteren Einfluß bekommen, gerade auch innerhalb der Jugend, wenn auch diese neue Religiosität nur selten in der Form eines Zuwachses der institutionalisierten Kirche ihren Niederschlag findet. Von der „Kirche von unten", christlichen Basisgemeinden, neuer christlicher Kultur über von christlichen Gruppen initiierte Friedensdemonstrationen, Unterstützung der Theologie der Befreiung in Lateinamerika bis zu Baghwan, ZEN-Buddhismus, indianischer Mythologie und afrikanischer Magie reichen die neuen, bzw. neuentdeckten Formen der Religiosität.

Diese Formen der neuen Religiosität sind vielfältig und alles andere als eindeutig. Auch geht es häufig nicht um das Heinesche Eiapopeia, sondern um gesellschaftliches Engagement, das seine Triebkraft auch aus christlichen oder anderen religiösen Vorstellungen zieht, sei es in der Friedensbewegung etwa aus der Bergpredigt oder in der Ökologiebewegung aus vorkapitalistischen Naturauffassungen der indianischen Mythologie. Gesellschaftliches Engagement, aus christlicher Verantwortung oder in religiöser Hülle, das sich kritisch mit gesellschaftlichen Mißständen auseinandersetzt und auf eine teilweise auch radikale Veränderung der Gesellschaft hinstrebt, gab es in der Geschichte schon häufiger, etwa in den Bauernkriegen oder der Reformation, und gibt es auch in radikalerem Ausmaß als in Westeuropa heute noch, etwa in Gestalt der Theologie der Befreiung, in Lateinamerika oder der Bedeutung afrikanischer Mythologie in den antikolonialen und antiimperialistischen Befreiungskämpfen.

Die Bücher auf der Buchmesse zum Thema Religion im weitesten Sinn drücken diese „doppelte" Bedeutung religiöser Vorstellungen, als Vertröstung aufs bessere Jenseits und als Anstoß für gesellschaftliche Verbesserungen im schlechten Diesseits, aus. Neben den „üblichen" Papstbüchern, christlichen Besinnungstexten, theologischen Schriften, Gesangs- und Meßbüchern und sonstigem bittersüßem Schmus finden sich eine Reihe von religiösen Büchern wie: Friedensarbeit konkret; Friedenspädagogik – Friedenserziehung; Von der gerechten Revolution. Religion und Gewalt; Die andere Kirche – Basisgemeinden in Europa; Sehnsucht nach einem Fest der freien Menschen – Gebete aus Lateinamerika; Bergpredigt und Frieden ...

Teilname an gesellschaftlichen Bewegungen und Kämpfen aus religiöser Verantwortung anstelle des individuellen Insichgekehrtseins oder der Propagierung von individueller Friedfertigkeit zur Überwindung gesellschaftlicher Konflikte ist zwar in fast allen Fällen in der Analyse der Ursachen der gesellschaftlichen Misere und auch häufig in den vorgeschlagenen Lösungswegen beschränkt, aber allemal ein günstiger Ansatz für eine weitergehende Politisierung und ein weitertreibendes gesellschaftliches Engagement.

Die Ursache der unterschiedlichen Haltung gegenüber der Gesellschaft und der daraus resultierenden verschiedenen Handlungsweisen aus christlichem oder religiösem Bewußtsein liegt im Charakter aller religiösen Vorstellungen. Sie sind „in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elends und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volkes." (Marx: Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

Magie, Mystik und Schamanen

Während sich vielfach aus „traditionellen" christlichen und religiösen Vorstellungen eine zunehmende Hinwendung zu gesellschaftlichen Problemen feststellen läßt, gibt es aber auch den gerade umgekehrten Weg, den Weg weg vom Eingreifen in gesellschaftliche Konflikte und Kämpfe und die Hinwendung zum individuellen Insichgekehrtsein, zur isolierten Ichbesinnung. Diese Entwicklung findet sich häufig gerade bei einem Teil jener, die vor 10 bis 15 Jahren als aktive Propagandisten einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung aufgetreten sind, bei einem Teil der ehemals linken Intelligenz.

Diese neue Religiosität von Leuten vormals linker Provenienz geht einher mit dem Wiedererwachen einer ganzen Reihe von Vorstellungen und Ideologien, die jahrelang ein Schattendasein führten und jetzt mit „linken" Impulsen eine neue Blüte erleben: So etwa der Ruf nach einem neuen Konservatismus, der uns fehle, wie er sich im Rahmen der Auseinandersetzungen um die Goethepreisverleihung an Ernst Jünger z.B. in der TAZ oder dem Pflasterstrand fand; der Rückzug in einen „Fluchtraum Romantik" und Weiblichkeitsmythen bei Teilen der Frauenbewegung; der verbreitete Irrationalismus, Geschichtspessimismus und Wertkonservatismus, wie er sich bei Teilen der Ökologiebewegung oder in Zeitschriften wie den „Berliner Heften" oder dem „konkursbuch" findet, oder all die Formen der „neuen Innerlichkeit", „neuen Subjektivität", „neuen Sensibilität", wo mit „linker Melancholie" genüßlich im „Grandhotel Abgrund" Trauerarbeit geleistet wird.

Zu diesen neuen Moden paßt vortrefflich die neue „linke" Religiosität, die ihr Heil nicht in Jesus Christus sieht, aber bei den indianischen Schamanen und Medizinmännern, bei Dalai Lama und Buddha, bei Hexengeflüster und afrikanischer Magie. Die Buchveröffentlichung und die Buchmesse geben auch hierfür eine Unzahl von Beispielen. Und am augenscheinlichsten wird diese „neueste Stimmung" in unserer Republik, die seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr zu übersehen ist, bei vielen Verlagen, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen sind, heißen sie nun Roter Stern, Merve oder Trikont, Ausnahmen bestätigen hierbei wirklich die Regel.



Exemplarisch und am zugespitztesten findet man diese Tendenz beim Trikont Verlag, jetzt Trikont-Dianus. Der Trikont Verlag wurde Ende der 60er Jahre als ein Verlag des SDS gegründet, seinen Namen hatte er von der Tricontinentale, einer lateinamerikanischen Zeitschrift, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die antiimperialistischen Befreiungskämpfe auf den drei Kontinenten Afrika, Lateinamerika und Asien zu unterstützen und zu verbinden. Die ersten deutschsprachigen Texte von und über die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt in den 60er Jahren sind in diesem Verlag erschienen, wie das „Rote Buch" und die Werke Mao Zedongs ursprünglich von Trikont für Westdeutschland vertrieben wurden. 1981 hat sich der Trikont Verlag aufgelöst und sich gleichzeitig als Trikont-Dianus Verlag neugegründet unter dem Motto „Die Rückkehr des Imaginären. Märchen, Magie, Mystik, Mythos – Anfänge einer neuen Politik". In der Verlagsankündigung heißt es zum neuen Programm und der neuen Zielsetzung: „Wir haben Hunger und Durst nach Bildern und Märchen, in uns brennt eine Sehnsucht nach Mythen. Wir wollen die Kerker, wo unsere uralten Träume verstummen, aufbrechen, denn wir haben ihr Seufzen vernommen. Die Schuppen sind uns von den Augen gefallen: wir sehen unsere Träume ganz klar ... Wir fordern für uns nichts Geringeres als eine Metapolitik, wo sich Mythos und Geschichte, Märchen und Leben, Mystik und Revolution miteinander verschmelzen."

Das Verlagsangebot ist auch dementsprechend: Spuren der Traumzeit; Eine Reise zu den Schamanen des Amazonas; Botin der heiligen Pilze. Da man aber als Verleger, auch mit den Vorstellungen von einer neuen „Metapolitik", anscheinend nicht gern auf die finanziellen Stützen der früheren Jahre verzichten will oder kann, müssen diese entsprechend auf den neuen Verlagskurs gebracht werden. Che Guevaras „Bolivianisches Tagebuch" war mit knapp 100000 verkauften Exemplaren einer der meist verkauften linken Titel nicht nur dieses Verlages, und um es weiter verkaufen zu können, haben sich die Verlagseigner Herbert Röttgen und Christiane Thurn an die Arbeit gemacht und via Vorwort zur 11. Auflage die Verbindung von „Mystik und Revolution" konkret hergestellt. Da heißt es dann in dem neuen Vorwort, wohlgemerkt über Che Guevara und nicht über Prinz Eisenherz: „So scheiterte ein revolutionärer Märchenheld an der Intrige einer zahnlosen Hexe, weil er nicht erkannte, daß in ihr die Urkraft des indianischen Geistes vor ihm stand."

Zum Thema der diesjährigen Buchmesse haben sich Röttgen und Thurn dann auch etwas Besonderes einfallen lassen, indem sie seine Heiligkeit Dalai Lama und zwei Vertreter der Hopi-Indianer zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Das Gleichgewicht der Erde" zusammengeführt haben. Was dem Zuhörer dann als Balance angeboten wird, kann man aus der Ankündigung entnehmen: „Beide Teile (die Hopis und der Dalai Lama) betrachten sich als spirituelle Zentren ihres Kontinents, beide sind von den gewaltigsten materiellen Machtströmen der europäischen Zivilisation bedroht: Tibet vom Kommunismus, das Hopiland vom Kapitalismus. Tibet ebenso wie die Hopination ist eine Gesellschaft, in der die Religion Denken und Alltag der Menschen bestimmt ... beide Religionen sprechen von der Gefahr, in die sich die Menschheit begibt, wenn sie nicht die Rückverbindung (religio) zum Ganzen, zum Kosmischen findet ... Gegenpole halten die Welt im Gleichgewicht. Und so sind wir wieder auf den beiden Kraftorten gelandet, dem Himalaya-Gebirge und dem Colorado-Massiv, die unser mythologisches und geologisches Netzwerk ausbalancieren."

Wären diese mythologischen Gleichgewichtsversuche eine Randerscheinung, könnte man Trikont getrost balancieren lassen. Nur handelt es sich leider nicht um Randerscheinungen, sondern sind solche Balanceakte Ausdruck einer weitverbreiteten Stimmung. Daß der Pflasterstrand der Vorankündigung der Veranstaltung ausführlich Raum gibt, sie auch dem Spiegel einen Artikel und den ZDF-Nachrichten einen Hinweis wert ist, sind nur weitere Indizien dafür.

Neue Religiosität, Neo- und Wertkonservatismus, Theorie- und Wissenschaftsfeindlichkeit, Irrationalismus in seinen verschiedenen Formen, Abschiednehmen vom Proletariat, dem Internationalismus und von was sonst noch allem, Verlust von Geschichtsbewußtsein und Realitätsüberschreitung als Denkprinzip, und was der vielen Ideologiemuster derzeit noch alles in Mode ist, sind Symptome eines Stimmungswechsels, der an die Stelle von Bewußtseinsprozessen getreten ist, nicht bei der Masse der Bevölkerung, aber bei einem Teil der ehemals linken Intelligenz.

Es wäre unsinnig, wollte man versuchen, diese Erscheinungen aus der ökonomischen Basis gesetzmäßig abzuleiten, aber man kann aus ihnen etwas über die gesellschaftlichen Zustände ablesen und Ursachen für ihr Auftreten aufdecken.

Ursachen für diesen Weg von der Revolution zur Religion finden sich neben dem „normalen" Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, der systematisch zur Zerstörung der Natur, des Verhältnisses Mensch – Natur und der Menschen untereinander führt, vor allem im falschen Marxismusverständnis, einer abstrakten Theorieaneignung und einer objektivistischen Politikform der frühen 70er Jahre. Was mit der „linken" Religiosität in sein vermeintlich radikales Gegenteil umschlägt, ist schlagwortartig benannt mit: objektivistischer Fortschrittsoptimismus, mechanische und ökonomistische Revolutionserwartungen, seminarmarxistische Ableitungsdebatten und ML-Stellvertreterpolitik, Verdrängung der Gefühle und der Subjektivität aus dem politischen Handeln, ein Theorieverständnis, wo die Theorie eine „Leidenschaft des Kopfes" und nicht der „Kopf der Leidenschaft" war, und ein Marxismusverständnis, wo man mit Brecht der Meinung sein konnte, daß es den Anschein hat, als würden manche Kommunisten nur kämpfen, um dem Dialektischen Materialismus zum Sieg zu verhelfen. Für die Anhänger der neuen Religiosität, den Lehrlingen indianischer Schamanen und Schülern buddhistischer Heiligkeiten ist eine als Heilserwartung mißverstandene politische und wissenschaftliche Theorie durch eine wirkliche Heilsverkündung abgelöst worden.

Aber auch hier gilt erst recht, was Marx in Fortsetzung des obigen Zitats geschrieben hat: „Die Aufhebung der Religion als des *illusorischen* Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen *Glücks*. Die Forderung, die Illusion über seinen Zustand aufzugeben, ist die *Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusion bedarf.*"

Fernsehtip

Zweimal Arbeitslosigkeit im Zentrum: **„Ich bin den ganzen Tag zu Hause"** ist ein Betrag zur Arbeitslosigkeit und Arbeit in der Familie in dem Magazin „Kontakte". Am Beispiel von zwei Familien werden die inneren und psychischen Belastungen aufgezeigt, die durch die Arbeitslosigkeit aufbrechen. *Montag, 11.10., 20.15 Uhr im ZDF* – Gleich danach folgt ein englischer Fernsehfilm über die Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt Sheffield. **„Erwartungen und Enttäuschungen – Looks and Smiles"** erzählt neben der Geschichte von zwei jugendlichen Arbeitslosen, die stellvertretend stehen für Tausende, von der besonderen englischen Lösung: die Jugendlichen lassen sich bei der Armee anwerben. So entstehen in England zwei Heere: das der Arbeitslosen und der Jugendlichen in der Armee. *Montag, 11.10., 21.20 Uhr im ZDF* – Auch wer Oper vielleicht sonst nicht am Kopp haben kann, in diesem Fall sollte er wahrscheinlich doch hinhören: **„Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny"** von Kurt Weill und Bert Brecht ist der Typ eines neuen Musiktheaters. Und nicht nur das. Goldrausch, Mahagonny, stehen stellvertretend für die Kritik kapitalistischer Ausbeutung. Die Ausbeutung der Natur vermittelt sich gerade über die Ausbeutung des Menschen. *Donnerstag, 14.10., 23.00 Uhr im ARD* – Ein recht unterbelichtetes Kapitel deutscher Geschichte versucht die Sendung **„Hitler kriegt die Saar nicht!"** aufzuschlagen. Exil und Widerstand an der Saar 1933 – 1935 gegen den Anschluß an das faschistische Deutsche Reich werden vor allem anhand der Vorstellung von damaligen Exilanten geschildert. *Freitag, 15.10., 21.45 Uhr im ARD* – Zum letzten Mal in der ARD-Reihe, Claude Chabrol. **„Traumpferd"** (1980) ist ganz anders wie vorherige Chabrol-Filme die „schlichte" Auseinandersetzung mit Verhältnissen der bretonischen Bauern, der keltischen Legendenwelt und den Erfahrungen mit dem I. Weltkrieg auf dem Lande. *Freitag, 15.10., 23.25 Uhr im ARD.*